

Magazin
für junge
Leute

elara

D 2835 E

6 Frankfurt/M 1

Juni 6/68

1,- DM

Mitbest
sozial

wert
rat!

Neu

SDAJ

mit den drei Rotmachern

Reisen in die Sowjetunion 1968

8-Tage-Flugreise nach Moskau nur 630 DM
8.—15. 9. 1968 ab Frankfurt/M.
Urlaub auf der Krim nur 945 DM
vom 28. 8. bis 19. 7.,
3 Wochen in Jalta

Alle Preise gelten ab Berlin. Saisonzuschl. eingeschlossen. Gleichfalls sind Stadtrundfahrten, Besichtigungen, Flughafensteuer u. Visagebühren im Preis enthalten.

Reisen in die Volksrepublik Ungarn

Budapest nur 307 DM
vom 5. Juni bis 14. Juni 1968

Stadtbesichtigungen, Besuch einer Kellerei mit Weinprobe, Dampferfahrt auf der Donau, Besuch einer Bauernwirtschaft, Ausflugsfahrt nach Balatonfüred u. Halbinsel Tihany, Übernachtung am Plattensee, Vollpension in Ungarn und Fahrtkosten ab Essen und zurück sind eingeschlossen.

13-Tage-Bahnreise nach Budapest und zum Plattensee nur 390 DM
Vom 31. 8. bis 12. 9. 1968

6 Tage Aufenthalt am Plattensee, mit Ausflügen nach Badacsony und Tihany, Besichtigung eines landw. Betriebes. 5 Tage Aufenthalt in Budapest, mit Stadtbesichtigungen, Besuch eines kulturellen Programms und Besichtigung eines Betriebes.

Vollpension in Ungarn und Fahrtkosten sind im Preis eingeschlossen.

Urlaubsfahrten zum Plattensee vom 5. Juli bis 25. Juli und 19. Juli bis 8. August nur 531 DM
14 Tage Vollpension in Balatonföldvár, 4 Tage Vollpension in Budapest, Besichtigungen, Dampferfahrt auf der Donau, Ausflugsfahrt zum Donauknie, Folklore-Programm und Fahrtkosten ab Essen und zurück sind eingeschlossen.

Für weitere Reisen, auch Bäderreisen in die CSSR, UdSSR, DDR sowie in alle anderen Urlaubsgebiete des In- und Auslandes empfehlen sich:

Ferien- und Studienfahrten

Reisedienst Essen GmbH.
48 Essen
Holsterhauser Straße 111
Telefon 79 80 26

Aus dem Tagebuch der Redaktion

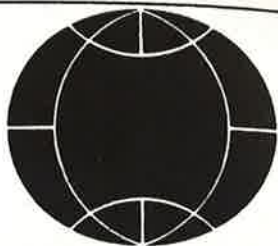
DER SOS-RUF, den elan an seine Leser und Freunde richtete, nachdem die Frankfurter Staatsanwaltschaft unserem Jugendmagazin wegen „Beleidigung des US-Präsidenten“ ans Leder wollte, hat ein tolles Echo gefunden. Innerhalb von acht Wochen wurden mehr als 500 neue Abonnenten gewonnen. Von den vielen Geldspenden sei eine besonders erwähnt: Die junge Dortmunderin Sonja Höke sammelte 65 DM. Sie schrieb uns dazu: „elan darf nicht untergehen — deshalb müssen wir Solidarität üben“. Dankeschön, liebe Sonja, Dank allen Lesern und Freuden, die uns geholfen haben.

AM 1. JULI vor zehn Jahren erschien die erste Ausgabe unserer Zeitschrift. Damals trug sie noch den Namen „Impuls“, und ihr Untertitel lautete „Zeitung für internationale Jugendbegegnung“. Da es nicht alle Tage vorkommt, daß eine kritische Jugendzeitschrift zehn Jahre alt wird, hat sich die Redaktion etwas Besonderes einfallen lassen. Aus Anlaß des 10-jährigen Bestehens erscheint elan als Doppelnummer. Für Knüller und Überraschungen ist gesorgt. Aus redaktions- und drucktechnischen Gründen, vor allem aber wegen der Ferien erscheint diese Doppelnummer am 27. Juli. Bestellungen werden ab sofort gebucht.

DRINGENDE BITTE: Wenn es vorkommen sollte, daß elan mit Verspätung im Briefkasten steckt, dann empfiehlt es sich, beim zuständigen Postamt zu reklamieren. Das gleiche gilt, wenn das fällige Exemplar einmal ausbleiben sollte.

URLAUSREPORTER GESUCHT: elan ruft seine Leser zur Teilnahme an einem Wettbewerb unter dem Motto „Mein schönstes Ferienerlebnis“ auf. Der Text sollte nicht länger als 20 Schreibmaschinenzeilen sein. Bitte nicht vergessen, Name und genaue Anschrift zu vermerken. Wer fotografiert, kann seinem Bericht ein Foto beifügen. Die besten Beiträge werden prämiert (wertvolle Plattenprämien) und im elan veröffentlicht.

DIE BLÄTTER FÜR DEN JUGENDLEITER haben in dieser Ausgabe erstmals einen Umfang von acht Seiten. Sie enthalten Berichte und Kommentare über die wichtigsten Jugendkonferenzen und -Kongresse der jüngsten Zeit. elan veröffentlicht als einzige Zeitschrift der Bundesrepublik eine Übersicht über die wesentlichen Beschlüsse, die auf diesen Jugendkonferenzen angenommen wurden.



Sofia 1968

Alles wird teurer! Aber: Arbeitskreis Festival senkt Teilnehmerkosten auf DM 498,- !

In diesem Betrag sind enthalten: Unterbringung, Verpflegung und Transport in Sofia, Teilnahme an Festival-Veranstaltungen, Solidaritätsgebühr, Einschreib- und Verwaltungsgebühr, Hin- und Rückreise.

Die Hin- und Rückreise erfolgt mit Luxus-Omnibussen ab Hamburg, Ruhrgebiet, Frankfurt/M. und anderen Städten.

Unterwegs. Übernachtung in Zagreb, Freizeit in Belgrad (Hinfahrt) und Salzburg (Rückfahrt), Bademöglichkeiten.

Selbst die teuerste Weltreise könnte nicht so viele Kontakte und Gespräche, Neuigkeiten und Kenntnisse bieten, wie die IX. Weltfestspiele der Jugend- und Studenten in Sofia.

Auch du kannst dabei sein, deshalb nicht mehr zögern, sofort anmelden!

Anmeldung

Ich möchte an den IX. Weltfestspielen teilnehmen und bitte mich dafür vorzumerken.

Name :

Vorname :

Anschrift :

geb. am :

geb. in :

Reisepaß Nr. :

ausgestellt am :

ausgestellt von :

Staatsbürgerschaft :

Beruf :

Unterschrift :

Unterschrift der Eltern, wenn nicht volljährig :

Arbeitskreis Festival
Offenbach/Main
Postfach 250

PS.: Falls Sie noch nicht im Besitz eines Reisepasses sind, bitten wir, dennoch Ihre Anmeldung uns zu übersenden und die Reisepaßangaben nachzusenden.

Als Melina Mercouri kam

Die Köln-Mülheimer Messehalle stand Kopf, als Melina Mercouri die Delegierten der 8. Bundesjugendkonferenz der IG Metall besuchte. Ausführliche Berichte und Informationen über diesen Kongreß bringen wir auf den Seiten 19 – 26.



Inhalt

Der Marsch der 70 000	5 — 8
Weltreise in 10 Tagen (Festival in Sofia)	9 — 10
Der Mann, der aus dem Süden kam Die Guy-Carawan-Story	11 — 13
Hilfe, wir verblöden So züchtet man BILD-Leser	14 — 16
Kiesinger kontra Sittner, Sittner kontra Kiesinger Ich klage an	17

Der Marsch der 70000

So etwas hatte das Bundesdorf noch nicht gesehen: Für einen Tag stand Bonn im Zeichen der Notstandsgegner. Der Bildbericht über den Marsch der 70000 und Informationen über „Bendas scharfe Sachen“ finden Sie auf Seite 5 – 8.



elan-Redakteur vor Gericht

Am 4. Juni um 11 Uhr soll vor dem Landgericht in Frankfurt der Prozeß gegen Hermann Sittner wegen „Beleidigung des Kanzlers“ beginnen. Es geht um Bonns Rolle im schmutzigen US-Krieg in Vietnam. Lesen Sie: „Ich klage an“ (Seite 17/18).

BEILAGE	
Berichte, Informationen, Beschlüsse von den Jugendkonferenzen der IG Metall, HBV, GdED und der Jungsozialisten	19 — 26
Magazin des Monats	27 — 30
SDAJ — Deutschlands jüngster Jugendverband „Der mit den drei Rotmachern“	31 — 34
Das Portrait: Hans Dieter Hüscher	35
Leserbriefe, Briefwechsel	36 — 37
Plattenbasar, Hitparaden	38 — 39

MARSCH DER 70 000

Bonn, 11. Mai

Was keine Partei und kein Verband in diesem Land fertigbringen – die Notstandsgegner machten es möglich. Auf eigene Kosten, ohne Spesen und Diäten, kamen 70000 zum Sternmarsch am 11. Mai nach Bonn. Das schlechte Gewissen der Regierer und der Großkoalitionären verschanzte sich hinter Stacheldraht und Barrikaden. Trotzdem: Für einen Tag kamen in die Bundeshauptstadt die Argumente der außerparlamentarischen Opposition zu Gehör. Hier ist unser Bericht.

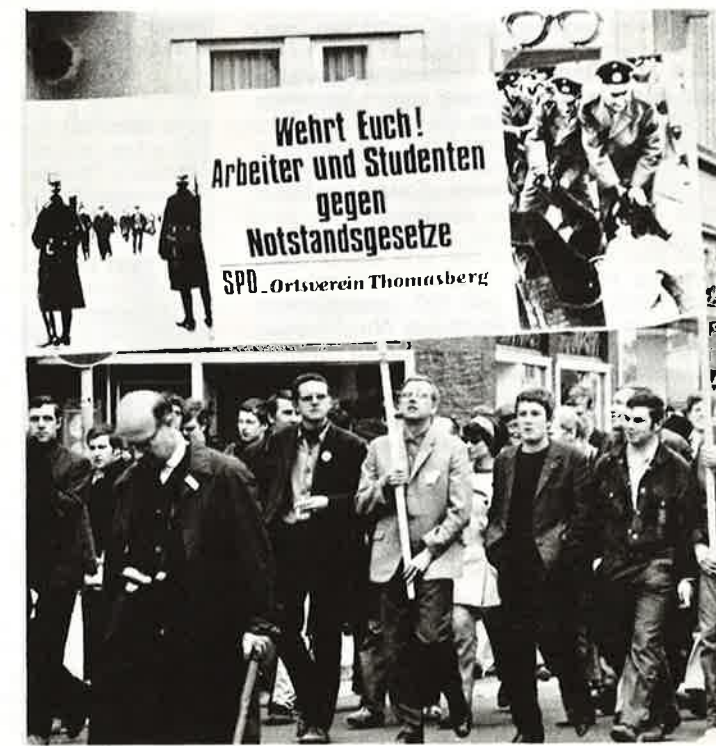
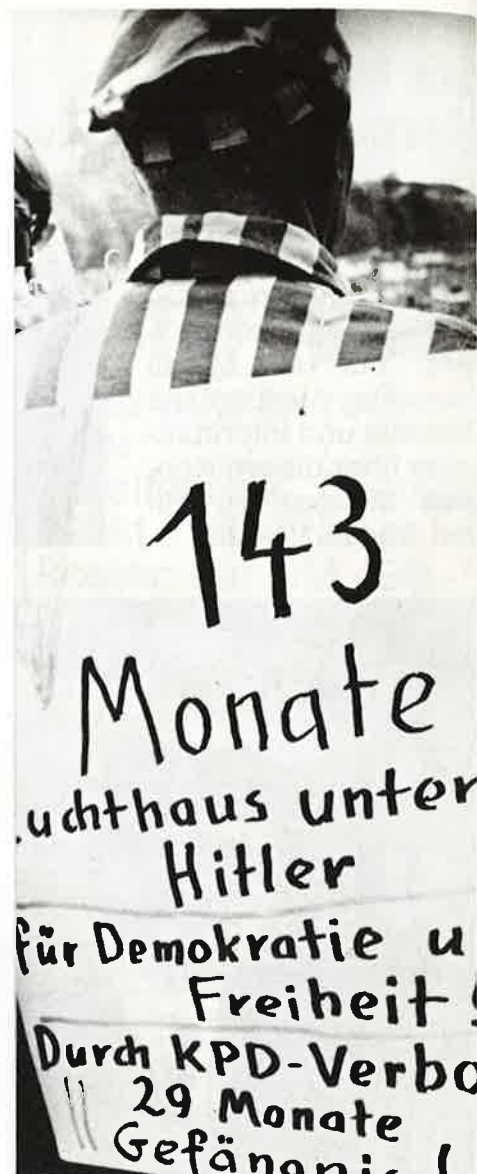
5.00 Uhr: Ein dunstiger Morgen. 3200 Bereitschaftspolizisten aus Münster, Wuppertal und Linnich treffen in Bonn ein. Eine Reiterstaffel aus Köln hat schon am Vorabend Quartier bezogen.

8.00 Uhr: Der Sonderzug aus Westberlin trifft ein. „Benda, wir kommen!“ schallt es über den Bahnhofsvorplatz. Fragt ein Journalist den Leiter des Zuges, Dr. Wolf: „Im Fernsehen hieß es gestern, es würden einige hundert Ostberliner SED-Mitglieder mitkommen. Wieviel sind dabei?“ Antwort: „Wir hatten zwei Ostberliner im Zug; den Lokführer und den Heizer, die den Zug bis Marienborn fuhren.“ Der Journalist: „Aber im Fernsehen hieß es doch...“ Der Rest geht im Gelächter der Umstehenden unter.

8.30 Uhr: Polizisten sperren die Bannmeile um den Bundestag mit Stahlbarrieren und spanischen Reitern. Die Luft ist schwül und drückend.

10.00 Uhr: In der eigentlichen Innenstadt sieht man keinen Polizisten, den man nach dem Weg fragen könnte. Auf Straßen und Plätzen bilden sich Diskussionsgruppen; Zeitungen und Plaketten werden verkauft. Ein Juwelier läßt das schwere Eisengitter vor seinem Geschäft herunter.

11.00 Uhr: Pressekonferenz des Kuratoriums in der Beethovenhalle. Prof. Ridder zu Minister Bendas Behauptung, von einem Durchpeitschen der Gesetze könne keine Rede sein: De facto werde dem Bundestag ein neuer Entwurf vorgelegt. Der Innenausschuß habe nur 100 Minuten beraten, obwohl dieser Entwurf fünf-sechs substantielle Änderungen aufweise. (Gewiefte Juristen benötigen nach eigenen Angaben mindestens fünf Stunden zum Durcharbeiten.) Er verweist auf einen Kommentar der „Frankfurter Allgemeinen“ vom Vortag, in dem es hieß, man sollte doch wenigstens die Fiktion aufrechterhalten, als könne jeder Abgeordnete den neuen Entwurf lesen und prüfen...





Zur gleichen Stunde zieht eine Einheit des Bundesgrenzschutzes einen Stacheldrahtverhau um das Innenministerium.

12.00 Uhr: Teach-in auf den Rheinwiesen unterhalb der Kennedybrücke. Ein Geistlicher spricht. Er berichtet über die Demonstration von 500 Pfarrern gegen die NS-Gesetze in Bonn. Nach ihm spricht ein Student aus Marburg; ihm folgt ein Bergarbeiter aus dem Ruhrrevier. Und immer neue Busse rollen heran. In einem Wald von roten Fahnen ein Marschblock mit vielen Falkenfahnen; dann ein großes rotes Transparent: Freiheit für die KPD! Sprechchöre werden geübt: „Benda, eine kleine radikale Minderheit!“ – SPD und CDU – machen uns die Zehen zu!“ – „No-no-Notstandsgesetz!“ Zur gleichen Zeit finden an den beiden anderen Sammelpunkten Teach-ins statt.

13.00 Uhr: Auf der Kennedybrücke setzt sich die Marschsäule „Grün“ in Bewegung. An der Spitze marschierte eine Gruppe ehemaliger KZ-Häftlinge in ihrer alten Lagerkluft. „Häftling 40628 – 10 Jahre Zuchthaus und KZ“; „Für Freiheit und Demokratie – Häftling Nr. 45882“ – auf diese Art protestieren sie gegen Bonns Notstandspläne.

13.30 Uhr: In der Nähe des Berta-von-Suttner-Platzes wird ein mittelalterlicher Herr, der seine Kamera fleißig betätigt, mit Ho-Ho-Rufen begrüßt. Kieler Demonstranten haben in ihm einen Spitzel vom Verfassungsschutz wiedererkannt. Später wird bekannt: Aus allen Städten, aus denen Demonstranten mitgekommen sind; eilten Abgesandte des Verfassungsschutzes nach Bonn, um mit Kamera und – teilweise – mit Tonbandgerät das Wirken „ihrer“ Demonstranten zu beobachten. „Schmeißfliegen im Einsatz“ (Kommentar eines Göttinger Studenten zu diesem Spitzel-Großeinsatz).

14.00 Uhr: Die Spitzen der drei Demonstrationzüge haben die Innenstadt längst erreicht. Eine Gruppe von 200 Jugendlichen kommt im Ho-ho-ho-Rhythmus. Ihr Slogan: „Nazi Kiesinger – Nazi Kiesinger!“ Dahinter junge Arbeiter und Studenten mit einem großen Schild: „Wehrt euch! Arbeiter und Studenten gegen Notstandsgesetze. SPD-Ortsverein Thomasberg.“ Die ersten Teilnehmer der Dortmunder DGB-Kundgebung treffen ein. Sie werden von den Mitgliedern und Funktionären ihrer Gewerkschaften mit Hallo begrüßt und reihen sich ein.

14.30 Uhr: Über Bonn kreisen Hubschrauber der Polizei. Von dort oben beobachtet Nordrhein-Westfalens Innenminister Weyer, der die sichtbaren Polizisten in Bonn mit weißen Jäckchen ausrüsten ließ, zeitweise die nicht abbrechenden Demonstrationzüge durch die Innenstadt

15.00 Uhr: Die weite Rasenfläche des Hofgarten ist etwa zu zwei Dritteln gefüllt, als die Kundgebung beginnt. Heinrich Böll: Das Gesetz erscheine vielen Bürgern als „eine Art Verkehrsregelung bei Naturkatastrophen“; in Wahrheit sei es „die Vorbereitung für eine fast totale Mobilmachung“. Dr. Buro (Kampagne für Demokratie): Der Sternmarsch sei nur der Auftakt für eine „Kampagne in fast allen Teilen der Bundesrepublik“, „wir rufen zum Wahlboykott gegen Notstandsbefürworter in allen Parteien“. Prof. Ridder: Die außerparlamentarische Opposition ist „eine demokratische Erneuerungsbewegung, die in legitimer Weise gesellschaftliche Macht entfaltet“.

Zahlenspiegel

„Ohne Zwischenfälle verliefen gestern Sternmarsch und Großkundgebung der Notstandsgegner in Bonn, an denen nach Angaben der Veranstalter etwa 70 000, nach Angaben der Polizei 22 000 Personen teilnahmen.“ (BILD am Sonntag, 12. Mai 1968)

„50 000 Demonstranten ziehen mit roten Fahnen und Spruchbändern durch die City...“ (Expreß, 11./12. Mai 1968)

„Zu dem Sternmarsch auf Bonn hatte das Kuratorium Notstand der Demokratie aufgerufen. 35 000 waren gefolgt...“ (Expreß, 11./12. Mai 1968)

„Es waren zwischen 22 000 (Angaben der Polizei) und 40 000 (Schätzungen des Kuratoriums der Demonstranten...)“ (Welt am Sonntag, 12. Mai 1968)

„...zu denen schätzungsweise mehr als 50 000 meist junge linksradikale Menschen aus dem ganzen Bundesgebiet und aus Westberlin nach Bonn gekommen waren.“ (Rundschau am Sonntag, 12. Mai 1968)

„Rund 40 000 oder – wie das Kuratorium ‚Notstand der Demokratie‘ behauptet – 60 000 Demonstranten fanden sich auf der Bonner Hofgartenwiese...“ (Rundschau am Sonntag, 12. Mai 1968)

15.30 Uhr: Ein Beifallsorkan klingt über den Hofgarten, als Helmut Schauer mitteilt, daß zahlreiche Busse mit Teilnehmern an der Dortmunder DGB-Kundgebung auf dem Wege nach Bonn sind.

16.00 Uhr: Die Tribüne wird zum Symbol für das große Bündnis der Notstandsgegner. Die Hauptvorstandsmitglieder der IG Metall und der IG Chemie, Georg Benz und Werner Vitt, ergreifen das Wort vor der Menge, die inzwischen auf 70 000 angewachsen ist.

17.00 Uhr: Während 3 000 Teilnehmer in den großen Saal der Beethovenhalle zu einem Teach-in des SDS zusammenkommen, das bis in die Nachtstunden andauert, rollen Busse und PKW, Züge und Schiffe Richtung Heimat. Trotz des einsetzenden Regens ist die Stimmung ausgezeichnet. Jetzt beginnt die Arbeit zu Hause. Pläne werden geschmiedet, diskutiert, verworfen, beschlossen. Man wird zu den Bundestagsabgeordneten gehen, mit den Kollegen am Arbeitsplatz und im Hörsaal sprechen, die Aufklärungsarbeit und den Protest verstärken. Bonn ein Höhepunkt. Und ein neuer Anfang!



Bendas scharfe Sachen

Der Spannungsfall
Nicht erst im Kriegsfall kann die Regierung **Dienstverpflichtung** für Männer ab 18 und von Frauen zwischen 18 und 55, die Beschlagnahme von Privat-PKW, die Rationierung von Lebensmitteln, Benzin etc. und ein Verbot des Arbeitsplatzwechsels anordnen. Zur Auslösung der Notstandsautomatik genügt, daß eine Mehrheit von zwei Dritteln der im Bundestag abgegebenen Stimmen feststellt, der „Spannungsfall“ sei eingetreten. Was unter „Spannungsfall“ zu verstehen ist, wurde nicht definiert.

Die NATO-Klausel
Die Regierung hat aber auch die Möglichkeit, den Notstand unter Berufung auf einen entsprechenden NATO-Beschluß zu praktizieren. In diesem Fall hat der Bundestag nicht mitzureden. Als Trostpflaster wird in dem Artikel 80 a dem Bundestag das Recht zugestanden, einen solchen NATO-Beschluß „nachträglich“ aufzuheben. Der entsprechend NATO-Plan Prometheus abgelaufene faschistische Putsch in Athen hat allerdings gezeigt, welchen Wert solche Klauseln haben. Was beispielsweise nutzt den griechischen Parlamentsabgeordneten heute auf den KZ-Inseln ihr Recht, verfassungswidrige Aufstände zu unterbinden?

Bundeswehr-Einsatz im Innern
Die neue Notstandsverfassung ermöglicht den Einsatz der Bundeswehr im Falle des „inneren Notstandes“. Wann dieser eintritt, liegt letztlich im Ermessen der Regierung. Ein Blick in unsere Geschichte zeigt, daß die Regierenden sich nie scheuten, auch Streiks mit Waffengewalt niederzuschlagen.

Arbeitskämpfe
Als großen Sieg wird von rechtsorientierten sozialdemokratischen Notstandspropheten die Schutzklausel für „Arbeitskämpfe“ in die Verfassung dargestellt. In Wahrheit sanktioniert dieser neuformulierte Artikel 9 die Aussperrung der Unternehmer; auf Betreiben der CDU wurde der Begriff „Streik“ nicht aufgenommen.

Freizügigkeit
Der Artikel 11 bietet der Regierung die Möglichkeit, die Bewegungsfreiheit politischer Gegner einzuzengen. Die vorliegende Fassung würde es beispielsweise ermöglichen, bei harten Auseinandersetzungen um die Mitbestimmung die aktivsten Gewerkschafter und andere unbequeme Persönlichkeiten zu evakuieren. Diese Evakuierung politischer Gegner oder streikender Belegschaften käme der im zaristischen Rußland praktizierten Verbannung gleich.

Telefon- und Postüberwachung
Der Artikel 10 sanktioniert die bisher illegal bzw. unter dem Schutzmantel der Alliierten praktizierte Überwachung von Post und Telefon. Das Opfer derartiger Schnüffeleien hat keine gesetzliche Möglichkeit, gegen diese Polizeistaatmethoden anzugehen.

HERAUSGEBER
Bernhard Jendrejewski,
Pastor Horst Stuckmann,
Werner Weismantel,
Pfarrer W. Heintzeler

VERLEGER
Karl Heinz Schröder
Werner Weismantel

CHEFREDAKTEUR
Karl Hubert Reichel

VERANTWORTL. REDAKTEUR
H. J. Hennecke, Dortmund

LAYOUT
Dmitrij Werschbizkij

REDAKTION
46 Dortmund, Kuckelke 20
Tel. 57 20 10

VERLAG
Weltkreisverlags-G. m. b. H.
6104 Jugenheim a. d. B.
Alsbacher Straße 65

FRANKFURTER BÜRO
6 Frankfurt/M.,
Robert-Mayer-Straße 50
Tel. 77 38 03

PREIS INLAND
Einzelpreis DM 1,-
einschl. Mehrwertsteuer
Jahresabonnement DM 10,-
zuzügl. Zustellgebühr

KONTEN
Weltkreisverlag
Deutsche Bank Darmstadt
Kto.-Nr. 290 221
Postcheckkto. Frankfurt/M.
Kto.-Nr. 2032 90

PREISE AUSLAND

BELGIEN 15 Bfrs. / BULGARIEN 50 stc.
/ CSSR 2 Kr. / DANEMARK 2,30 dkr. /
GROSSBRITANNIEN 3 sh. / IRLAND 3
sh. / FINNLAND 1,20 fmk. / FRANK-
REICH 1,50 ffrs. / ITALIEN 200 Lire
/ LUXEMBURG 15 ffrs. / NORWEGEN 2,75
nkr. / NIEDERLANDE 1,10 hfl. / OSTER-
REICH 10 Schilling / POLEN 1 Zloty /
SCHWEDEN 2,25 skr. / SCHWEIZ 1,20
sfrs. / UdSSR 0,30 Rubel / USA u. a.
40 ct.

DRUCK: HOSCH GMBH., FRANKFURT

Lieber Leser,

der Oberstaatsanwalt beim Landgericht in Frankfurt bevorzugt die Salomitaktik: Am 4. Juni, vormittags 9.30 Uhr, soll der elan-Redakteur Hermann Sittner wegen „Beleidigung des Bundeskanzlers“ (StGB § 185) vor der 1. Hilfsstrafkammer des Landgerichts Frankfurt (Saal 165) erscheinen.

Unmittelbar nachdem dieser Prozeßtermin anberaumt worden war, erhielten elan-Redakteur Hans-Jörg Hennecke, Verlagsgeschäftsführer Werner Maletz und die Verlagssekretärin Marlis Becker die Aufforderung, als Angeschuldigte wegen Verstoßes gegen § 185 vor den Amtsgerichten in Dortmund bzw. Frankfurt zu erscheinen.

Die Justiz schreitet zur Eskalation; es bestätigt sich unsere Vorwarnung, daß eine oppositionelle Jugendzeitschrift mit juristischen Mitteln fertiggemacht werden soll. Nach dem Willen des Staatsanwaltes soll uns künftig verboten sein, das auszusprechen, was die Informierten und die Vernünftigen in unserem Lande seit langem sagen, nämlich: Die politische, finanzielle und moralische Unterstützung der blutigen US-Aggression gegen das um seine Freiheit kämpfende Vietnam von seiten der Bundesregierung ist Beihilfe zum Völkermord.

Hermann Sittner, dem am 4. Juni der Prozeß gemacht werden soll, hat inzwischen bei der Staatsanwaltschaft in Bonn Strafantrag gegen Bundeskanzler Kiesinger wegen „Beihilfe zum Völkermord“ gestellt. Er hat in diesem Zusammenhang die Meinung vertreten, daß Kiesinger Rückfalltäter sei, weil er als Prop-Fachmann im Dritten Reich den damals betriebenen Völkermord „zu vertuschen versucht und ihn damit politisch-moralisch unterstützt“ habe.

Der Prozeß gegen Hermann Sittner, die inzwischen eingeleiteten Verfahren gegen weitere elan-Mitarbeiter laufen darauf hinaus, die Politik der Bundesregierung mit strafrechtlichen Mitteln abzusichern. Dieser Versuch verrät die hochgradige Nervosität der Regierenden. Er geht konform mit der Absicht, durch NS-Gesetze und Mehrheitswahlrecht jegliche Kritik an der Regierung zu unterdrücken und die bestehenden Macht- und Besitzverhältnisse zu zementieren.

Diesen autoritären Tendenzen gilt es Widerstand entgegenzusetzen. Die Tatsache, daß die gegen uns eingeleiteten Verfahren wegen Beleidigung des US-Präsidenten (§ 103) sang- und klanglos eingestellt werden mußten, nachdem annähernd 1000 Selbstanzeigen bei uns eingingen, zeigt, daß Widerstand nicht zwecklos ist.

Angesichts des konzentrierten Vorgehens der Justiz gegen die Mitarbeiter dieser Zeitschrift wende ich mich erneut an alle Leser und Freunde des elan: Helfen Sie mit, das weitere Erscheinen des elan zu ermöglichen! Sprechen Sie mit Ihren Freunden und Kollegen über die Prozeßlawine, die gegen uns ins Rollen gebracht werden soll; werben Sie neue Leser für den elan; helfen Sie uns auch materiell, denn Prozesse sind teuer in diesem Lande.

Das wäre das schönste Geburtstagsgeschenk, das Sie elan zum 10. Geburtstag machen könnten.

Herzlichst Ihr

Karl Hubert Reichel



In zehn Tagen

Eine Reise um die Welt

Ihr könntet in einem Reisebüro bare 20.000 DM für eine Weltreise auf den Tisch blättern, — was Sofia seinen Gästen während des 9. Festivals bietet, könntet Ihr selbst damit nicht erkaufen.

Hier in Sofia werden zwischen dem 28. Juli und 6. August 20.000 junge Menschen aus 130 Staaten der Erde zusammentreffen. Dabei sind junge vietnamesische Freiheitskämpfer, die beim Sturm auf Saigon dabei waren, Flakschützen aus Haiphong, ebenso wie Bürgerrechtskämpfer aus Memphis (USA). Noch behandeln die einzelnen Delegationen ihre Festivalknüller hinter der vorgehaltenen Hand. Doch ich konnte inzwischen erfahren, daß

- die Franzosen ihren Star-Chansonnier Jean Ferrat in Sofia aufbieten,

- die Sowjets die Kosmonautin Valentina Tereschkowa mitbringen,

- die Spanier mit der Heldin des Bürgerkrieges Dolores Ibarruri anreisen.

Und was die Sportfans ganz sicher interessiert: ein Shake-hands mit den Stars und vermutlichen Medaillensammlern von Mexico-City ist ebenfalls drin. Die internationalen Sportverbände betrachten die Wettkämpfe während des Festivals als Generalprobe für die Olympiade.

Für die Sieger haben sich die Veranstalter einen ganz besonderen Gag ausgedacht: da die Sportkämpfe am Vietnamtag (29. Juli) ausgetragen werden, erhalten die Sieger Urkunden, die auf Teile von über Vietnam abgeschossenen US-Bombern graviert wurden.



Unsere Gastgeber



Narodna Republika Bulgaria
— Volksrepublik Bulgarien —
das ist der offizielle Name des
gastgebenden Landes für das 9.
Festival.

Es war am 9. September 1944...
als sich bulgarische Arbeiter und
Soldaten gegen das monarchofa-
schistische Regime erhoben und
eine demokratische Republik aus-
riefen.

Achteinhalb Millionen Einwohner
hat das Donauland, das im Nor-
den an Rumänien, im Osten ans
Schwarze Meer, im Süden an
Griechenland und im Westen an
Jugoslawien grenzt.

Bayern und Baden-Württemberg
sind zusammengekommen so
groß wie die Volksrepublik Bul-
garien. Exakt: 110 928 Quadrat-
kilometer.

Die Hauptstadt Sofia
ist mit ihren 800 000 Einwohnern
etwa mit Köln vergleichbar.

22 ° Durchschnittstemperatur
kündigen die Wetterfrösche für
die Festivalzeit in der Hauptstadt
an.

Am 25. Längengrad
und 43. Breitengrad liegt Sofia —
für die, die es ganz genau wissen
wollen.

In Sofia gehen die Uhren anders.
In Bulgarien gilt die Osteuropäi-
sche Zeit (OEZ). Wenn bei uns
die Uhr zwölfmal schlägt, ist es
dort bereits eins.

Ein Lewa hat 100 Stotinki
Die bulgarische Währung heißt
Lewa. Der Umtauschkurs für
einen Lewa liegt bei 2 DM.



Eine Reise um die Welt

Doch nicht nur für die Stars: Sportwet-
tkämpfe sind in Sofia für alle da. Jeder
kann das Sportabzeichen des Festivals er-
werben. Leute, packt die Turnschuhe ein!
Noch ein paar Tips für den Aufenthalt in
Sofia: extra für die Gäste wurde eine kom-
plette Stadt aufgebaut. Die Festivalstadt,
moderne Wohnblocks, hat Platz für 8 000
Teilnehmer. Je sieben in einer geräumigen
Wohnung: 2 große Zimmer, Balkon, Dusche,
Küche. Wer sich kreuz und quer in Sofia
fortbewegen will, zahlt dafür keinen Penny:
mit dem Festivalausweis, den jeder erhält,
können alle Verkehrsmittel kostenlos be-
nutzt werden.

Festivalisten lernen natürlich nicht nur Sofia
kennen. Fahrten ins ganze Land stehen auf
dem Programm. Nach Plevend, Burgos, Plov-
div, Varna (Schwarzes Meer). Wem es da-
nach ist, unterwegs mal einen Happen zu sich
zu nehmen, dem sei Kebatscheta empfohlen.
Die Nationalspeise der Bulgaren, auf Holz-
kohle gegrillte Fleischstücke. Der Preis ist
mit 1,25 Lewa durchaus annehmbar (2,50 DM).
Und hinterher einen Schopska-Salat aus
Paprika, Tomaten und Gurken.

Neben den 130 nationalen Organisationen
sind 70 internationale Verbände beim Festi-
val vertreten. Unter ihnen die IUSY (Sozia-
listische Jugendinternationale), die südame-
rikanische christliche Jugend (YUDCA), die
Panafrikanische Jugend- und Studentenbe-
wegung und die UNO.
Sie alle fahren nach Sofia, um mit jungen
Menschen aus allen Nationen und Erdteilen
zu diskutieren, um gemeinsam nicht zuletzt
der vietnamesischen Jugend ihre Solidarität
zum Ausdruck zu bringen.

Ich habe mich mit Vietnamesen unterhalten,
weil mir immer wieder die Frage gestellt
wird: „Was können wir den Freunden aus
Vietnam mitbringen, wie können wir mit
ihnen Solidarität üben?“
Und hier sind die kleineren und größeren
Wünsche derjenigen, die täglich gegen die
Aggression der USA zu kämpfen haben:
Medikamente jeder Art, besonders
— Delaqil oder Chinin in Tabletten- oder
Pulverform,
— alle Sorten Antibiotika,
— Sulfonamide in Tabletten- oder Pulver-
form,
— alle Vitaminsorten, besonders Vitamin
B 12;
Radioempfänger (25 bis 50 Watt) mit Trans-
formator;
kleine Transistoren;
alle Arten von Stoffen, besonders wasser-
und luftfeste Stoffe;
Fahrräder und Mopeds;
Reiseschreibmaschinen;
16 und 35 mm Kameras und Filme.

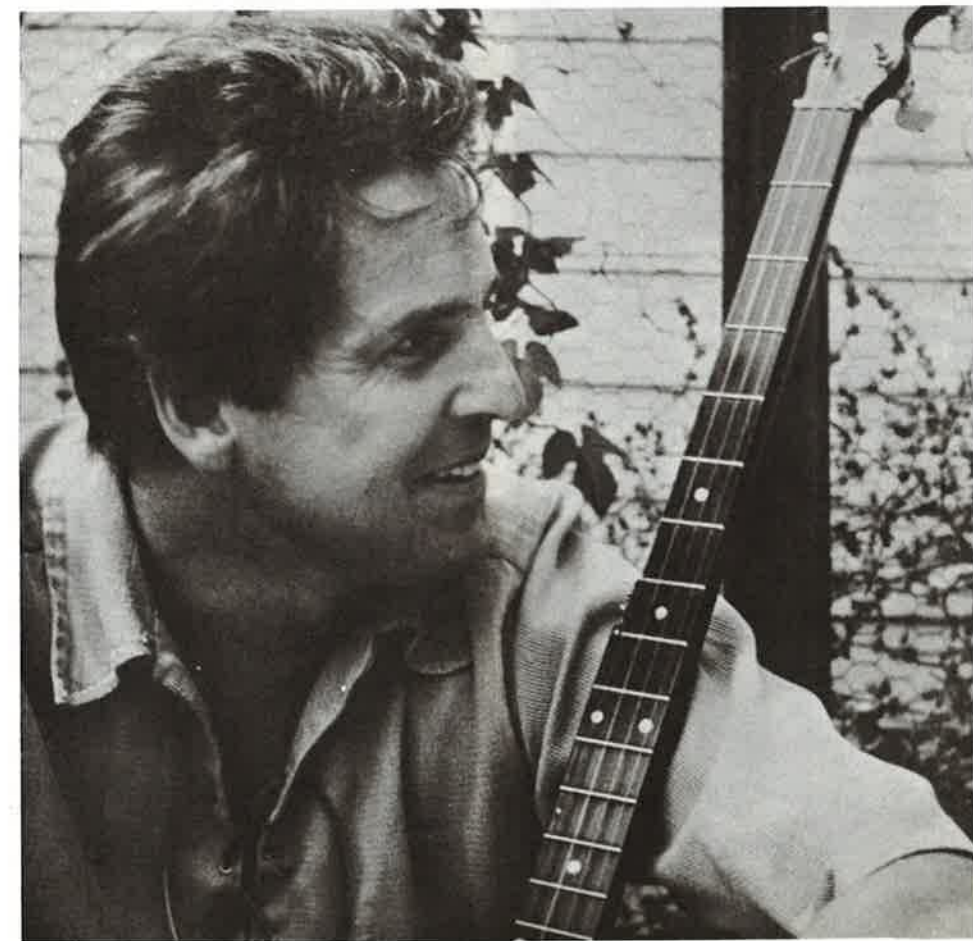
Unsere Solidarität mit der kämpfenden viet-
namesischen Jugend sollte im Mittelpunkt
des Festivals stehen. Wir werden mit ihnen
beisammensein, wie vorher nicht einmal die
Reporter der Weltpresse. Ist das mit einer
Reisebüro-Weltreise für teures Geld reali-
sierbar? Ich glaube nicht. Deshalb erwarte
ich euch in Sofia!

Heinz-Jürgen Nieth

Der Mann, der aus dem Süden kam

Carsten Linde

Die Geschichte des Folksingers Guy Carawan





Guy Carawan wurde 1928 in Los Angeles/Kalifornien geboren. Seine Mutter und sein Vater stammten beide aus dem Süden. Die Mutter war in Charleston/Süd-Karolina aufgewachsen, der Vater auf einer kleinen Farm in Nord-Karolina. Guy ging in Los Angeles zur Schule und studierte dort Soziologie. Als er 21 Jahre alt war, hörte er das erste Mal Folksongs von einigen Studenten auf einer Party. Wenig später hörte er Woody Guthrie und Pete Seeger bei einer Gewerkschaftsversammlung singen. 1950 traf er noch einmal Pete Seeger in der Nähe von Los Angeles und ein Gespräch mit Pete über die Herkunft und den Inhalt von Folksongs bewirkte, daß Guy Carawan sich eine Gitarre kaufte, Songs sammelte und selber sang. Zu jener Zeit gab es wenige Folksinger, die in öffentlichen Konzerten auftraten und nur wenige Folklore-Schallplatten in den USA. Guy Carawan kennt sie noch persönlich, die Ur-Väter des Folksongs, die ihre Lieder nicht sangen, um damit Geld zu verdienen, sondern um eine Tradition aufrechtzuerhalten. Burl Ives, Woody Guthrie, Cisco Houston, Pete Seeger, Josh White, die Almanac-Singers und die Weavers beeinflussten Guy Carawan anfänglich sehr in seiner Art Lieder vorzutragen.

Der Onkel schmiß ihn raus

Die meisten Volkslieder, die Guy sang, handelten von Landarbeitern, Cowboys, Eisenbahnern, Holzfällern und Seemännern. Der in der Großstadt aufgewachsene Student wurde neugierig auf die Lebensbedingungen der ländlichen Arbeiter. Die Bücher, die er las, sagten ihm nichts über das Leben des kleinen Mannes. So kaufte sich Guy Carawan — nachdem er 1952 seine Doktorarbeit und sein Abschlußexamen beendet hatte — einen klapprigen Ford und fuhr damit in die Südstaaten. Zwei der heute besten und beliebtesten Folksinger der USA begleiteten ihn, denn auch sie wollten im Süden Lieder sammeln. Es waren Jack Elliott und Frank Hamilton, der später den Weavers angehörte. Tagsüber sangen die drei jungen Männer an irgendeiner Straßenecke, an Tankstellen, in Kaufhallen oder in Wirtschaften. Nach Feierabend lauschten sie den Liedern der Arbeiter und Neger. Sie ließen sich Blues und Gospelsongs beibringen und sangen dafür die neuesten Schlager. „Wir saßen jeden Abend vor dem größten Geschäft des Dorfes und tauschten Lieder

mit den alten Leuten aus und hörten ihre Geschichten. In jenem Sommer lernte ich mehr über das Leben auf den Farmen im Süden und über Volksmusik als von allen Büchern und Schallplatten zusammen, die ich bisher gehört hatte . . .“ Guy besucht den Bruder seines Vaters in Mesic/Tennessee. Er bemerkt entsetzt, daß die Neger wie Tiere behandelt und von den Weißen verachtet werden. Als Guy die Neger einlädt, für ihn zu singen, verbietet ihm sein Onkel das Haus.

Guy beim Festival in Moskau

Um 1957 entschied sich Guy Carawan, professioneller Folksinger zu werden. Er trat in über 200 Universitäten und Hochschulen auf, in Kirchen und Gemeindesälen, in Kaffeehäusern und Clubs. Seine Konzerte waren stets ausverkauft. Folkways — die renommierte amerikanische Folkloreschallplattenfirma brachte in kurzer Zeit drei LPs von ihm heraus.

Guy hatte eine Einladung zu den Weltjugendfestspielen 1957 in Moskau erhalten. Er nahm sie an und reiste mit Peggy Seeger nach Rußland. Er war sehr beeindruckt von der freundschaftlichen Atmosphäre des Festivals: „Es war wunderbar! 36 000 Jugendliche hatten sich in einer Stadt getroffen, sie sangen, diskutierten, lachten und tanzten. Ich wurde durch diese Begegnung mit Menschen aus allen Kontinenten und auch durch meine spätere Reise nach China und



Europa in meiner Meinung bestärkt, daß alle Menschen Brüder sind.“ Als Guy Carawan von seiner Reise durch den Ostblock in die USA zurückkehrt, wird ihm sein Paß entzogen. Anscheinend behagen den kalten Kriegern seine Eindrücke über den Osten nicht. Guy zieht daraufhin fast ein Jahr durch die Staaten; er singt und zeigt Dias aus Rußland und China, versucht die Amerikaner davon zu überzeugen, daß alle Menschen Brüder sind — und jeder Amerikaner das Recht habe, frei zu reisen.

Begegnung mit Luther King

In Boston hört Carawan 1958 eine Rede des gleichaltrigen Martin Luther King. Die Worte Kings bewegen ihn sehr. Plötzlich weiß Guy auf welcher Seite sein Platz ist und wie der Kampf um die Gleichberechtigung geführt werden muß. Er gibt seine Karriere als professioneller Sänger auf:

„Ich merkte, daß ich vieles, was ich lernen wollte, nur im Süden von den Negern lernen konnte, und wollte deshalb meine Zeit nicht mehr in New York verbringen, mit Managern und Geschäftsleuten, die mir eine Karriere versprachen. Das alles war meine Zeit nicht wert.“

Guy verläßt New York, geht in den Süden und wird der musische Leiter der Highlander Folk School. Diese Schule wurde in der Depressionszeit (um 1930) von Don West — dem Vater der heute bekannten Sängerin Hedy West — gegründet. Highlander Folk School ist eine Schule für Erwachsene, die sich darum bemüht, die Probleme der ungebildeten ländlichen Bevölkerung zu lösen. Bis in die Mitte der 50er Jahre stand Gewerkschaftsarbeit im Mittelpunkt der Kurse und Lehrgänge. Als die Bürgerrechtsbewegung sich informierte, wurde sie von Highlander aus unterstützt. Jahrzehntelang war Highlander Folk School der einzige Platz im Süden, wo sich Weiße und Neger treffen und miteinander arbeiten und diskutieren konnten.

Im Zentrum der Bürgerrechtsbewegung

Schon immer spielte die Musik eine große Rolle in der Arbeit der Highlander Folk School. Man wußte, daß Lieder geeignet waren, den Menschen in Kämpfen und in



schwierigen Situationen Kraft und Mut zu geben. Viele der Gewerkschaftslieder waren in Highlander geschrieben worden. Guy Carawan versuchte, der Bürgerrechtsbewegung durch Lieder aus der Folklore der Neger einen Halt zu geben. 1959 hatte er an den ersten Sit-Ins in Nashville/Tennessee teilgenommen, als Neger sich in Gaststätten niederließen, die „Nur für Weiße“ bestimmt waren und sich weigerten, die Lokale zu räumen, bevor man sie nicht bedient hatte. Zu Schlagern aus der Hitparade (etwa Ray Charles „Moving On“) von Nashville sangen die Studenten neue Texte, um durchzuhalten.

„Nur für Weiße“ Ein Lied wird wiederentdeckt

Eines der Lieder, die Guy Carawan wiederentdeckte heißt „We shall Overcome“. Es war um 1940 von streikenden Tabakarbeitern gesungen und in Erinnerung behalten worden. Die Melodie stammt von einer Baptistenhymne. Im April 1960 bringt Guy es 30 Mitarbeitern der Bürgerrechtsbewegung bei, die es wiederum weiterverbreiten und so wird „We Shall Overcome“ im ganzen Süden bekannt. Neue Strophen kommen hinzu und schon bald ist dieses Lied die Hymne der Civil Rights Bewegung. Pete Seeger trägt „We Shall Overcome“ in die Städte des Nordens, und nun hört man das Lied überall bei Demonstrationen. Diese Demonstrationen und Sitzstreiks werden von den Negern selbst organisiert. Guy nimmt an fast allen teil. Oft wird er verhaftet. Er kennt die Gefängnisse und Zuchthäuser,



in vielen Südstaaten, so in Mississippi, Alabama, Louisiana und Tennessee. Aber er läßt sich nicht einschüchtern. Immer häufiger veranstaltet er Workshops für die Teilnehmer an Demonstrationen. Seine Lieder werden zu Aktionsliedern der Gewaltlosigkeit. Guy und die Teilnehmer der Demonstrationen singen immer wieder neue Verse zu traditionellen Volksmelodien. Meistens entstanden die Lieder spontan unter dem Eindruck der polizeilichen Gewaltanwendung.

Die Lieder der Civil Rights Movement, die Guy sammelte und verbreitete, sind von ihm in zwei Büchern zusammengefaßt. Sie heißen „We shall overcome!“ und „Freedom is a constant struggle“. Beide sind bei Oak Publications erschienen und mit vielen eindrucksvollen Dokumentarphotos von Demonstrationen ausgestattet. Von den Sitzstreiks und Bus-Boykotten hat Guy Carawan mehrere Dokumentarschallplatten zusammengestellt.

Ist Guy ein Protestsänger?

Guy Carawan sieht es nicht gern, wenn man ihn als Protestsänger bezeichnet. Dabei hat er mehr Recht darauf, so genannt zu werden, als viele der jungen Protestliedersänger. Durch seine Arbeit wurden viele Lieder des Protestes gesammelt, gesungen und verbreitet. Er drängt sich nicht an die Öffentlichkeit mit Konzerten und Schallplatten. Er selbst sagt: „Eigentlich ist es paradox, daß sich die Protestsänger immer in das Rampenlicht stellen müssen, um gehört zu werden.“

Sie bewegen sich dabei von den Orten fort, wo die wichtigen Aktionen geschehen. Im Gegensatz zu den über Nacht bekannt und berühmt gewordenen Protestsängern von heute lebte z. B. Woody Guthrie immer unter den einfachen Menschen und Unterdrückten dieses Landes.“

Die Lieder, denen Guy Carawan seine Stimme lieh, halfen bei der Veränderung der Gesellschaft. Sie sind lebendig und werden in der Civil Rights Movement gesungen. Nicht zuletzt diesen Songs ist es zu verdanken, daß die Neger sich heute als „Black Power“ verstehen und stolz auf ihre Tradition sind. Dieses Selbstbewußtsein macht sie stark in ihrem Kampf um die Gleichberechtigung, der schon über 100 Jahre dauert aber eines Tages mit der vollen Freiheit der Neger enden wird. In „We shall overcome“ ist die Hoffnung auf Gleichberechtigung mit den Worten Guy Carawans so ausgedrückt: „Schwarze und Weiße werden zusammen leben . . . wir werden alle frei sein.“



HILFE, WIR VERBLÖDEN

So
züchtet
man BILD
Leser

„Das, was wir heute im Lande erleben, ist der Beginn des Stalingrads des deutschen Bildungswesens.“

Prof. Georg Picht, Heidelberg



Sie zahlen die Zeche für die Katastrophe unseres Bildungssystems

Von Hans-Jörg Hennecke

Die Weichen für Herbert Bachmanns Zukunft wurden nicht erst im Frühjahr 1955 gestellt, als der Sechsjährige mit Ranzen, Bleistift und Schreibheft zum ersten Mal in den Steinkasten der Volksschule Dortmund-Brackel eintrat. Herberts Vater ist Schlosser. Bei Hoesch auf der Westfalenhütte.

„Volksschule, mehr war für mich und meine Geschwister sowieso nicht drin. Ich habe die acht Jahre gemacht und bin dann auch zur Hütte“, erzählt uns der nun 19jährige Schlosser. Was hat er in der Schule gelernt?

„Rechnen, schreiben und noch ein paar andere Sachen. Das meiste ist schon wieder verschwunden“, Herbert macht eine Handbewegung in Richtung Kopf. „Weil man damit im Arbeitsleben doch nichts anfangen kann. Was man wissen sollte, so über politische Fragen in unserem Land und über das Be-

rufsleben, da ist ein großes Loch. Darüber wird nichts gesagt.“

588 783 Jungen und Mädchen haben im letzten Herbst die Volksschule verlassen. Das waren 65 % aller Schulentlassenen. Die überwiegende Mehrheit von ihnen hat genau wie Herbert Informationen über die Arbeitswelt nur aus dem Lesebuch bezogen. Da ist dann die Rede vom „braven Ruhrkumpel und frommen Eifelbauern“, die schwer arbeiten und treu ergeben zur Obrigkeit stehen.

Inzwischen gibt es viel guten Willen, vor allem seitens jüngerer Lehrer. Sie wollen in der Schule auch auf die Berufswelt vorbereiten. In Kürze soll das Fach „Arbeitslehre“ eingeführt werden. Wir unterhielten uns darüber mit Junglehrerin Annegret Sander aus Lünen:

„So gut das Projekt ist, es krankt daran, daß die wenigsten Lehrer Kontakt mit der

Arbeitswelt hatten. Wir müßten doch selbst im Betrieb tätig gewesen sein, um Arbeitslehre wirklichkeitsnah unterrichten zu können.“

Was noch schlimmer ist: Annegret Sander hat in ihrer Klasse 60 Jungen und Mädchen. Wie kann da überhaupt sinnvoller Unterricht erteilt werden?

Politik in der Schule tabu

Unser Schulsystem ist muffig wie um 1900. Mittlerweile haben wir auf diesem Gebiet das Niveau der Entwicklungsländer erreicht. Nach dem Eingeständnis unserer Kultusminister werden 1970 in der Bundesrepublik 270 000 Lehrer, 27 000 Klassenzimmer und 44 000 Räume für den Fachunterricht fehlen. Die ein- oder zweiklassige Zwergschule unseres Bundespräsidenten steht immer noch in hoher Blüte. 12 000 Exemplare dieser mittelalterlichen Unterrichtsstätten gibt es in der Bundesrepublik. In Rheinland-Pfalz sind beispielsweise zwei Drittel aller Volksschulen von diesem Typ. Brutanstalten für Bildzei-

lungsleser. Herbert Bachmann ging zu Hoesch auf die Hütte, um, wie sein Vater, Schlosser zu lernen.

„In der Berufsschule war es genau wie in der Volksschule. Über unseren Beruf hinaus bekamen wir fast gar nichts zu hören. Gemeinschaftskunde stand allerdings auf dem Stundenplan. Doch laufend mußten Stunden ausfallen. Und das waren dann immer Gemeinschaftskundestunden.“ Wie Herbert ergeht es den meisten Lehrlingen in der Berufsschule. Mindestens acht Wochenstunden sind Pflicht. In Bremen sogar zwölf, Baden-Württemberg zehn, Hessen und NRW neun. Doch mehr als die Hälfte aller Schüler liegt unter dem Plansoll.

Immer wieder hörten wir: „Wenn Stunden ausfallen, dann Gemeinschaftskunde.“ Lehrlinge der Farbwerke Hoechst in Frankfurt haben zeitweise ein halbes Jahr keine einzige Unterrichtsstunde in diesem Fach bekommen!

Bildungsnotstand führt zu sozialem Notstand

Herbert Bachmann fragte seinen Lehrer, warum ausgerechnet immer auf die staatsbürgerliche Bildung verzichtet wurde, wenn

Stunden ausfallen. Die Antwort: „Ich habe da Vorschriften, da gibt es nichts zu ändern.“ Achtmillionensiebenhunderttausend Jugendliche zwischen 14 und 25 leben in der Bundesrepublik. Sie müssen die katastrophalen Folgen unseres völlig überholten Bildungssystems tragen. Das beginnt mit der Dreigliedrigkeit in Volks-, Mittel- und Oberschulen, die ein einheitliches durchgängiges Bildungssystem unmöglich macht.

„Das System an sich ist faul. Es wurde nach den Idealen des Stände-Staates errichtet: die höhere Schule für die Oberschicht, die Mittelschule für den Mittelstand, die Volksschule für das ‚gemeine Volk‘. In praktisch allen anderen Kulturstaaten geht man von dem Gedanken der Gesamtschule aus. Die Dreiteilung in Gymnasium, Mittel- und Volksschule entfällt. Alle Kinder besuchen bis zum 10. Schuljahr die gleiche Schule.“ (Quick 20/68) Beispielsweise in der DDR und Frankreich. Länder, mit denen sich die Bundesrepublik auf dem Bildungssektor keineswegs messen kann. Bei uns hat der Rüstungsstaat den Bildungsstaat unmöglich gemacht. Die Bundesrepublik gibt für Bildung pro Kopf weniger als die Hälfte (2,3 % vom Bruttosozial-

Herbert Bachmann: „In der Schule hörten wir kein Wort über die Arbeitswelt.“



Junglehrerin Annegret Sander: Mit 60 Schülern das 1 x 1?



Widerstand jetzt, handelt heute!

Widerstand jetzt, handelt heute — nicht erst, wenn es wieder zu spät ist! Mit jedem Tag wächst die neonazistische Gefahr. Mit skrupelloser Demagogie gewinnt die NPD an Boden. Ihre verfassungswidrigen Ziele werden von vielen öffentlichen Institutionen bagatellisiert und toleriert, hie und da sogar heimlich gefördert. Antidemokratisches Denken und Handeln beeinflussen zunehmend unser öffentliches Leben und bereiten dem organisierten Neonazismus den Boden. Notstandspläne erhöhen unsere Verfassung aus und schaffen Voraussetzungen für Zustände ähnlich wie in Griechenland.

Widerstand jetzt, handelt heute! Kommt zum Europatreffen gegen Neonazismus und Faschismus, demonstriert für europäische Sicherheit und Völkerverständigung in München.

22. Juni 1968

„die tat“ als antifaschistische Wochenzeitung, als Wochenzeitung der deutschen Widerstandsbewegung, Organ der Opfer des Naziregimes und ihrer Hinterbliebenen wird in den Ausgaben Nr. 25 vom 22. 6. 1968 und Nr. 26 vom 29. 6. 1968 ausführlich berichten.

Helfen Sie deshalb hauptsächlich bei der Verbreitung dieser beiden Ausgaben in Ihrem Bekanntenkreis, Heimatort usw., mit.

BESTELLEN SIE NOCH HEUTE „die tat“

Bestellschein

Ich/Wir bestelle(n):

Ex. „die tat“ — Nr. 25 vom 22. 6. 1968
Ex. „die tat“ — Nr. 26 vom 29. 6. 1968

Der Verkaufspreis pro Exemplar beträgt DM 0,60; der Abrechnungspreis pro Exemplar beträgt für Sie DM 0,40.

Name:

Vorname:

Postleitzahl:

Ort:

Straße:

Unterschrift:

Wir danken Ihnen schon jetzt für Ihre wertvolle Mitarbeit!

Bitte als Drucksache (DM 0,20) einsenden an:

**RÜDERBERG-VERLAG GMBH.,
6 Frankfurt am Main, Postfach 2409
Schumannstraße 56**



produkt) von dem aus, was selbst westliche Industriestaaten (ca. 6%) in die Zukunft investieren.

Volksschule — fürs 'gemeine Volk'

„Die Volksschule der Bundesrepublik, ist ihrem Wesen nach als Schule der Arbeiterkinder bildungsfeindlich. Trotz gewisser Verwissenschaftlichung ist die Bildung auf Oberflächenerscheinungen begrenzt. Bewußt wird die Bildnug auf einer niedrigen Ebene gehalten. Alle weltanschaulichen und politischen Konsequenzen werden vermieden,“ erklärte Rolf Jürgen Priemer, Bundesvorsitzender der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend dazu. Diese Bildungsfeindlichkeit wirkt sich besonders drastisch für Arbeiterkinder aus.

● Sie bekommen in der Volksschule nicht das Wissen vermittelt, das sie befähigt, in der hochentwickelten technischen Gesellschaft unserer Tage ihren Mann zu stehen.

● Als Ergebnis der Dreiteilung des Bildungswesens stellen Arbeiterkinder kaum mehr als 6% der Studentenschaft (Anteil an der Bevölkerung 50%)

● Staatsbürgerliche Bildung, unerlässlich für einen demokratischen Staat, wird den Arbeiterkindern in Volks- und Berufsschule weitgehend vorenthalten.

Liebe Leser!

Die nächste Ausgabe des elan erscheint als Doppelnummer (Juli-August). Sie wird am 28. Juli ausgeliefert!

Redaktion elan

Das ist die Bilanz eines Landes, das in Bildungsfragen auf der Weltrangliste an 22. Stelle rangiert. Mit Mühe und Not vor den lateinamerikanischen Entwicklungsstaaten. Bilanz einer in Unmündigkeit gehaltenen Gesellschaft.

Unsere Schulen dienen dem Obrigkeitsstaat

„Die Schulen in unserem Land sind autoritär organisiert. Sie sind fast überall darauf eingestellt, zum Gehorsam gegenüber dem Obrigkeitsstaat und gegenüber einer selbsternannten Herrschaftsschicht zu erziehen. Die Hochschulen in unserem Land sind ein Feudalsystem. Sie sind darauf eingestellt, die Herrschaft einer sozialen Schicht zu verewigen, die Bildung und Besitz für sich monopolisieren konnte.“ Das stellten 80 Gewerkschaftssekretäre in einem Solidaritätsappell an die Schüler- und Studentenbewegung fest. Von Gleichheit der Bildungschancen kann unter diesen Umständen keine Rede sein. In diesem Bildungssystem geht es nur nach dem Motto: Hast du was, bist du was! Und hier liegt der Unterschied zwischen Herbert Bachmann und Krupp Sohn Arndt von Bohlen. Die Arbeiterschaft ist in ein Verdummungssystem eingesperrt, das mit der Bildungskatastrophe beginnt und Springers BILD den Nährboden liefert.

„Man stiehlt Euch Euer Leben!“

Jakob Moneta, Chefredakteur des Organs der IG Metall schreibt in „Expres International“:

„BILD will Euch informieren. Es will keine Hintergründe aufdecken. Es will nicht aufklären darüber, daß man Euch Euer Leben stiehlt. Weil man Euch nicht die Schule und Bildung gegeben hat, um auf der geistigen Höhe unserer Zeit zu leben. Weil man Euch nicht bestimmen läßt über die Plätze, an denen ihr arbeitet, oder die Dinge, die Ihr schafft. Weil man Euch nur als blinde Werkzeuge benutzt. Weil Ihr nur alle vier Jahre einen Zettel in die Wahlurne werfen dürft und man Euch einredet: das ist Demokratie.“ Auch in diesem Frühjahr gingen allein in Nordrhein-Westfalen 10 000 Jugendliche stempeln. Sie müssen die Zeche für die Bildungskatastrophe zahlen. Mit einer dünnen Lohntüte und mit Arbeitslosigkeit.

Bundeskanzler Kiesinger stellte gegen elan-Redakteur Hermann Sittner Straf-antrag.

Sittner hatte auf einem Plakat festgestellt: „Kiesinger und sein Kabinett unterstützen einen Mörder.“ Weil die Bundesregierung „Beihilfe zum organisierten Völkermord durch politische, finanzielle und moralische Hilfe bei der Aggression der USA in Vietnam“ leistet. Hermann Sittner tritt auf den folgenden Seiten den Beweis für diese Feststellung an.

elan-Redakteur
Hermann Sittner beim Ostermarsch



ICH KLAGE AN

oder: Warum
Herr Kiesinger
schwache Nerven
hat

Die Unterstützung kolonialistischer, imperialistischer und antidemokratischer Regierungen durch die Bundesregierung ist bereits zur Tradition geworden: Adenauer schon bot — als noch niemand an eine deutsche Wiederbewaffnung dachte —, den USA Truppen für den Krieg gegen Nordkorea an; Südkoreas Geheimdienst durfte ungestraft mißliebige Landsleute aus der Bundesrepublik entführen; portugisische Truppen durften gegen die Befreiungsarmee in Angola mit von der Bundesregierung aus Umwegen gelieferten Flugzeugen operieren; Minister Strauß nannte die Unterdrückungspolitik Südafrikas gegen die Neger vorbildlich; Minister Heck entwickelte eine Vorliebe für Spanien; und schließlich lieferte die Bundesregierung geheim auch Israel Waffen — und stellte sich anschließend — wie gewohnt — erst einmal dumm.

Und so datiert die Unterstützung der amerikanischen Aggressionen gegen Vietnam auch nicht erst seit gestern: Schon 1965 versprach der damalige Bundeskanzler Erhard der US-Regierung „seine volle moralische, politische und wirtschaftliche Unterstützung“ für den Krieg in Vietnam und stellte gleichzeitig fest, „die Bundesrepublik habe nach den USA die größten finanziellen und wirtschaftlichen Leistungen in Südvietnam übernommen“. So steht es zu lesen in der Westberliner Zeitung „Der Tagesspiegel“ vom 21. Dezember 1965. Das waren heine leeren Worte: bis August 1966 hatte die Bundesregierung der Saigoner Diktatoren-Regierung rund 345 Millionen Mark zur Verfügung gestellt.

Als „humanitäre Hilfe“ wurden und werden diese Maßnahmen offiziell bezeichnet; was davon zuhalten ist, erklärte der damalige Regierungssprecher von Hase am 12. Januar 1966: Es gehe um eine „humanitäre Hilfe für Südvietnam unter politischen Vorzeichen“, und es gehe darum, „den Abwehrkampf gegen die kommunistische Aggression in Asien zu unterstützen“. So wurden mit den 345 Millionen unter anderem auch der Bau „strategischer Dörfer“ finanziert. In solchen Dörfern wurden, nach einem Bericht von Senator Kennedy, etwa ein Drittel der südvietnamesischen Bevölkerung zusammengepfercht, und die Lebensbedingungen in ihnen gleichen — nach Berichten von Journalisten — denen in Konzentrationslagern. Und ein Teil der 345 Millionen diene offensichtlich militärischen Zwecken: Eine Teilsumme stammt aus dem Etat des Verteidigungsministeriums, „aus dem die militärische Ausbildungsbeihilfe der Bundesrepublik bestritten wird“, meldet die „Welt“ am 12. Mai 1964. In der gleichen Ausgabe referierte Springers Renomierblatt: „Die Bun-

desregierung ist bereit, die amerikanische Verteidigungspolitik auch außerhalb des eigentlichen NATO-Territoriums politisch, wirtschaftlich und Militärisch zu unterstützen.“ Schleunigst dementierte die Bundesregierung, doch die Deutsche Presse-Agentur teilte am 2. August 1966 mit: „Das Hauptquartier der amerikanischen Streitkräfte in Saigon bestätigt auf Anfrage, daß eine — wenn auch geringe — Anzahl deutscher Staatsbürger in den amerikanischen Einheiten in Südvietnam eingesetzt sei.“ In Bonn sprach man von „Mißverständnissen.“

Zur direkten Hilfe für Südvietnams Diktatoren kam die politische für die US-Regierung: Unmittelbar nach dem ersten Luftangriff der US-Bomber auf Hanoi am 29. Juni 1966 sandte Bundespräsident Heinrich Lübke folgendes Telegramm an Johnson: „Möge auch der gegenwärtige Kampf, den Ihr Land als Vorkämpfer der Freiheit gegen die Mächte der Unterdrückung in Südostasien führt, von Erfolg gekrönt sein . . .“, und die Bundesregierung ließ wissen, sie begrüße „alle Maßnahmen, die die Amerikaner in Südvietnam ergriffen und ergreifen.“

Diese Unterstützungspolitik wurde von der Regierung der Großen Koalition nicht verändert. Herr Kiesinger, der die Richtlinien der Politik bestimmt, setzt sie nahtlos fort:

● Die Bundesregierung stellt dem Saigoner Regime jährlich 30 Millionen Mark zur Verfügung.

● Am 17. März 1967 erklärte Kiesinger in einer Fernsehsendung, an die USA seien „3,6 Milliarden inzwischen gezahlt“ worden und in den nächsten Monaten würden „widerum 2,8 Milliarden“ bereitgestellt werden.

● „Wir werden helfen angesichts der schwierigen finanziellen Lage der USA“, erklärte Kiesinger auf dem CDU-Parteitag Westfalen/Lippe im Februar 1968.

● Die Bundesbank hat bisher, wie das US-Finanzministerium mitteilte, Schatzanweisungen der USA im Wert von 2,9 Milliarden aufgekauft.

● „Die Deutschen sollen sich davor hüten, sich als Schulmeister anderer Völker aufzuspielen . . . Die USA sind das Land, das sich überall in der Welt am stärksten für den Frieden und die Freiheit eingesetzt hat. Darin müssen die Deutschen die Amerikaner unterstützen!“, forderte Kiesinger vor dem Bundesvorstand der CDU in Bonn am 20. Februar 1968.

Das sind nicht aus der Welt zu dementierende Tatsachen. Jedoch, die „Hohe Schule des Vertuschens und Verbrämens“ (Panorama) wird angewandt wo es nur möglich ist, und gerade die Industrie erweist sich, wenn ihre Aktionen allzunah in den Geruch der Beteiligung am Völkermord kommen, als wahre Meister dieser Kunst. So bei diesen Meldungen:

- Die Zeitschrift „konkret“ berichtete, daß das Werk Dormagen, (Bayer Leverkusen) seit Mai 1966 auf amerikanische Bestellung Totalherbizide (Pflanzenvertilgungsmittel) nach Südvietsnam liefert. In der hochkonzentrierten Form, in der Dormagen den Giftstoff liefert, entspreche er den Mitteln, mit denen die Reisernnten vernichtet werden. Bayer Leverkusen erklärte dazu, es liefere in alle Welt und habe keinen Einfluß auf die Verwendung seiner Produkte.
- Die britische „Eastern World“ berichtete in ihrer Juli/August-Ausgabe 1966, Bayer Leverkusen und Farbwerke Hoechst seien an amerikanischen und spanischen Chemiekonzernen beteiligt, die chemische Kampfstoffe für den Krieg in Vietnam herstellen. Darüber hinaus seien amerikanische Spezialisten auf dem Gebiet chemischer und biologischer Waffen häufig zu Gast in den Laboratorien der Nachfolgefirmen der IG-Farben. Die Farbwerke antworteten auf konkrete Fragen mit „Unverschämtheit“, „unwahr und unzutreffend“, und im übrigen sei das Ostpropaganda.

Daß deutsche Firmen allerdings am Vietnam-Krieg profitieren, geht aus einer Meldung des „Industriekurier“ vom 2. Juli 1966 hervor: „Die gute Konjunktur in den USA resultiert ohne Zweifel aus der mit diesem Krieg (in Vietnam) verbundenen Rüstung, es ist eine kriegsbedingte Hochkonjunktur. Diese Überkonjunktur wirkt sich auch auf die europäische und hier vor allem auf die deutsche Wirtschaft aus.“ Die Düsseldorf-Firma Rheinmetall GmbH spürte das in ihren Kassen: „Dank endlich langfristiger Planungen der Rüstungsaufträge sind die Anlagen ... besser ausgenutzt ... Rheinmetall (ist) mit 40 Prozent an dem großen Rüstungsauftrag für die USA im Werte von 75 Millionen Dollar beteiligt.“ („Düsseldorfer Nachrichten“ vom 2. Juli 1966) Die Feststellung ist berechtigt: die Bundesregierung unterstützt den amerikanischen Krieg in Vietnam. Dieser Krieg ist aber ein Vernichtungskrieg, seine Absicht wurde durch US-Verteidigungsminister Mc Namara zugegeben: „Wir gewinnen langsam, aber sicher. Der Krieg wird aus Mangel an Menschen zu Ende gehen.“ Dazu folgende Tatsachen:

- Die US-Armee versuchte 1966 mit Giftstoffen rund 700 000 Hektar Land; mit diesen Chemikalien wurden die Reisernnten vernichtet, die Menschen wurden dadurch ihrer Nahrungsmittel beraubt. Für 1967 wurden entsprechende Chemikalien für rund 1,66 Millionen Hektar Land bereitgestellt.
- Die US-Armee verwendet Giftgas. Die „New York Times“ berichtete von einer „Operation am 9. Mai 1966, in deren Verlauf „gaserzeugendes“ Pulver in Behältern durch die Hintertüre von Transportflugzeugen ausgestreut wurde. Bei dieser



Gelegenheit sei eine der stärksten Gasmenge über das feindliche Gebiet verbreitet worden. Der kanadische Arzt Dr. Alje Vennema stellte jetzt fest: Zehn Prozent der erwachsenen südvietsnamesischen Giftgasopfer und 90 Prozent der von solchen Gasen befallenen Kinder sind praktisch zum Tode verurteilt.

- Die US-Armee wendet die von der Hitler-Wehrmacht bekannte „Taktik der Verbrannten Erde“ an. „Der Spiegel“ berichtete dazu: „B 52 von der pazifischen Inselbasis Guam legten einen Bombenteppich. Fallschirmjäger zerstörten alles, was übriggeblieben war. Sie zündeten die Hütten an, räucherten Tunnelsysteme mit Gas aus ... verbrannten Reisvorräte, vergifteten Baum- und Feldfrüchte mit Chemikalien und töteten Wasserbüffel, Rinder und Schweine.“

- Auf den Schlachtfeldern werden von den amerikanischen Truppen Massenerschießungen durchgeführt, Gefangene werden gefoltert oder aus Hubschraubern abgeworfen.
- Mit Napalm und Phosphor werden Dörfer eingeeäschert, die flüchtenden Menschen werden mit Kugelnbomben angegriffen.
- In sogenannten „Feuer-frei-Zonen“ wird unterschiedslos auf alles geschossen, was sich bewegt.

Für solche und ähnliche Verbrechen wurden die Nazi-Verantwortlichen in Nürnberg zum Teil zum Tode verurteilt. Bundeskanzler Kiesinger kennt alle diese Tatsachen. Trotzdem hat er gegen mich Strafanzeige gestellt, weil ich auf einem Plakat festgestellt habe, daß er „Beihilfe zum organisierten Völkermord durch politische finanzielle und moralische Hilfe bei der Aggression der USA in Vietnam“ leistet. Kiesinger unternimmt hier den Versuch, seine Politik mit den Mitteln des Strafrechts gegen jede Kritik abzusichern. Es soll verboten werden, die Wahrheit festzustellen. Und eine Verurteilung wird zweifellos nicht nur mich treffen: Es trifft alle, die bisher die gleiche Aussage in Sachen Vietnam getroffen haben: Die USA begehen in Vietnam Völkermord, und die Bundesregierung unterstützt sie dabei. Aber niemand sollte sich das Recht nehmen lassen, die Wahrheit beim Namen zu nennen. Gestützt auf das Grundgesetz Artikel 5 und 25 klage ich deshalb Herrn Kiesinger an: Sie unterstützen in Ihrer Eigenschaft als Bundeskanzler politisch, finanziell und moralisch den Völkermord der USA in Vietnam.

Klesinger kontra elan

1. Januar 1968: elan veröffentlicht auf der Rückseite eine Karrikatur zum Vietnam-Krieg mit dem Bild des US-Präsidenten Johnson mit der Schlagzeile: „Ein Mörder sieht Dich an“.

5. Januar: Die Staatsanwaltschaft Frankfurt fordert Belegexemplare der Januar-Ausgabe an.

17. Januar: Der Erste Staatsanwalt Pfeifer in Frankfurt bestätigt, daß er gegen elan ein Ermittlungsverfahren eingeleitet hat nach § 103 StGB (Beleidigung ausländischer Staatsoberhäupter). Verfolgt werden sollen Chefredakteur Karl Hubert Reichel, Verantwortlicher Redakteur Hans-Jörg Hennecke, Verleger und Drucker des elan.

17. Januar: Max von der Grün, Dieter Süverkrüp, Pfarrer Stuckmann, Bernhard Jendreyewski, Herbert Lederer u. a. entschließen sich zur „Aktion Selbstanzeige“ — sie erklären „Johnson ist ein Mörder“ und bitten um gerechte Bestrafung. Verantwortlich für die „Aktion Selbstanzeige“ ist elan-Redakteur Hermann Sittner

Februar: Ständig gehen Selbstanzeigen ein, ständig werden neue Formulare der Selbstanzeigen verlangt. Hermann Sittner läßt zur Unterstützung der Aktion ein Plakat in Form eines amerikanischen Steckbriefes drucken unter der Überschrift „Wanted For Murder“. Darin beschuldigt er Präsident Johnson des Völkermordes und Bundeskanzler Kiesinger der Beihilfe dazu „durch politische, finanzielle und moralische Hilfe bei der Aggression der USA in Vietnam“.

29. Februar: Bundeskanzler Kiesinger stellt Strafantrag gegen Hermann Sittner — er fühlt sich durch das Steckbriefplakat beleidigt.

29. Februar: Die Staatsanwaltschaft läßt die Räume des Weltkreis-Verlages (hier erscheint elan) durchsuchen und die vorhandenen Plakate beschlagnahmen. Gegen Sittner wird ein Ermittlungsverfahren eingeleitet.

4. März: Sittner übergibt Staatsanwalt Pfeifer 523 Selbstanzeigen, die aufgrund des Ermittlungsverfahrens gegen elan bei ihm eingegangen sind.

28. März: Weitere 115 Selbstanzeigen § 103 können Staatsanwalt Pfeifer übergeben werden.

28. März: Sittner erhält vom Landgericht Frankfurt die Anklageschrift wegen Beleidigung des Bundeskanzlers zugestellt.

8. April: Das Ermittlungsverfahren gegen Sittner wegen „Vergehens nach § 103“ wird eingestellt, von der „Erhebung der öffentlichen Klage“ wegen Vergehens nach § 111 (Aufforderung zu strafbaren Handlungen) wird abgesehen. Ebenfalls wird das Ermittlungsverfahren gegen Reichel, Hennecke, „und andere“ eingestellt. Aufrecht gehalten wird die Anklage nach § 185 — Beleidigung des Bundeskanzlers durch das Plakat „Wanted For Murder“ gegen Hermann Sittner.



„Gegen eine Gesellschaft von gestern mit der Jugend von heute zur Gesellschaft von morgen“

8. Jugendkonferenz der IG Metall

Unruhe „Diese Konferenz war das Spiegelbild der unruhigen Jahre in der Bundesrepublik, in die wir eingetreten sind. Es ist eine Entwicklung, die uns in den kommenden Jahren mehr als bisher zwingen wird, konsequent und mit Entschiedenheit unseren Standpunkt als Gewerkschafter, als Arbeitnehmer zu vertreten.“

Mit diesen Worten zog Georg Benz, Hauptvorstandsmitglied der IG Metall, in den späten Abendstunden des 10. Mai — am Vorabend des Marsches auf Bonn — die Bilanz der zweitägigen Jugendkonferenz der IGM in Köln. Von hier aus gingen die Delegierten in die Aktion; während die Delegierten aus dem Ruhrgebiet noch in der Nacht die letzten Vorbereitungen für den Marsch der 70 000 auf Bonn trafen, schlossen sich die meisten auswärtigen Delegierten schon in den frühen Morgenstunden der Demonstration der Notstandsgegner an.

Neue Freunde — neue Partner. Schon die Eröffnung in der Köln-Mülheimer Messehalle machte deutlich, daß die Gewerkschaftsjugend in ihrem Kampf um die Demokratisierung von Betrieb und Gesellschaft auf neue Freunde und Partner rechnen kann. Da sprach beispielsweise Heiner Bremer, der die Größe der Jungdemokraten und der FDP überbrachte, und er legte ein Bekenntnis zur Mitbestimmung und gegen die Notstandsgesetze ab.

Und da begründete der Kölner AstA-Vorsitzende Steffen Lehnendorf die Notwendigkeit des Bündnisses zwischen arbeitender und lernender Jugend, zwischen Studenten und Gewerkschaftern (siehe Seite 22). Erstmals saßen am Gästetisch einer solchen Jugendkonferenz zwei Vertreter der sowjetischen Gewerkschaft der Metall- und Hüttenarbeiter.

Facts 216 Delegierte und Gastdelegierte vertraten auf dieser Konferenz rund 273 000 jugendliche Mitglieder der IG Metall. Ihnen lagen zur Beratung 246 Anträge aus den Verwaltungsstellen und Bezirken sowie dreizehn Initiativanträge und Entschlüsse vor, — drei Mal soviel Anträge (78) wie auf der letzten Jugendkonferenz in Hamburg. Mehr als die Hälfte (134) dieser Anträge beschäftigten sich mit politischen Fragen. (Anträge siehe Seite 23—26).



Diskussionen. Die Konferenz widerspiegelte nicht nur die wachsende Unruhe unter der Jugend; sie zeigte auch die Bereitschaft zum politischen Engagement. 96 Delegierte ergriffen in den Diskussionen um das Hauptreferat Otto Brenners, um die Geschäftsberichte der Abteilung Jugend und zu den Anträgen das Wort.

Es waren kritische und leidenschaftliche Diskussionen. Die „Worte des Vorsitzenden Otto“ wurden kritisch geprüft, und ein Delegierter aus Frankfurt, der sie „etwas schlapp“ fand, sprach das offen aus. Man sagte sich die Meinung, ohne Ansehen der Person oder der Funktion. Dabei zeigte sich, daß Otto Brenner für seine jungen Truppen durchaus kein „Säulenheiliger“ ist.

Hier ging es um Standort und Zielsetzung gewerkschaftlicher Arbeit, es ging um den Platz und der Rolle der jungen Arbeiter in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Der Delegierte Feuerstein aus Mannheim sagte dazu treffend, die Unruhe unter der Jugend sei eine „Erscheinung der Vorhut“. Und: „Ich bin fest davon überzeugt, daß weite Teile der Arbeiterbewegung dieser Unruhe folgen werden, ja folgen müssen, wenn wir nicht in relativ kurzer Zeit wieder vor den Trümmern einer Demokratie stehen wollen“.

Ziele Resümee der Diskussionen und Beschlüsse: Die Jugend der IG Metall will eine Gesellschaft von morgen ohne Ausbeutung und Krieg, eine Gesellschaft, in der die Arbeiterklasse den Platz einnimmt, der ihr gebührt. Georg Benz erinnerte daran, daß sich die Jugend der IGM bereits zu einem Zeitpunkt politisch engagierte, „lange bevor das Schlagwort von der unruhigen Jugend“ aufkam. Aber zu den alten Erfahrungen haben sich neue Erkenntnisse gesellt. Die Erkenntnis beispielsweise, daß wir in einem Klassenstaat kapitalistischer Prägung leben, in der Schwerindustrie und Staatsapparat koalieren.

So heißt es in einer Entschlieung: „Das Vorgehen der Polizei gegen Demonstranten, wie das jüngst bei Anti-Springer-Aktionen der Fall war, zeigt, wie sehr die staatliche Gewalt mit den Interessen wirtschaftlich Mächtiger identisch ist.“

8. Jugendkonferenz der IG Metall

gegen eine Gesellschaft von gestern mit der Jugend von heute zur Gesellschaft von morgen



Oder in dem Beschluß zum Thema „Neonazismus in der Bundesrepublik“:

„Die herrschende Klasse will sich für politisch und ökonomisch ungünstige Zeiten die Hintertür der faschistischen Diktatur offenlassen, um das bestehende kapitalistische Gesellschaftssystem zu erhalten... Das Verbot der KPD und die tägliche anti-kommunistische Hetze sind ein nicht unwesentlicher Faktor im Gedeihen und Aufblühen des Faschismus.“

Die wichtigsten Forderungen. Es ist unmöglich, die wichtigsten der 259 Anträge und Entschließungen hier im Stichwort wiederzugeben. Aus diesem Grunde haben wir die wesentlichen Beschlüsse dieser und anderer Konferenzen der Arbeiterjugend in einer Dokumentation zusammengefaßt. Nur soviel: Einstimmig war die Ablehnung der geplanten Notstandsgesetze und der Großen Koalition. Die Konferenz forderte die Aufhebung des KPD-Verbotes (gegen 6 Stimmen bei 2 Enthaltungen), das Verbot der NPD, den Austritt beider deutscher Staaten aus den Militärblöcken; sie forderte die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa, verbunden mit einer schrittweisen Abrüstung, zu der die Bundesrepublik durch einen stufenweisen Abbau der Bundeswehr einen konstruktiven Beitrag leisten soll.

Die Delegierten verwahrten sich gegen den Erpressungsversuch Willy Brandts, der „Maßnahmen“ gegen linke Sozialdemokraten wegen ihres Zusammengehens mit der außerparlamentarischen Opposition angekündigt hatte; sie forderten gleichzeitig den

abgewirtschafteten Westberliner DGB-Vorsitzenden Sickert auf, seine Gewerkschaftsfunktion zur Verfügung zu stellen.

Drang zur Aktion. Das starke Engagement der Delegierten für den Marsch auf Bonn wurde bereits erwähnt. Es verband sich in einer kritischen Auseinandersetzung mit der Tatsache, daß der DGB zum gleichen Zeitpunkt eine Separatkundgebung in Dortmund angesetzt hatte.

Immer wieder wurde in der Diskussion das Zusammengehen mit Schülern und Studenten im Kampf um Mitbestimmung und Demokratie in Betrieb und Schule, Wirtschaft und Gesellschaft gefordert. Gert Lüttger von der Abteilung Jugend machte den Vorschlag, eine Demonstration von tausend Betriebsjugendvertretern nach Bonn zu organisieren. Papierne Proteste seien ohne Erfolg geblieben. „Kurzum, es muß hier wiederholt werden, was uns Brecht gestern... ausrichten ließ: ‚Zorn und Unzufriedenheit genügen nicht, so etwas muß praktische Folgen haben.‘“

Ein Abend mit Brecht. Einer der großen Höhepunkte dieser Konferenz war das Gastspiel des weltberühmten Berliner Ensembles mit Bert Brechts „Die Mutter“ im Kleinen Schauspielhaus.

Die Geschichte einer unpolitischen alten Frau, die sich von einer besorgten Mutter zur leidenschaftlichen Revolutionärin entwickelt, fand in den Delegierten ein aufmerksames und dankbares Publikum. Als Brecht 1931 dieses Lehrstück schrieb, konnte er nicht ahnen, daß es 37 Jahre später

für junge Metallarbeiter in vielen Fragen von brennender Aktualität sein würde. Begeisterte Ovationen waren der Dank an das Berliner Ensemble unter Helene Weigel, und dieser Dank beschränkte sich nicht auf die hervorragende schauspielerische Leistung. Noch einmal traten Künstler des Berliner Ensembles in Erscheinung. Geduldig harrten sie in der Vorhalle, bis die Konferenz mit fast dreistündiger Verspätung zu Ende ging. Dann setzten sie mit Liedern und Gedichten von Brecht den Schlußpunkt unter eine Konferenz, die zahlreiche Höhepunkte hatte.

Melina Mercouri als Gast. Der Beifall wollte und wollte nicht enden, als Melina Mercouri, die leidenschaftliche Anklägerin des Athener Terrorregimes, den Konferenzsaal betrat.

Melina Mercouri: „Seit Wochen und Monaten reise ich herum und bitte die Regierungen der Welt, bitte die westlichen Demokratien um Hilfe für Griechenland. Bei Ihnen brauche ich nicht zu bitten: ich fordere Sie auf, uns zu helfen...“

Der Blitzbesuch Melinas gestaltete sich zu einer Kundgebung der Solidarität, zu einer Kampfansage an den Faschismus, wo immer er sein Haupt erhebt.

Und als die Konferenz in den späten Abendstunden des Freitag ausklingt, da ist jene Strophe, in der es heißt „Brüder in eins nun die Hände...“ als eine Kampfansage an die Gesellschaft von gestern zu verstehen, für deren Überwindung sich auch die arbeitende Jugend dieses Landes mehr und mehr engagiert — für eine Gesellschaft von morgen nach eigener Fassung.

Karl Hubert Reichel

elan-Dokumentation:

Arbeiterjugendbeschlüsse '68

Arbeiter und Studenten in der außerparlamentarischen Opposition

Die Arbeiter und Angestellten kämpfen im Betrieb gemeinsam gegen den Abbau von Löhnen, Gehältern und Sozialleistungen, die Verschärfung des Arbeitstempes und das Zurückdrängen des Mitbestimmungsrechtes. Die Studenten wehren sich gegen die unhaltbaren Studienbedingungen und die selbstherrliche Arroganz der Ordinarien an den Universitäten. Die außerparlamentarische Opposition wendet sich gegen Notstandsgesetze, gegen die Meinungsmannipulation der Springer-Presse und eine monopolkapitalistische Wirtschaftspolitik.

Diese Kämpfe haben als Ziel die Erhaltung und Sicherung der Grundrechte und den Ausbau der Bundesrepublik Deutschland zu einem sozialen Rechtsstaat. Das Vorgehen der Polizei gegen Demonstranten, wie das jüngst bei Anti-Springer-Aktionen der Fall war, zeigt, wie sehr die staatliche Gewalt mit den Interessen wirtschaftlich Mächtiger identisch ist. Die Delegierten der 8. ordentlichen Jugendkonferenz der IG Metall erklärten nachdrücklich, daß das Recht auf Demonstration für eine Demokratie lebensnotwendig ist. Deswegen erklären sie sich solidarisch mit den Studenten, die von diesem Recht Gebrauch machen. Die Delegierten wehren sich mit aller Entschiedenheit gegen alle Versuche, öffentliche Demonstrationen und Kundgebungen mit dem Begriff „die Straße“ zu diskreditieren und als antiparlamentarisch und antidemokratisch abzustempeln.

Sie distanzieren sich von Ausschreitungen der Polizei ebenso wie von mißbräuchlicher Gewaltanwendung von Demonstranten. Solange aber Vertreter der etablierten Parteien und des Springer-Konzerns antidemokratische Vorurteile gegen oppositionelle Minderheiten nähren, solange muß jede Kritik an den Demonstranten vor der Kritik an den Herrschenden zurücktreten.

8. ord. Jugendkonferenz der IG Metall

Bundesjugendausschuß und Bundesjugendsekretär werden aufgefordert, eine Erklärung gegenüber den Studentenorganisationen abzugeben, die die Bereitschaft enthält, Aktionen zur Demokratisierung unserer Gesellschaft gemeinsam zu planen und durchzuführen. (Bundesjugendkonferenz der DTU)

(Auszug)

Die Eisenbahnerjugend in der GdED erklärt sich mit den innen- und außenpolitischen Vorstellungen der Studentenschaft (VDS) solidarisch, lehnt aber jede Gewaltanwendung zur Durchführung dieser Ziele ab.

Der Bundeskongreß der Jungsozialisten erkennt angesichts der Erstarrung des politischen Lebens in der BRD die gegenwärtige Notwendigkeit der Außerparlamentarischen Opposition an. Er bekennt sich zum demokratischen Recht, durch Klubs, Demonstrationen, Kundgebungen und Kongresse unmittelbar einen politischen Willen auszudrücken. Da in unseren Parteien und Parlamenten wichtige politische Fragen nicht offen genug diskutiert werden, begrüßen es die Jungsozialisten, daß durch die Außerparlamentarische Opposition solche Fragen wieder in das Blickfeld der breiteren Öffentlichkeit gerückt werden. Die Jungsozialisten fordern die SPD auf, die vorurteillose Diskussion mit der Außerparlamentarischen Opposition intensiver als bisher zu führen.

Die Jungsozialisten begrüßen es, daß auch die Außerparlamentarische Opposition weitgehend der Ansicht ist, daß ihre provokatorisch-aufklärerischen Aktionen gewaltfrei sein müssen. Die Jungsozialisten distanzieren sich entschieden von den antiparlamentarischen und antidemokratischen Kräften innerhalb der Außerparlamentarischen Opposition, die durch Gewaltanwendung eine sachliche Diskussion verhindern wollen. Ebenso wie wir die Gewalt durch Demonstrationen ablehnen, wenden wir uns gegen die unberechtigte Gewaltanwendung der autoritären Staatsgewalt.

Die Jungsozialisten werden voraussetzen, Fragestellungen der Außerparlamentarischen Opposition in die Arbeit ihrer Partei hineinzufragen. Sie werden sich bemühen, durch ihre Arbeit die außerparlamentarischen Kräfte für die SPD zurückzugewinnen, weil für gesellschaftliche Veränderungen die demokratischen Organisationen nach wie vor eine geeignete Plattform bieten. Ob die außerparlamentarische Bewegung zur antiparlamentarischen wird, hängt entscheidend davon ab, wie die Parteien und insbesondere die SPD diese Diskussion aufgreifen und umsetzen.

Gemeinsam mit allen demokratischen Kräften muß die Arbeiterjugend

— für die Wahrung und Erweiterung der im Grundgesetz verankerten Rechte eintreten,

— die Notstandsgesetze bekämpfen,

— die Wiederzulassung der KPD fordern,

— die Bestrebungen unterstützen,

die außerparlamentarische Opposition zu stärken; für eine Vertretung der demokratischen Opposition in den Parlamenten eintreten,

— diese gewählten Vertreter zur Wahrnehmung der Interessen der demokratischen Opposition verpflichten.

(Aktionsprogramm der SDAJ)

Die 8. Jugendkonferenz der IG Metall begrüßt die politische Aufklärungsarbeit der Kampagne für Demokratie und Abrüstung als einen wertvollen Beitrag zur politischen Willensbildung in der Bevölkerung.

Sie sieht in den Ostermärschen einen möglichen Weg, durch das direkte Ansprechen der Öffentlichkeit in Form von Demonstrationen und Informationskundgebungen die

Bevölkerung mit der Notwendigkeit zur Abrüstung und zum Kampf um die Erhaltung der Demokratie zu konfrontieren, und damit die politische Selbständigkeit zu fördern.

Die Jugendkonferenz fordert deshalb die jugendlichen Mitglieder und insbesondere die Orts- und Bezirksjugendausschüsse sowie den Jugendausschuß beim Vorstand der IG Metall auf, weiterhin offiziell und verstärkt an der Arbeit der örtlichen und regionalen Ostermarschausschüsse teilzunehmen und sich an den Ostermärschen zu beteiligen.

Die 8. Jugendkonferenz der IG Metall wendet sich entschieden gegen alle Bestrebungen, den Sozialistischen Deutschen Studentenbund zu verbieten.

Notstand

Die 3. ordentliche Bundesjugendkonferenz der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen fordert alle Mitglieder der Gewerkschaft HBV auf, in den örtlichen Kuratorien „Notstand der Demokratie“ mitzuwirken.

Die Delegierten der 8. Jugendkonferenz unterstützen den Vorstand der IG Metall in seinem Kampf gegen die Notstandsgesetze. Sie stehen voll hinter der Entscheidung 16 des 7. ordentlichen Bundeskongresses des DGB, in der die Entschlossenheit bekräftigt wird, die Grundrechte und Prinzipien des Grundgesetzes gegen jeden Angriff zu verteidigen. Die Jugendkonferenz vertritt wie der Vorstand der IG Metall die Auffassung, daß es weder ein „demokratisches“ noch ein „ungefährliches“ Notstandsrecht gibt. Jede mögliche Außerkräftsetzung von Grundrechten öffnet unvermeidlich die Tür zum Mißbrauch, zur allmählichen Ausweitung der Notstandsbefugnisse und letztlich den Weg zu einer faschistischen Diktatur.

Die geplanten Notstandsgesetze richten sich eindeutig gegen die arbeitende Bevölkerung und ihre Organisationen. Sie dienen der Erhaltung und Befestigung der bestehenden Wirtschafts- und Machtverhältnisse gegenüber allen Versuchen einer Demokratisierung unserer Gesellschaft. Die Notstandsgesetze verhindern die Verwirklichung der im Grundgesetz und dem DGB-Grundsatzprogramm geforderten demokratischen und sozialen Entwicklung.

Der Vorstand der IG Metall sowie der Bundesvorstand des DGB bleiben aufgefordert, sämtliche zur Verfügung stehenden Mittel zur Abwehr jeglicher Notstandsgesetze einzusetzen. Die Zusammenarbeit mit anderen gesellschaftlichen Gruppen (wie z. B. Kampagne für Demokratie und Abrüstung, politische Hochschulguppen, Wissenschaftler, Falken, TV Die Naturfreunde, Kuratorium Notstand der Demokratie u. a. m.) muß mit dem Ziel der Aufhebung der soge-

nannten einfachen Notstandsgesetze sowie der Verhinderung der Verabschiedung weiterer Notstandsgesetze verstärkt werden. Die Delegierten fordern alle Mitglieder der Gewerkschaft, die zugleich auch Mitglieder der Parteien sind, auf, bei der Nominierung der Kandidaten der Parteien für die kommende Bundestagswahl nur solche Kandidaten zu unterstützen, die sich gegen jede Notstandsgesetzgebung eingesetzt haben.

Wahlalter und Mitspracherecht

Wir fordern:

— Das Anhören und das Mitspracherecht der demokratischen Jugendorganisationen in allen jugendpolitischen Fragen in den Parlamenten und Ausschüssen.

— Die Volljährigkeit mit 18 Jahren.

— Herabsetzung des Wahlalters: für die aktive Wahl auf 18 Jahre, für die passive Wahl auf 21 Jahre.

— Ständige Sendezeit für alle demokratischen Jugendverbände in den öffentlichen Rundfunkanstalten. In den entscheidenden Gremien der Massenmedien, bei Funk, Fernsehen und Presse, müssen die demokratischen Jugendverbände wirkungsvoll mitbestimmen können. (Aktionsprogramm der SDAJ)

Die Fraktionen des Deutschen Bundestages werden aufgefordert, noch in dieser Legislaturperiode Schritte zu unternehmen, um das aktive Wahlrecht von bisher 21 auf 18 Jahre und das passive Wahlrecht auf 21 Jahre zu senken, ferner die Volljährigkeit auf 18 Jahre festzusetzen. (3. ord. Bundesjugendkonferenz der HBV)

KPD

Die Jugendkonferenz der IG Metall fordert eine Wiederzulassung der KPD.

Die KPD hat einen neuen Programmtext vorgelegt, der nach ihren Angaben auf dem Boden des Grundgesetzes steht. Im Interesse unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung fordern wir die öffentliche Diskussion des Programmtextes. Vor 12 Jahren wurde das Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) ausgesprochen. Diese politische Entscheidung ist heute unhaltbar. Wir fordern die Aufhebung dieses Verbotes. Wir fordern für die KPD legale Möglichkeiten des politischen Wirkens in der Bundesrepublik. (3. ord. Bundesjugendkonferenz der HBV)

Situation der SPD

Zu Willy Brandts Erklärung, „es wird Konsequenzen haben, wenn SPD-Mitglieder mit der außerparlamentarischen Opposition oder sogar mit Vertretern der SED öffentlich auftreten,“ erklärte die **Jugendkonferenz der IG Metall**: Das bedeutet, daß wenn Mitglieder der sozialdemokratischen Partei sich an Kundgebungen gegen die Notstandsgesetzgebung, gegen die Atombewaffnung z. B. beim Ostermarsch oder bei Demonstrationen gegen den Vietnamkrieg beteiligen, unter Umständen mit einem Ausschuß aus der SPD zu rechnen haben. Ebenfalls soll es Konsequenzen haben, wenn man sich nicht an Parteibeschlüsse hält, was heißt, alle SPD-Mitglieder müßten nach dem Nürnberger Parteitag der Notstandsgesetzgebung zustimmen. Da diese Vorstandsbeschlüsse mit den Beratungen über den Wahlausgang in Baden-Württemberg zusammenfielen, ist es zu vermuten, daß der SPD-Vorstand glaubt, diese Mißerfolge seien von der außerparlamentarischen Opposition herbeigeführt worden. Dieser Glaube beruht auf einer falschen Wahlanalyse. Viele der Delegierten der 8. ordentlichen Jugendkonferenz sind Mitglieder der sozialdemokratischen Partei. Die Delegierten fordern daher den SPD-Vorstand auf, diesen Beschluß rückgängig zu machen.

Der **Bundeskongreß der Jungsozialisten** fordert den Genossen Willy Brandt auf, seine Erklärung über die innerparteiliche Opposition zu präzisieren. Solange der Parteivorstand die außerparlamentarische Opposition von der antiparlamentarischen nicht klar abgrenzt und Verstöße gegen Parteitagsbeschlüsse nicht eindeutig nachweist, verurteilt die Juso die pauschale Androhung von Konsequenzen für Parteimitglieder als gefährlichen Verstoß gegen die Grundsätze der innerparteilichen Demokratie.

Große Koalition – Machtverhältnisse

Der Vorstand der IG Metall wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem DGB-Bundesvorstand die gewerkschaftlich organisierten Bundestagsabgeordneten aufzufordern, für eine Beendigung der „Großen Koalition“ einzutreten.

(8. ordtl. Jugendkonferenz der IG Metall)

Der **Bundeskongreß der Jungsozialisten** stellt fest, daß die von zahlreichen Gegnern aus den Reihen der Partei befürchteten negativen Auswirkungen der Entscheidung für die Große Koalition mit der CDU/CSU in vollem Umfange eingetreten sind. Die Politik des letzten Jahres hat gezeigt, daß die SPD in einer von der CDU/CSU geführten Regierung nicht in der Lage ist, politische Alternativen durchzusetzen. Vielmehr müssen Sozialdemokraten Entscheidungen mitverantworten, die häufig im Widerspruch zu den berechtigten Interessen der Arbeitnehmerschaft stehen. Die SPD-Bundestagsfraktion und die Führungsgremien der Partei müssen die Alternativen zum konservativ-reaktionären Kurs des Koalitionspartners deutlich machen; selbst unter Einbeziehung der Möglichkeit eines Bruches des Koalitionsbündnisses vor der Bundestagswahl 1969. Die SPD wird als demokratische Partei nur dann bestehen können, wenn sie ihre sozialistische Tradition fortsetzt. Daher ist es erforderlich, daß im Interesse der arbeitenden

den Bevölkerung in Deutschland, aber auch im Interesse der Partei, Arbeitnehmerschaft und Partei ihre gegenseitige Position neu überdenken. Die Jungsozialisten fordern die Gesamtpartei mit allem Nachdruck auf, ihr 8-Punkte-Programm, dem die CDU/CSU bei der Koalitionsgründung zugestimmt hat, in der Regierung durchzusetzen. (Auszug)

Die Delegierten der 8. **Jugendkonferenz der IG Metall** stellen fest, daß sich die Lebensverhältnisse der arbeitenden Bevölkerung seit dem Eintritt der SPD in die Regierung nicht wie notwendig gebessert haben. Die Befürchtungen der Gewerkschaftsmitglieder gegenüber der Großen Koalition haben sich bewahrt. Entgegen den Voraussetzungen der Regierung sind Mieten, Preise und Straßenbahntarife usw. weiter gestiegen und werden u. a. infolge der Mehrwertsteuer weiter steigen. Die Delegierten fordern daher, daß der Vorstand der IG Metall und des DGB seinen gesamten Einfluß auf die Parteien, die die Große Koalition tragen, geltend macht, damit die Minister und Abgeordneten mehr als bisher die Interessen der Arbeitnehmer vertreten. Die Delegierten erwarten, daß mit mehr Nachdruck und Einsatz alle Abgeordneten, die Gewerkschaftsmitglieder sind, im Bundestag die Interessen der Arbeitnehmer vertreten.

Die Delegierten der 3. **ordentlichen HBV-Bundesjugendkonferenz** fordern die gewerkschaftlich organisierten Bundestagsabgeordneten auf, nach der nächsten Bundestagswahl die erneute Bildung einer „Großen Koalition“ zu verhindern.

Begründung: Nachdem die Regierung Erhard und ihre Vorgänger eine Politik zum Nachteil der Arbeitnehmer betrieben hatten, wurde die Bildung der „Großen Koalition“ u. a. damit begründet, daß die Folgen dieser Politik und der wirtschaftlichen Rezession nicht allein den Arbeitnehmern aufgebürdet werden dürfen.

Die „Große Koalition“ hat dieses Ziel bis heute nicht erreicht. Im Gegenteil, auch die Regierungsmitglieder der SPD konnte nicht verhindern, daß die Arbeitnehmer der Bundesrepublik wieder einmal die Zeche allein bezahlen müssen. Erhöhung der Preise durch die Einführung der Mehrwertsteuer, Erhöhung der Mieten, der Beiträge zur Sozialversicherung, der Versuch der Arbeitgeber, einen Lohnstopp zu erreichen und die Gefährdung der Arbeitsplätze sind die Folgen. Nach fast 20-jähriger Politik der Bevorzugung der Unternehmer hat der Eintritt der SPD in die Regierungsverantwortung keine Wende gebracht. Die Partei die vorgibt, die politischen Interessen der arbeitenden Bevölkerung zu vertreten, hat damit zu einer erneuten Benachteiligung der Arbeitnehmer beigetragen. Die Berücksichtigung der Interessen der Arbeitnehmer wird mit schillernden Begriffen wie „Soziale Symmetrie“ nur vage umschrieben und ständig vertagt. Daher fordern die Delegierten der 3. ordentlichen HBV-Bundesjugendkonferenz die gewerkschaftlich organisierten Mitglieder des Deutschen Bundestages auf, 1969 die „Große Koalition“ unbedingt zu beenden, da ihre Ergebnisse eine Fortsetzung nicht rechtfertigen und der Demokratie kein Dienst erwiesen wird.

Die verschärfte Ausbeutung der Arbeiter durch das Großkapital, die soziale Unsicherheit, verstärkte Arbeitshetze, erhöhte Unfallquote, immer wiederkehrende Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit, ungerechte Freisetzung durch Automation zei-

gen: Wir leben nicht in einem Sozialstaat, sondern in einem Staat der Klassengegensätze. Die kapitalistische Ordnung der Ausbeutung und Unterdrückung, der Kriege und Krisen kann der Jugend keine sichere Zukunft bieten. – Die Unternehmepartei CDU/CSU trägt für die Wiederherstellung der großkapitalistischen Besitz- und Machtverhältnisse die Verantwortung. Sie war und ist es, die mit ihrer autoritären und kriegsgefährlichen Politik dem Neonazismus den Weg bereitet. – Die SPD-Führung hat enttäuscht, sie hat versagt. Sie hat sich durch die Politik der Gemeinsamkeit und der Preisgabe sozialistischer Ziele in einen scharfen Gegensatz zur arbeitenden und studentischen Jugend, ja selbst zu den von ihr beeinflussten Jugendorganisationen gesetzt. Die unüberbrückbaren Widersprüche zwischen den Herrschenden und der arbeitenden und lernenden Jugend sind offen zutage getreten. (Aktionsprogramm der SDAJ)

Fall Sickert

Die Delegierten der 8. **Jugendkonferenz der IG Metall** mißbilligen das Verhalten des DGB-Landesvorsitzenden von Berlin, Walter Sickert, anläßlich der Vorgänge am 2. Juni 1967 und der Gegendemonstration am 21. Februar 1968 in Berlin. Die Delegierten sind der Auffassung, daß dieses Verhalten in keiner Weise den in unserer Organisation geltenden Grundsätzen der Demokratie und Toleranz entspricht und fordern Sickert auf, seine gewerkschaftliche Funktion zur Verfügung zu stellen.

Neofaschismus

Die Delegierten der 8. **Jugendkonferenz der IG Metall** stellen fest, daß der Faschismus in der BRD wieder neu aufblühen konnte, was am Erstarken der neonazistischen NPD deutlich wird. Die Ursachen sind unter anderem folgende:

1. Die Verantwortlichen in der BRD haben sich nach dem 2. Weltkrieg viel zu wenig mit dem Wesen und der Ideologie des Faschismus auseinandergesetzt und das Volk nicht genügend aufgeklärt. Ein großer Teil derer, die auch noch heute an der Macht sind, sind entweder faschistisch vorbelastet oder schon wieder belastet. Der Staat will und wird nicht einen entscheidenden Kampf gegen den Faschismus führen. Die herrschende Klasse will sich für politisch und ökonomisch ungünstigere Zeiten die Hintertür der faschistischen Diktatur offenlassen, um das bestehende kapitalistische Gesellschaftssystem zu erhalten, denn der Faschismus ist eine Ausdrucksform des Kapitalismus.
2. Das Verbot der KPD und die tägliche antikomunistische Hetze sind ein nicht unwesentlicher Faktor im Gedeihen und Aufblühen des Faschismus.

Mit einem Verbot der NPD wird das Problem des Faschismus noch nicht beseitigt. Der Faschismus ist ein Ausdruck des Kapitalismus. Die NPD ist ein Kind der falschen Politik der bisherigen Bonner Regierung. Um den Faschismus lebensunfähig zu machen, ist es notwendig, die kapitalistische Politik der Bundesregierung zu ändern. In eine Politik, die dem gesamten deutschen Volke dient. In einem weiteren Beschuß heißt es: Die Jugendkonferenz setzt sich für ein Verbot der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands ein.!

Wir fordern gemeinsam mit den Gewerkschaften und anderen politischen Organisationen die Auflösung der NPD als Nachfolgeorganisation der NSDAP. (Aktionsprogramm der SDAJ)



Pressekonzentration

Die Delegierten der 8. **Jugendkonferenz der IG Metall** sind der Meinung, daß die Macht einzelner Verlage, wie des Springer-Konzerns, auf dem Gebiet der Meinungsbildung, eine ernsthafte Gefährdung der Demokratie in der Bundesrepublik darstellt. Die Bundesregierung und der Bundestag werden aufgefordert, Sorge zu tragen, daß dieser gefährliche Einfluß beschnitten und die Pressefreiheit nicht mißbraucht wird. Die Delegierten fordern eine Demokratisierung des gesamten Pressewesens in der Bundesrepublik. Es ist durch Gesetz dafür Sorge zu tragen, daß jedes Presseorgan die Verpflichtung zur objektiven Nachrichtenauswahl und -wiedergabe hat und auch erfüllt. Der politische Teil der Zeitungen muß seiner Bedeutung gemäß einen entsprechenden Anteil an der Gesamtzeitung haben. Die nicht partei- oder organisationsgebundenen Zeitungen müssen Kommentare verschiedener politischer Auffassung drucken. Die Unabhängigkeit der Redakteure muß durch vorgeschriebene vertragliche Absicherung gewährleistet werden. Es sind auf Länder- und Bundesebene Kontrollinstanzen zur Gewährleistung der Demokratisierung der Presse zu schaffen, etwa nach dem Vorbild der Rundfunk- und Fernsehbeiräte. Zur Gewährleistung der Pressefreiheit sollte auch die Überführung marktbeherrschender Unternehmen in Genossenschaften und Stiftungen oder in Selbstverwaltungskörperschaften der Beschäftigten erwogen werden.

Die Springer-Presse beherrscht 90% der Jugendzeitschriften, 36% der übrigen Tageszeitungen und 46% der allgemeinen Illustrierten. Diese Konzentration stellt eine wesentliche Beeinflussung in der Meinungsbildung der Bevölkerung dar. Die oft einseitig und verzerrte Berichterstattung über die Studenten-Demonstrationen war mit ausschlaggebend, die schon gestörte Atmosphäre auf den Höhepunkt zu treiben. Es ist höchste Zeit, weiteren Schaden vom Deutschen Volk abzuwenden. Nach Artikel 5 des Grundgesetzes ist die Presse- und Informationsfreiheit gewährleistet. Die Delegierten sehen durch die Ausmaße an Konzentration diese Garantie jedoch in Frage gestellt. Sie fordern den Bundestag und die politischen Parteien auf, geeignete Schritte zu unternehmen, um den im Grundgesetz gegebenen Auftrag zu verwirklichen. (7. Bundesjugendkonferenz der Eisenbahner Deutschlands)

Die Delegierten der 3. **ordentlichen Bundesjugendkonferenz der Gewerkschaft HBV** beschließen: Der Hauptvorstand der Gewerkschaft HBV wird aufgefordert, den Deutschen Gewerkschaftsbund erneut zu einer Prüfung zu veranlassen, welche Möglichkeiten finanzieller und personeller Art ihm zur Gründung einer überregionalen Tageszeitung zur Verfügung stehen.

Friedenspolitik

Die Delegierten der **Bundesjugendkonferenz der IG Metall** fordern die Bundesregierung auf, Gewaltverzichtserklärungen mit allen Ostblockstaaten auszutauschen und die Oder-Neiße-Linie als endgültige deutsche Ostgrenze anzuerkennen.

Wir begrüßen die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Jugoslawien und fordern darüber hinaus die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zu allen sozialistischen Staaten.

(8. ordtl. Jugendkonferenz der IG Metall)

Die Verwirklichung aller unserer Forderungen ist nur dann möglich, wenn es gelingt, den Frieden zu erhalten und zu sichern. Darum kämpfen wir gegen die Weltverbreitung von Atomwaffen und für die Anerkennung aller in Europa bestehenden Grenzen. Wir treten ein für den Austritt der Bundesrepublik Deutschland aus der NATO und für ein System der europäischen Sicherheit, für eine allgemeine, kontrollierte Abrüstung. Notwendige erste Schritte zur Abrüstung in der Bundesrepublik sind die Kürzung des Rüstungshaushaltes um fünfzig Prozent und Herabsetzung der Wehrpflicht auf 12 Monate. Ein dauerhafter Frieden in Europa ist nur dann gesichert, wenn die Bundesregierung den Alleinvertragsanspruch aufgibt und normale gleichberechtigte Beziehungen zur DDR herstellt. (Aktionsprogramm der SDAJ)

Deutschlandpolitik

Die **Jugendkonferenz der IG Metall** fordert von der Bundesregierung, unverzüglich eine Politik der Entspannung und des Friedens in Mitteleuropa zu führen. Dabei ist es notwendig, daß die Bundesrepublik Deutschland aus der NATO austritt, die DDR den Warschauer Pakt verläßt und alle fremden Truppen beide deutschen Staaten verlassen. Ferner soll die Bundesregierung sich bemühen, daß in allen Staaten Mitteleuropas keine Atomwaffen hergestellt oder gelagert werden. Gleichzeitig muß in beiden deutschen Staaten die Abrüstung schrittweise erfolgen. Die Bundesrepublik Deutschland muß dabei mit ihrem stufenweisen Abbau der Bundeswehr vorangehen.

Die **Jugendkonferenz der IG Metall** stellt fest, daß die Spaltung Deutschlands das Ergebnis des von den deutschen Faschisten begonnenen 2. Weltkrieges ist. In Zukunft kann der Frieden in Europa nur dann erhalten und gesichert werden, wenn die infolge dieses Krieges auf dem Boden des ehemaligen deutschen Reiches entstandene Realität, daß sich seit 20 Jahren auf deutschem Boden zwei deutsche Staaten mit völlig entgegengesetzter sozialer und gesellschaftlicher Struktur entwickelt haben, anerkannt wird. Die Jugendkonferenz der IG Metall begrüßt deshalb auch alle Bestrebungen, die eine Anerkennung der DDR möglich machen.

Die Jugend der IG Metall sieht es als ihre Verpflichtung an, alles zu tun, damit die Menschen in beiden Teilen Deutschlands friedlich zusammenleben können und will dazu ihren Beitrag leisten. – Deshalb fordert die 8. ordentliche Jugendkonferenz: 1. Das ehemalige KZ Buchenwald in der DDR in die Gedenkstätten der IG-Metall-Jugend zu Stätten der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft einzubeziehen.

2. Informationsfahrten für die Jugend der IG Metall zum Studium der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verhältnisse in der DDR. Bei diesen Studienfahrten dürfen Kontakte mit der FDJ und dem FDGB nicht ausgeschlossen werden. 3. Jugend- und Gewerkschaftsgruppen aus der DDR zu Gegenbesuchen in die Bundesrepublik Deutschland einzuladen. 4. Den Austausch von Publikationen zwischen Gewerkschafts- und Jugendorganisationen in die Wege zu leiten.

Die 7. **Bundesjugendkonferenz der GdED** bittet den Gewerkschaftstag, den Hauptvorstand der GdED aufzufordern, sich für die Aufhebung der hemmenden Beschlüsse zur Kontaktaufnahme zum FDGB in der DDR einzusetzen.

Auf deutschem Boden bestehen mit der Bundesrepublik Deutschland und der DDR zur Zeit faktisch zwei Staaten deutscher Nation mit unterschiedlicher Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Von dieser Situation hat jede realistische Deutschlandpolitik auszugehen. Es bleibt unser Ziel, die beiden deutschen Staaten auf friedlichem Wege wieder zu vereinen. Es ist daher Aufgabe der Politik, ein weiteres Auseinanderleben der Menschen zu verhindern, Verbindungen zu erhalten und neue zu schaffen. Daher sind Verhandlungen auf allen Ebenen mit unbegrenztem Themenkreis erforderlich. Die Annäherung beider deutscher Staaten ist aber nicht nur eine Angelegenheit der Regierungen, sondern aller gesellschaftlicher Gruppierungen, insbesondere der Gewerkschaften und ihrer Jugendorganisationen. Die Beziehungen unserer Gewerkschaft zu den Gewerkschaften Osteuropas sind in den letzten Jahren vielfältiger geworden. Dabei ist es natürlich, daß unser Gesprächsteilnehmer der jeweiligen Gewerkschaftsverband ist. Nur die in der DDR bestehenden Gewerkschaften sind bisher von uns als Partner ausgespart worden. Diese Handlungsweise hat uns bei unseren Kontaktversuchen zu den Arbeitnehmern der DDR behindert. Seitdem die verschiedenen Kontakte von Verbänden und Behörden vielfältiger geworden sind, ist es an der Zeit, daß auch die Gewerkschaften ähnliche Schritte unternehmen. Die Bundesjugendkonferenz begrüßt deshalb die auf Initiative des Ersten Vorsitzenden der OTV, Heinz Kluncker, zustandgekommene Diskussion um Aufnahme von Kontakten zum Freien Deutschen Gewerkschaftsbund. Sie fordert die Gewerkschaft OTV auf, sich nachdrücklich im DGB für solche Kontakte einzusetzen. Sollten geeignete Schritte seitens des DGB in absehbarer Zeit nicht möglich sein, wird die OTV gebeten, sich in ihrem Rahmen um das Zustandekommen solcher Kontakte zu bemühen. **Bundesjugendkonferenz der OTV**

Die Delegierten der 3. **ordentlichen Bundesjugendkonferenz der Gewerkschaft HBV** beschließen: Die 3. ordentliche Bundesjugendkonferenz der Gewerkschaft HBV spricht sich dafür aus, im Rahmen der allgemeinen Jugendaustauschmaßnahmen zukünftig die Kontaktaufnahme mit allen Jugendverbänden der DDR zuzulassen.

Griechenland

Die **Jugendkonferenz der IG Metall** verurteilt auf das Schärfste die verbrecherische Militärdiktatur in Griechenland, die alle demokratischen Freiheitsrechte restlos beseitigt, alle demokratischen Organisationen zerschlagen und verboten hat. Tausende von Mitgliedern der Arbeiterbewegung und anderen demokratischen Organisationen werden von ihr unter unmenschlichen Bedingungen in Konzentrationslagern gefangengehalten. Sie führt einen brutalen Unterdrückungskampf gegen die eigene Bevölkerung.

Vietnam

Die Jugendkonferenz erklärt ihre Solidarität mit allen Griechen, die unter schwierigsten Bedingungen und unter Einsatz ihres Lebens dem Terrorregime Widerstand leisten. Diese Solidarität gilt auch den griechischen Arbeitern in der BRD. Deshalb fordern wir von der Bundesregierung: – Unterstützung der griechischen Widerstandskämpfer, insbesondere wirksamer Schutz unserer griechischen Kollegen gegen Spitzel und Denunzianten, wie sie in vielen Betrieben, aber auch in den griechischen Arbeitskommissionen bei deutschen Arbeitsämtern am Werk sind. Die Ausweisung solcher Elemente aus der BRD, Schutz gegen die Übergriffe der griechischen Konjunktatsbehörden, Nichtanerkennung von Paßentzügen, mit denen oppositionelle Griechen zur Rückkehr gezwungen werden sollen und großzügige Gewährung des vollen politischen Asylrechtes, welches die Möglichkeit zur politischen Arbeit innerhalb der BRD einschließen muß, Beseitigung von Schikanen und undemokratischem Verhalten seitens der deutschen Behörden gegenüber Griechen, großzügige Handhabung des Aufenthaltsrechts gegenüber griechischen Arbeitern, gegebenenfalls Änderung von Bestimmungen des Ausländergesetzes, die dies erschweren.

Die Bundesjugendkonferenz verurteilt auf das Schärfste die Lieferung „leichter“ Waffen und die Fortsetzung der wirtschaftlichen und finanziellen Hilfe an Griechenland. Sie fordert von der Bundesregierung in jeder Form die Einstellung von Wirtschafts- und Finanzhilfen und die Anwendung wirtschaftlicher Sanktionen gegen das Militärregime. International muß die Bundesregierung wirksam werden für die – Aufhebung der EWG-Assoziierung Griechenlands, – den Ausschuß aus dem Europaparlament – und den Ausschuß Griechenlands aus der NATO.

Alle Jugendausschüsse der IG Metall sind aufgefordert, praktische Solidarität durch organisatorische und politische Unterstützung der Griechen und ihrer oppositionellen Organisation am Ort jegliche Hilfe zu leisten.

(Auszug)

Die Delegierten der 7. **Bundesjugendkonferenz der GdED** fordern die Abgeordneten des Deutschen Bundestages auf, endlich eine klare Stellungnahme gegen die faschistische Militärdiktatur in Griechenland abzugeben.



Vietnam

Die 8. **ordentliche Jugendkonferenz der IG Metall** verurteilt den Angriffskrieg der Regierung der USA in Vietnam. Sie wendet sich gegen alle Versuche, den imperialistischen Charakter des Krieges zu verschleiern. Die Jugendkonferenz der IG Metall fordert: 1. die sofortige Einstellung der amerikanischen Bombenangriffe auf Vietnam; 2. den sofortigen und bedingungslosen Abzug aller ausländischen Truppen aus Vietnam; 3. die sofortige und bedingungslose Beendigung der militärischen Einmischung der USA in Südostasien; 4. die Anerkennung der Nationalen Befreiungsfront als eigenständigen Verhandlungspartner; 5. die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes des vietnamesischen Volkes; 6. eine Debatte im Deutschen Bundestag über den Krieg in Vietnam mit dem Ziel a) einer Verurteilung der amerikanischen Aggression, b) eines Verbots der wirtschaftlichen und militärischen Unterstützung des amerikanischen Krieges, c) eines Ausfuhrverbots für chemische Produkte, die Kriegszwecken dienen, d) daß die deutschen Behörden amerikanischen Staatsbürgern, die wegen des Krieges in Vietnam die Armeen verlassen, Unterstützung gewähren. Die Jugendkonferenz der IG Metall begrüßt die amerikanische Opposition gegen den Krieg in Vietnam und erwartet vom Vorstand der IG Metall und vom Vorstand des DGB, daß sie im Sinne dieser Entschließung auf die amerikanischen Gewerkschaften einwirken.

Berufsausbildung

Die Delegierten der 8. **Jugendkonferenz der IG Metall** stellen mit Unmut fest, daß wir in der Frage der Schaffung eines einheitlichen Berufsausbildungsgesetzes in den letzten Jahren keinen Schritt weitergekommen sind. Die Konferenz protestiert gegen die Verschleppungstaktik der Bundestagsfraktionen der „Großen Koalition“ und der Bundesregierung, die die Verabschiedung eines fortschrittlichen Berufsausbildungsgesetzes bewußt verzögern. Sie fordert den Vorstand auf, gezielte Aktionen für die Durchsetzung des Berufsausbildungsgesetzes durchzuführen. Die Jugendkonferenz erwartet, daß alle im DGB zusammengeschlossenen Gewerkschaften und Industriegewerkschaften ihre ganze Kraft und ihren ganzen Einfluß für eine baldige Verwirklichung dieser alten Forderung einsetzen.

Bildungspolitik

Die Delegierten unterstellen erneut die zwingende Notwendigkeit einer mindestens zehnjährigen Vollzeitschulpflicht.

Die Schule in einem demokratischen Staat hat die Aufgabe, alle jungen Menschen zu demokratischen Staatsbürgern, zu verantwortlichem Handeln und politischem Engagement zu erziehen. Sie muß allen Jugendlichen die ihnen gemäßen Bildungsgänge eröffnen und sie bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit führen. Die Schule in der Bundesrepublik hat den im Grundgesetz verkörperten Anspruch auf Gleichheit der Bildungschancen bis heute nicht erfüllen können. Ihre starre Gliederung, der ausschließlich vertikale Aufbau und die Undurchlässigkeit der Schulformen untereinander sind zu beseitigen. Eine Demokratisierung der Schule ist unerläßlich.

Die Delegierten sprechen sich daher für die Errichtung der integrierten Gesamtschule aus. Sie muß die Erkenntnisse der modernen Pädagogik, der Psychologie, die Erfahrungen mit Schulversuchen sowie die Ergebnisse der Schulreform in anderen Ländern berücksichtigen.

In der Gesamtschule sind alle derzeitigen Schulformen zusammenzufassen. Ihre bisherigen Aufgaben können allmählich durch die Gesamtschule übernommen werden. (Auszug)

(8. ordentliche Jugendkonferenz der IG Metall)

Die Delegierten der 8. Jugendkonferenz fordern den Vorstand der IG Metall und den DGB-Bundesvorstand auf, sich dafür einzusetzen, daß für alle Arbeitnehmer ein 14tägiger bezahlter Bildungsurlaub gewährt wird.

Das Bildungswesen ist von militaristischen und reaktionistischen Gedankengut zu befreien. Erziehung und Ausbildung müssen im Sinne des Friedens, der Humanität, der Völkerverständigung, des wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritts erfolgen.

Die staatlichen Ausgaben auf dem Gebiet der Forschung, der Berufsforschung und -ausbildung sind wesentlich zu erhöhen. Von den Unternehmen ist eine nach der Höhe der Profite bemessene Gewinnsteuer zur Finanzierung dieser Ausgaben zu erheben.

(Aktionsprogramm der SDAJ)

Recht auf Arbeit

Der Hauptvorstand möge sich in Verbindung mit dem DGB dafür einsetzen, daß das in der Verfassung für das Land NRW verankerte „Recht auf Arbeit“ (Art. 24) durch ein Sondergesetz für gesetzlichen Anspruch auf Arbeit realisiert wird.

Begründung: Die Zeit des wirtschaftlichen Rückganges (Rezession) hat uns gezeigt, daß Verfassungsrechte allein nicht ausreichen, um Arbeitslosigkeit zu vermeiden. Mit großer Sorge mußten wir feststellen, daß als Folge des Konjunkturrückganges und der Strukturveränderungen bereits im Frühjahr 1987 eine beachtliche Zahl von Jugendlichen bis zu 21 Jahren arbeitslos waren.

9. Gewerkschaftsjugendtag der IG Bergbau

Die Arbeiterjugend muß teilhaben an den Bewegungen für Vollbeschäftigung, eine aktive Lohnpolitik, die Verankerung des Rechts auf Arbeit im Grundgesetz, die Rechenschafts- und Informationspflicht vor den Belegschaften durch die Arbeitgeber-

treter. Sie muß sich die Forderungen nach Mitbestimmung und der Überführung von Schlüsselindustrie in Gemeineigentum zu eigen machen.

(Aktionsprogramm der SDAJ)

Urlaub – Tarife

Die 8. Jugendkonferenz der IG Metall fordert die Tarifkommission beim Vorstand und in den Bezirken auf, den Beschluß des Essener Gewerkschaftstages zu verwirklichen und bei künftigen Tarifverhandlungen die Lehrlingsvergütungen im prozentualen Verhältnis zum Facharbeiterlohn festzulegen. Die Delegierten der 8. ordentlichen Jugendkonferenz fordern den Vorstand und die Bezirksleitungen der Industriegewerkschaft Metall auf, daß bei künftigen Tarifverhandlungen alles versucht wird, um auch für Lehrlinge ein zusätzliches Urlaubsgeld zu vereinbaren. Da gegenwärtig keine gesetzliche Regelung zu erwarten ist, fordern die Delegierten der 8. ordentlichen Jugendkonferenz der IG Metall den Vorstand der IG Metall auf, für alle Beschäftigten der Metallwirtschaft einen Mindesturlaub von 24 Tagen tarifvertraglich zu vereinbaren.

Kündigungsschutz

Die 8. Jugendkonferenz der IG Metall fordert den Vorstand der IG Metall und des DGB auf, beim Gesetzgeber darauf einzuwirken, daß im Kündigungsschutzgesetz folgende Forderungen verankert werden:

1. Kündigungsschutz für Arbeitnehmer unter 20 Jahren;
2. Kündigungsschutz für zwei Jahre nach Beendigung der Lehrzeit;
3. Kündigungsschutz für Betriebsjugendvertreter.

Betriebsverfassungsgesetz

Die Jugendkonferenz fordert:

1. die rechtliche Gleichstellung der Betriebsjugendvertreter mit den Betriebsratsmitgliedern;
2. neben der allgemeinen Betriebsversammlung die Einführung einer zusätzlichen Jugendversammlung, die mindestens vierteljährlich stattzufinden hat;
3. die Änderung des § 20 Abs. 2 des Betriebsverfassungsgesetzes wie folgt:

5 – 20 jugendliche Arbeitnehmer

1 Jugendvertreter

21 – 50 jugendliche Arbeitnehmer

3 Jugendvertreter

51 – 100 jugendliche Arbeitnehmer

5 Jugendvertreter

mehr als 100 jugendliche Arbeitnehmer 7 Jugendvertreter;

4. die Wahlberechtigung zur Jugendvertretung ist auf alle im Betrieb beschäftigten Lehrlinge auszudehnen, so daß Jugendliche im Betrieb bis zum 18. Lebensjahr sowie alle Lehrlinge zur Wahl der Betriebsjugendvertretung wahlberechtigt sind;

5. außerdem soll die Möglichkeit geschaffen werden, in Lehrwerkstattbetrieben von den Bestimmungen abweichende Betriebsvereinbarungen zuzulassen, die von den Tarifvertragsparteien genehmigt werden müssen. Es ist erforderlich, den Versetzungen der Lehrlinge innerhalb der Betriebe Rechnung zu tragen und Sonderregelungen für die innerhalb einer Amtsperiode erforder-

lichen Nachwahlen zu vereinbaren; 6. die Teilnahme der Betriebsjugendvertreter an allen Sitzungen des Betriebsrates; 7. bei Betriebsratssitzungen, in denen Fragen der jugendlichen Arbeitnehmer besprochen werden, soll die gesamte Jugendvertretung stimmberechtigt teilnehmen. (8. ordl. Jugendkonferenz der IG Metall)

Sozialjahr und Arbeitsdienst

DGB-Jugendarbeit

Die Delegierten der 8. ordentlichen Jugendkonferenz der IG Metall für die Bundesrepublik Deutschland wenden sich gegen alle Bestrebungen, ein Sozialjahr für Mädchen einzuführen. Mit gleicher Entschiedenheit werden Spekulationen und Vorstellungen konservativer politischer Kräfte zurückgewiesen, die für männliche Jugendliche einen Arbeitsdienst unseligen Andenkens wieder einführen wollen. Beide Versuche stellen einen wesentlichen Eingriff in das Recht der freien Wahl des Berufes und des Arbeitsplatzes dar. Mit den geplanten Dienstleistungsverpflichtungen sollen offenbar Stellenbesetzungen vorgenommen werden, die über den freien Arbeitsmarkt wegen völlig unzureichenden materiellen Bedingungen nicht besetzt werden. Die Einführung eines Arbeitsdienstes für männliche Jugendliche und eines Sozialjahres für Mädchen ist weder geeignet, Mißstände in Staat und Gesellschaft abzuschaffen, noch entspricht sie demokratischen Grundrechten.

Jugendleiterurlaub

Die 8. Jugendkonferenz der IG Metall fordert die Parlamente auf, für Personen, die ehrenamtlich in der Jugendarbeit tätig sind, einen Sonderurlaub von 21 Tagen gesetzlich zu verankern.

Die Delegierten der 8. Jugendkonferenz fordern den Vorstand der IG Metall und den DGB-Bundesvorstand auf, bei den zuständigen Instanzen vorstellig zu werden und sich dafür einzusetzen, daß Jugendfunktionäre der Gewerkschaften für Jugendpflegerische und Jugendleitertätigkeit Sonderurlaub von der Bundeswehr erhalten.

Fahrgeld

Die 8. Jugendkonferenz der IG Metall beauftragt den Vorstand der IG Metall, bei allen zuständigen Stellen vorstellig zu werden, damit für alle in Ausbildung befindlichen, das Fahrgeld für öffentliche Verkehrsmittel generell um die Hälfte gesenkt wird.

Für Lehrlinge, Schüler und Studenten sollen die Hin- und Rückfahrten zum Arbeitsplatz bzw. zur Berufsschule, Schule oder Hochschule auf allen öffentlichen Verkehrsmitteln kostenlos sein.

(Aktionsprogramm der SDAJ)



DGB-Jugendarbeit

Die Delegierten der 3. ordentlichen HBV-Bundesjugendkonferenz fordern den Hauptvorstand der Gewerkschaft HBV auf, sich in den zuständigen Gremien des Deutschen Gewerkschaftsbundes dafür einzusetzen, daß der Beschluß des DGB-Bundesausschusses über den Wegfall der DGB-Jugendsekretariate auf Kreisebene rückgängig gemacht wird.

Bundeswehr

Die Delegierten der 8. Jugendkonferenz der IG Metall unterstützen eine wesentliche Verkürzung der Wehrpflichtdauer, um dadurch die Chancengleichheit herzustellen. Die Delegierten der Jugendkonferenz wenden sich mit Nachdruck gegen die Einführung einer Wehrsteuer.

Die 3. ordentliche Bundesjugendkonferenz der Gewerkschaft HBV protestiert dagegen, daß als Auswirkung des Finanzänderungsgesetzes die Leistungen aus dem Unterhaltungssicherungsgesetz für Wehr- und Ersatzdienstpflichtige eingeschränkt bzw. gestrichen werden. Die Delegierten fordern den Deutschen Bundestag auf, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um eine Schlechterstellung der Wehrpflichtigen gegenüber den bisherigen gesetzlichen Regelungen zu verhindern.

Die Delegierten der ordentlichen Bundesjugendkonferenz der ÖTV fordern den Bundestag auf, den gesetzlichen Grundwehrdienst von 18 auf 12 Monate zu verkürzen.

Der Hauptvorstand der ÖTV möge darauf hinwirken, daß Wehr- und Ersatzdienstpflichtige in Zukunft bei der Entlassung aus dem Dienst ein Übergangsgeld in Höhe von mindestens DM 2000 gezahlt wird. (Bundesjugendkonferenz der ÖTV)

Nahost

Die Bundesjugendkonferenz (der ÖTV) verurteilt das Verhalten der arabischen Nationalisten gegenüber Israel mit aller Schärfe. Die Delegierten der Bundesjugendkonferenz sind der Auffassung, daß diese Staaten in einem Friedensvertrag Israel endlich staatlich anerkennen sollten, anstatt durch militärische Abenteuer den Weltfrieden auf das schwerste zu gefährden. Gleichzeitig wird Israel aufgefordert, die eroberten Gebiete zu räumen und bis zu einer friedensvertraglichen Regelung diese unter die Kontrolle der UN zu stellen.



Jungsozialisten-Kongreß

Niederlage für Schmidt-Schnauze

Nach dreieinhalb Stunden mußte Schmidt-Schnauze kapitulieren. Seine Überredungskünste halfen nichts: Mit großer Mehrheit erklärte der Bundeskongreß 1968 der Jungsozialisten in Frankfurt telegraphisch „seine Solidarität mit jenen Teilnehmern des Sternmarsches des Kuratoriums ‚Notstand der Demokratie‘, die wie die Jung-Sozialisten die Verhinderung der derzeitigen Entwürfe der Notstandsgesetze als eine Lebensfrage der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland ansehen.“

In einem weiteren Beschluß wiesen die Jungsozialisten jenen Parteioberen, die immer gern an die „Solidarität“ des Fußvolkes mit ihrer Politik appellieren, eine Reihe von Verstößen selbst gegen die Notstandsbeschlüsse des Nürnberger Parteitags nach. Unter Hinweis auf die Vorlage des Rechtsausschusses des Bundestages wurden alle SPD-Abgeordneten ermahnt, die Parteitagebeschlüsse einzuhalten. Ein weiterer Vorschlag, im Weigerungsfall den Abgeordneten die Unterstützung bei der Bundestagswahl zu versagen, erhielt nicht die erforderliche Mehrheit. Es wurde jedoch bekannt, daß einige JuSo-Bezirke diese Maßnahme anwenden wollen.

Das Sternmarsch-Solidaritätstelegramm löste eine lebhaft Unruhe in der Bonner Baracke aus. Fraktionsvorsitzender Schmidt distanzierte sich umgehend; Vorstandssprecher Sommer bezeichnete das Telegramm als „Kapitulation vor

einer auf Verdrehung und Verhetzung angelegten Kampagne“. Die Delegierten reagierten prompt auf diesen „Kalten Krieg, angewendet auf die Innenpolitik“ (stellvertretender JuSo-Vorsitzender Richter). Wegen seiner Verdrehungen, die das Verhältnis SPD-JuSo trüben, wurde die Ablösung von Frank Sommer gefordert. Bundesvorsitzender Corterier wurde beauftragt, im Parteivorstand entsprechend aufzutreten.

Corterier, rechter Vorsitzender mit schwindendem Einfluß auf die SPD-Jugend, mußte zum Schluß der Konferenz feststellen, der erste Teil des Bundeskongresses im Dezember 1967 in Mainz habe nur einen gegen die PV-Politik gerichteten Beschluß gebracht — den Beschluß für die Anerkennung der DDR (der dann zur Spaltung des Kongresses und zu vorzeitigem Abbruch und zur Vertagung führte); der zweite Akt am 11./12. Mai in Frankfurt hat weitere Beschlüsse mit sich gebracht, die im Parteivorstand keine Freude auslösten dürften. Schmidt wie auch Corterier forderten die Delegierten auf, die notwendige Diskussion bald abzuschließen, um dann zur „Einheit in der Aktion“ — offenbar im Sinne der Vorstandspolitik — zu gelangen.

Die für den Parteivorstand so unbequemen Beschlüsse fordern Rehabilitierung und Anerkennung für die linken Berliner Genossen Ristock und Beck, verurteilen Willy Brandts angekündigte Maßnahmen gegen die Parteilinke und zeigen die wahren Ursachen der SPD-Niederlage in Baden-Württemberg auf: „Weitere Wahlniederlagen der SPD sind nicht durch Reglementierung der Mitglieder zu verhindern, sondern nur durch klare Alternativen gegenüber den Unionsparteien.“

Diese politischen Ursachen für die Krise der Partei zu nennen und zu analysieren, war Helmut Schmidt in seinem Referat nicht bereit. Er nannte alle möglichen Gründe für das Stuttgarter Ergebnis — mangelnde Aktivität der Jungsozialisten, Unmut und Verständnislosigkeit einiger Mitglieder, Mängel der Landespartei, Aussparen der Bundespolitiker aus dem Wahlkampf und mangelnde „Darstellung der SPD-Leistungen in der Großen Koalition“. Nur den zutreffenden Grund, die Große Koalition und ihre Politik, nannte Schmidt nicht. Aber es wurde den Diskussionsrednern zugestimmt, die bestritten, daß es eine Regierungsverantwortung der SPD gäbe; vielmehr sehe man nur die Unterstützung der SPD für die alte CDU-Politik. Folgerichtig wurde in einem Beschluß analysiert, die Große

Koalition stehe im Widerspruch zu den Arbeitnehmerinteressen, und erklärt: „Die SPD-Bundestagsfraktion und die Führungsgremien der Partei müssen die Alternativen zum konservativ-reaktionären Kurs des Koalitionspartners deutlich machen; selbst unter Einbeziehung der Möglichkeit eines Bruches des Koalitionsbündnisses vor der Bundestagswahl 1969.“

In weiteren Beschlüssen werden die Notwendigkeit und Nützlichkeit der außerparlamentarischen Opposition anerkannt, Aufklärung über den Neofaschismus sowie Maßnahmen gegen die Pressekonzentration gefordert. Konstruktiv erarbeiteten die Delegierten Vorstellungen zur Schulreform. Schließlich wurden kulturelle Abkommen mit der DDR befürwortet, die nicht von „politischen Gegenleistungen“ abhängig gemacht werden dürfen.

Ulrich Sander

HBV- und Eisenbahner-Jugend:

Weiter politisch engagiert

Tendenzen, die auf eine Entpolitisierung hinauslaufen, haben in der Gewerkschaftsjugend keine Chance. Wenn der Sternmarsch der Notstandsgegner am 11. Mai eine so überwältigende Demonstration für die Demokratie wurde, hat die Jugend der Gewerkschaften Druck und Papier, ÖTV, und IG Metall mit ihren Beschlüssen zur Unterstützung und Teilnahme einen lebhaften Anteil daran.

Mit in Bonn dabei war auch die Jugend der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, die Ende April in Heidelberg getagt und einen entsprechenden Beschluß verabschiedet hatte.

Die Delegierten der 26 000 jugendlichen Gewerkschaftsmitglieder befürworteten die Zusammenarbeit der kritischen, politisch engagierten Jugend der Hochschulen und Betriebe auf partnerschaftlicher Grundlage. Gemeinsame Ziele der studentischen und arbeitenden Jugend werden in den Forderungen nach Herabsetzung des Wahlalters auf 18 Jahre, nach verbesserten Bildungschancen, nach Boykott- und anderen Maßnahmen gegen den Springer-Konzern, nach

Mitbestimmung und nach Ver-

hinderung des SDS-Verbotes gesehen.

Als Voraussetzung für eine konsequente Friedenspolitik in beiden Teilen Deutschlands bezeichnete die 3. ordentliche HBV-Bundesjugendkonferenz den Austritt der Bundesrepublik aus der NATO und der DDR aus dem Warschauer Pakt. Weiter wurde gefordert, Bonn solle Ost-Berlin als Verhandlungspartner und die Oder-Neiße-Grenze als endgültige Grenze anerkennen. Die beiden deutschen Staaten sollten Gewaltverzichtserklärungen austauschen. An die Gewerkschaftsführung wurde appelliert, Kontakte zum FDGB der DDR aufzunehmen. Mit großer Mehrheit nahm die Konferenz einen Beschluß an, in dem die Aufhebung des KPD-Verbotes und die freie und öffentliche Diskussion des KPD-Programmwerkes verlangt werden. Schließlich lehnte die Konferenz eine Verlängerung der Großen Koalition in Bonn ab, da sie sich zum Schaden für die Arbeitnehmer auswirke. Die Gewerkschaften sollen sich aus der Konzentrierten Aktion zurückziehen, wenn nicht bald eine wirkliche soziale Symmetrie gewährleistet werde. Durch die Herausgabe einer Tageszeitung soll der DGB nach Meinung der Delegierten dem Springer-Konzern entgegenwirken.

Die jungen Delegierten, die leidenschaftlich ihre Probleme diskutierten, forderten Raum für das politische Engagement der Jugend in der Gewerkschaft. Sie zeigten daher kein Verständnis für die Sparmaßnahmen des DGB bei der Jugendarbeit.

HBV-Vorsitzender Heinz Vietheer erhielt starken Beifall für ein sieben-Punkte-Programm gegen Notstandsgesetze, gegen Springer-Pressekonzentration, für Hochschulreform, Mitbestimmung in Schulen und Betrieben, Kampf gegen Neofaschismus, für Herabsetzung des Wahlalters und für Konsequenzen von Bundespräsident Lübcke aus seinem Fehlverhalten. — Christian Götz, HBV-Bundesjugendsekretär, sah in der Vernachlässigung und Nichtbeachtung wichtiger jugendpolitischer Forderungen den Grund für die Unruhe unter der Jugend. Wichtige Jugendgesetze, wie Berufsausbildungsgesetz, Bildungsreform, Ausbildungsförderungsgesetz, sollten jetzt endlich verwirklicht werden.

Lebhafte Diskussionen kennzeichneten auch die 7. Bundesjugendkonferenz der Gewerkschaft der Eisenbahner Anfang Mai in Würzburg. Die Delegierten verurteilten einstimmig die geplanten Notstandsgesetze. Verurteilt wurde der Krieg der USA in Vietnam. Die Delegier-

Arbeiter und Studenten Plädoyer für Aktionseinheit

Steffen Lehndorff (ASIA Köln)

Auf der 8. Bundesjugendkonferenz der IG Metall in Köln hielt der ASIA-Vorsitzende Steffen Lehndorff die folgende Begrüßungsrede. Sie ist ein Plädoyer für die Einheit zwischen arbeitender und lernender Jugend. Hier der Wortlaut.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zunächst möchte ich mich bei euch dafür bedanken, daß ich heute einige Worte an euch richten darf. Diese Tatsache ist besonders erfreulich, weil die Versuche der Studentenvertreter, am 1. Mai in dieser neuen Form mit den Arbeitnehmern und ihren Gewerkschaften in Kontakt zu kommen, ja bekanntlich gescheitert sind. Leider auch hier in Köln, obwohl nach meiner Meinung am ehesten die Möglichkeit für ein kurzes Grußwort auch am 1. Mai bestanden hätte. Ich darf nur an die Protestveranstaltung von Arbeitern und Studenten in der Kölner Universität gegen die Kurzarbeit bei Ford erinnern.

Warum versuchen Studenten, ihre Verbindungen mit den Arbeitnehmern und ihren Gewerkschaften zu verstärken? Ich glaube, daß die Ziele der Gewerkschaften und die Zielvorstellungen der fortschrittlichen Studentenvertreter weitgehend und nicht nur in geringen Teilbereichen, wie der Kollege Rosenberg gesagt hat, die gleichen sind. Denn die Ziele gewerkschaftlicher Politik, demokratische Gestaltung des gesellschaftlichen, kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Lebens, Erhaltung des Friedens und soziale Sicherheit sind auch die Ziele der politisch engagierten Studenten. Kollegen, wir dürfen uns dabei nicht gegeneinander ausspielen lassen. Und dieser Versuch — eure Reaktion hat das gezeigt — wurde heute vormittag bereits unternommen vom Vertreter der ODU, Herrn D. Kraft! (Lebhafter Beifall)

Für die Verwirklichung dieser Ziele, von der man heute in der Bundesrepublik weiter entfernt ist als je zuvor, müssen sich alle Kräfte unserer Gesellschaft zusammenschließen, die nicht das Wort Demokratie als Lippenbekenntnis zur Verdeckung ihrer profitorientierten Gruppeninteressen mißbrauchen. Das heißt heute konkret: Arbeiter, Angestellte und ihre Gewerkschaften einerseits, Professoren, Assistenten und in erster Linie die radikal-demokratischen und sozialistischen Studenten andererseits müssen den Kampf aufnehmen gegen das, was die Regierung der Großen Koalition, die Regierung ohne wirkliche parlamentarische Kontrolle als Reformen „von oben“ anbietet, was in Wirklichkeit aber die Rechtsnormen unserer Demokratie auszuhöhlen sucht! (Beifall)

Wir müssen gemeinsam politisch kämpfen für Verfassungsreform von unten, das heißt: für die Verwirklichung und den Ausbau der im Grundgesetz garantierten Rechte und Freiheiten für alle, gegen Verfassungsreform von oben, das heißt: gegen die geplante

Für diejenigen, die sich fragen, warum die Forderungen und politischen Aktionen der Studenten in nicht geringem Maße allgemeinpolitischer Natur sind, sei gesagt: Zwei Jahrzehnte haben sich die Studenten vergeblich bemüht, ihre hochschulpolitischen Forderungen durchzusetzen. Heute haben wir erkannt, daß eine Demokratisierung der Hochschule nicht möglich ist, ohne eine Demokratisierung der Gesellschaft, insbesondere eine Demokratisierung der Wirtschaft. (Lebhafter Beifall)

Dieselben Kräfte, die bei euch, liebe Kolleginnen und Kollegen, Kurzarbeit und Entlassungen anordnen, haben durch die Finanzierung der wichtigsten Forschungen und dadurch, daß sie den Professoren finanziell lukrative Nebenbeschäftigungen anbieten, die Hochschulen längst in den Griff bekommen! (Beifall)

Heute versuchen diese Elemente, indem sie einer weiteren Verschulung des Wort reden, auch die Ausbildung der Studenten zu manipulieren. Um diesen Kräften, die Arbeitnehmer und Studenten gleichsam bedrohen, entgegenwirken zu können, suchen wir bei euch Verständnis für unsere Probleme. Wir alle müssen verstärkt daran arbeiten, daß das Zusammengehen von Arbeitnehmern und Studenten für alle Bereiche radikaldemokratischer Politik hier und in anderen Städten der Bundesrepublik richtungsweisend wirkt! In diesem Sinne wünsche ich der 8. Jugendkonferenz der IG Metall viel Erfolg und hoffe auf ein Wiedersehen am 11. Mai in Bonn! (Lebhafter langanhaltender Beifall)

Notstandsverfassung und nicht nur gegen die Giftzähne dieser Notstandsverfassung, die es möglich machen soll, in Krisenzeiten die grundgesetzlich garantierten Rechte einzuschränken beziehungsweise ganz aufzuheben.

Für Wirtschaftsreform von unten, das heißt für Mitbestimmung und langfristig für Selbstbestimmung der Arbeitnehmer in den Betrieben — gegen Wirtschaftsreform von oben, gegen die Schiller'sche Wirtschaftspolitik, die sich einseitig an den Gewinnerwartungen der Unternehmer orientiert und damit die Interessen der Arbeitnehmer verrät! (Beifall) Für Gesellschaftsreform von unten, das heißt für Mitbestimmung der Schüler in den Schulen, der Studenten in den Universitäten, kurz gesagt, für den Abbau überflüssiger Herrschaftsstrukturen — gegen Gesellschaftsreform von oben, gegen den Plan einer formierten Gesellschaft, der man ihre Verwandtschaft zur Volksgemeinschaft des Faschismus ohne weiteres ansehen kann. Haben wir mit diesen Bemühungen um eine materielle Demokratisierung unserer Gesellschaft Erfolg, dann wird die Unterrepräsentierung von Arbeiter- und Angestelltenkindern an unseren höheren Schulen und an unseren Universitäten von selbst verschwinden, die bisher zwar von allen Regierungen beklagt wurde, an deren Beseitigung aber nie konsequent gearbeitet wurde. (Beifall)

elan magazin



Schwarzer Tag für Neo-Nazis

Wie junge Arbeiter und Studenten den Aufmarsch der Braunen stoppten

Von Klaus Rose

Einen solchen Hexenkessel hatte der traditionsreiche Essener Saalbau noch nicht gesehen. Der Saal brodelte, schäumte über in jungem Protest. Auf

der Bühne, von Polizei hermetisch abgeriegelt, hasten Funktionäre der neo-nazistischen NPD nervös hin und her. Sie wollten mit einem „Tag der NPD“ die Ruhrmetropole provozieren.

Aus 2000 Kehlen tönt ihnen rhythmisch die Antwort entgegen: „Nazis raus! Nazis raus!“ Die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend hatte zur Gegendemonstration aufgerufen. Gemeinsam mit Gewerkschaftsjugend, Naturfreunden nimmt sie im Sturm den Saal. Eine Scheibe geht zu Bruch. 400 DM sammeln die Demonstranten als Schadenersatz.

Rote Fahnen schwenkend, die Internationale auf den Lippen, ist diese Jugend entschlossen, der NPD eine Abfuhr zu erteilen. Sie besorgt es gründlich.

Der klägliche Versuch der NPD-Bosse, mit aufgedrehten Lautsprechern und Gebrüll die Demonstranten zu übertönen, mißlingt. Keine Minute können sich die Demagogen auf der Bühne Gehör verschaffen. Pausenlos gehen Sprechchöre, Fußetrampeln und Gesang auf sie nieder. „Adolf wir kommen!“ klingt es vielstimmig. Eilig hergestellte Transparente werden in die Höhe gereckt. Und immer wieder rote Fahnen von den Freunden der neugegründeten SDAJ. Bis die Polizei schließlich das Hausrecht übernimmt und die Versammlung beendet.

„Wir kommen wieder!“ singt die rote Jugend auf dem Heimweg. Falls nötig...

Filmer im Untergrund

Nach der „jungen Welle“ rollt nun im Film die Untergrund-Welle an

Von Detlef Langer

Es ist viel in Bewegung geraten. In der Politik. Und auch im Film. Weil den Filmern bewußt wurde, daß Film und Politik miteinander verknüpft sind.

Weil sich immer deutlicher herausstellte, daß unsere Filmindustrie ein Teil jener Manipulations-Maschine ist, für die Springers BILD-Zeitung als das offensichtliche Symbol gelten kann. Um dies zu erkennen, mußte aber erst das „liberale“ und „reformistische“ Konzept der „jungen deutschen Welle“ scheitern. Erst mußte die „Reaktion“ ein neues Filmgesetz auftischen, bis den Filmern der Zusammenhang zwischen Film und ökonomischer Macht aufging. Die „Oberhausener Generation“ (beispielsweise A. Kluge, U. Schamoni...) glaubte den deutschen Film zu retten: durch ein wenig „Blutaufrischung“, durch einen staatlichen Filmfond für Filme mit geringen kommerziellen Aussichten und durch etwas mehr „Kunst“. Der Mißerfolg ist allzu offensichtlich, die „junge deutsche Welle“ verläuft sich, zu den Wallace-Filmen hat sich allenfalls der jung aufgemachte „Kleinbürger-Mief“ der Schamonis gesellt. Dieses Konzept mußte scheitern, weil es nicht den Produktions- und Verleihapparat der Filmwirtschaft angriff, weil es Hilfe von einem Staat erwartete, der eng mit Kommerz- und Profitwirtschaft verbunden ist. Die Film-er haben daraus gelernt: im „Untergrund-Film“ zeigen sich Ansätze einer Filmpolitik, die den Kampf mit der „verwalteten Kultur“ aufnimmt. Eine Filmpolitik, die sich als bewußte Opposition gegen die „Macht der Herrschenden“ begreift, die sich im Staat, in der Wirtschaft und in der Kultur offenbart. Über diese neue Filmpolitik wurde in Solingen diskutiert. Bei einer „Arbeitstagung“ demokratischer Künstler“. (Die Initiative zu diesem Treffen ging von Mitarbeitern der Zeitschriften „Kürbiskern“ und „Tendenzen“ aus, die auch in elan schreiben). Es war das erste Mal, daß sich Künstler (darunter auch Grafiker, Schriftsteller, Publizisten) zusammentaten, die ihre Kunst nicht als Selbstzweck auffassen, sondern als konkrete politische Stellungnahme. Darum wurde bei dieser Tagung weniger über Ästhetik geredet und mehr über die gesellschaftlichen Bedingungen einer engagierten Kunst. Darum wurde

über ein filmpolitisches Konzept geredet, das die Konsequenzen aus dem Versagen der Filmreform-Pläne zieht. Dieses neue Konzept muß davon ausgehen, daß die etablierte Filmindustrie der verlängerte Arm der Herrschenden in der Freizeit der Massen ist. Ein Mittel der Ersatzbefriedigung, der Integration der Abhängigen und der Verdummung der Konsumenten. Wenn die Film-Produzenten behaupten, die Leute wollten es eben so, dann ist dies Ideologie, denn sie haben die Leute ja erst zu dem gemacht, was sie sein sollen: abhängige, unmündige, manipulierbare Menschen. Kritische, selbständige, bewußt urteilende Massen wollen nämlich die bestehende Gesellschaftsordnung verändern, die durch nichts legitimierte Macht der Wenigen brechen. Und das ist die Gefahr. Darum der „Mythos vom hohen Aufwand“, davon, daß Filmen eine teure Angelegenheit sei und nur Millionen-Filme ankämen, weil nur wenige diese Millionen aufbringen können und damit die Kontrolle gesichert bleibt. (Und dies Gerede ist wie ein Kartenhaus zusammengefallen, seitdem es billige, transportable Kameras und hochempfindliche Filme gibt). Von diesen Bedingungen muß eine neue Filmpolitik ausgehen. Das bedeutet: die Film-er müssen sich aus jenem feingewebten Netz von Film-Zensur, Privatwirtschaft, teuren Produktionsbedingungen und lizenzierter staatlicher Filmförderung lösen. Diese Konsequenz haben die „Untergrund-Filmer“ gezogen: sie produzieren ihre Filme gemeinsam; sie haben eine Genossenschaft zum Verleihen der Filme gegründet; sie führen ihre Filme überall vor, nur kaum in Kinos; sie halten sich nicht an die Filmlänge und Dauer, die das Kino vorschreibt; sie verzichten auf staatliche Zuschüsse; sie entziehen sich der „freiwilligen Selbstkontrolle“ der Filmwirtschaft. Allein dieser Rückzug in den „Untergrund“ ist schon ein politischer, subversiver Akt, versetzt er doch den Film wieder in jenes spontane, unkontrollierbare, revolutionäre Stadium, das einmal am Anfang der Filmgeschichte herrschte, als Filme auf Jahrmärkten gezeigt wurden.



Funkstille in Studio B

Chris Howland alias Heinrich Pumpernickel: Nach 7 Jahren am Ende



Von Werner Winter

„Grimassen und Rülpsen sind nicht abendfüllend“ donnerte der Unterhaltungschef des Norddeutschen Fernsehens, Harald Vock, gegen seinen Moderator Chris Howland. Grund: Nachdem Howland sieben Jahre lang „Musik aus Studio B“ auf die Bildschirme brachte, gähnte bei dieser Sendung Fernsehvolk, Kritiker und der TV-Unterhaltungschef Vock. Pumpernickel reagierte sauer: er forderte seine Papiere. Die Mattscheibenbesitzer werden sich nun aber nicht nur von dem britannischen Gastarbeiter trennen müssen, sondern ganz vom Studio B. Schade, man hätte Howland mehr Mut gewünscht. Mut für eine Stiländerung, damit Studio B nicht zur Rumpelkammer für abgegriffene Blödeleien wurde. Außerdem: Howland behandelte seine Sendung besonders in der letzten Zeit allzusehr mit der linken Hand.

Nichts trennt uns!

Bochumer Arbeiter und Studenten diskutierten gemeinsame Aktionen

Von Gerhard Zander

Sie kamen aus den Hörsälen der Ruhruniversität, von den Stahlöfen des Bochumer Vereins und von den Fließbändern der Opel-Werke. Arbeiter, Studenten, Gewerkschafter — um auf der ersten Bochumer Arbeiter- und Studentenkonferenz zu diskutieren, wie sie gemeinsam ihre Forderung nach Mitbestimmung in Betrieb, Hochschule, Staat und Gesellschaft durchsetzen können. Auf dem Podium wurden Dis-

kussionsgrundlagen aus der Erfahrungswelt von Arbeitern und Studenten gegeben. Heinrich Bramkamp, ehemaliger IGM-Sekretär: „Unsere Gewerkschaften sind Klassenorganisationen, mit denen wir die sozialistische Umgestaltung unserer Gesellschaftsordnung durchsetzen müssen.“ Neben ihm vertrat auch Betriebsrat Willy Anheyer die Meinung, daß ohne oder gar gegen die Gewerkschaften eine gesellschaftliche Veränderung in unserem Lande unmöglich sei. Wie notwendig dieses erste gemeinsame Forum war, zeigte die lebhafteste Diskussion im Saale und im Podium.

„Die politisch aktive Studentenschaft und die Arbeiter müssen gemeinsam an die Hauptfrage herangehen: die Demokratie in unserem Lande zu erhalten“, meinte ein junger Opel-Arbeiter unter dem Beifall von Kollegen und Studenten.

Dieses Gespenst beunruhigt die Mächtigen: die gemeinsame Aktion von Arbeitern und Studenten, wie in Bonn beim Marsch der 70 000 eindrucksvoll demonstriert. Die gemeinsame Aktion kommt nicht von selbst, man wird sich noch kräftig zusammenraufen müssen.

4000 Arbeiter, Schüler und Studenten demonstrierten mit Frankfurter Verlagen am 15. Mai gegen die 2. Lesung der Notstandsgesetze. Aufgerufen zur Demonstration hatte auch der Weltkreis-Verlag, in dem elan erscheint.

Rechts im Bild elan-Verleger Karl-Heinz Schröder.



Detroit, Sommer '67

Erwin Jedamus

1. Der Sommer, ungewöhnlich heiß, in Detroit, USA. Bei Ford treibt das Montageband mehr als im letzten Jahr. Das Fordwerk stellt noch Leute ein, die Wirtschaft ist auf Tour; der Bombenkrieg in Vietnam erhitzt die Konjunktur.
2. Das Fordwerk stellt noch Leute ein: im Monat zwei bis drei; und Tausende von Arbeitslosen wären gern dabei. In Detroit, in den Vorstadt-slums, da hält im Wellblechhaus mit seinen Kindern Jimmy Crow das Leben kaum noch aus.
3. Der Präsident von USA macht „great society“, und fünf mal 100 000 Mann die opfert er Herrn Ky. Den Jimmy Crow, den machten schon pro Tag fünf Dollar froh, doch in den Personalbüros, da hört er: Nigger? no!
4. Wenn Jimmy Crow nach Hause geht durch Detroit, USA, dann schreit ihn die Reklame an: „Nimm deine Chance wahr!“

Wenn Jimmy Crow nach Hause kommt, sind seine Hände leer; die Kinder sehn ihn nicht mehr an und fragen längst nicht mehr.

5. In Detroit, Sommer '67 wars ungewöhnlich heiß; die Arbeitslosen fragten nicht die Händler nach dem Preis. Die Supermärkte: lichterloh! Im Einsatz: Jimmy Crow. Er rettet, was er tragen kann, nimmt seine Chance wahr.
6. Was du geklaut hast, Jimmy Crow — ein Tropfen auf dem Stein; du bist auch jetzt noch arbeitslos und wirst es lang noch sein. Die Zeitung schreibt von „Rassenkrawall“, verhetzt: der weiße Mob. (Im reichsten Land der Welt verliert man allzuleicht den Job.)
7. Der kleine Mann, ob schwarz, ob weiß, erkennt noch nicht seinen Feind. Und dieser Feind muß fürchten, daß sich Schwarz und Weiß vereint. Er macht Profit aus Not und Tod, Detroit und Vietnam! SO BLACK AND WHITE TOGETHER NOW AND YOU WILL OVERCOME.

Professor
Leo Weismantel
80 Jahre

Ein Leben für die Jugend

Wenn elan in den nächsten Wochen den Tag seines zehnjährigen Bestehens feiert, — wenn wir, die wir schon an den Weltjugendfestspielen in Moskau, Wien und Helsinki teilgenommen haben, die Koffer für die Reise nach Sofia packen, dann werden wir an ihn denken müssen, an unseren Leo Weismantel, der am 10. Juni 80 Jahre alt geworden wäre und dessen Wünsche und Gedanken uns auf unseren Weg begleiteten, lebte er noch unter uns. „Der Professor“, wie wir ihn immer nannten, würde es sicher nicht übel nehmen, wenn er hier nur bei seinem Namen genannt wird und wenn die Titel, die er trug, hier unterschlagen werden: der Doktor, der Professor, der „Doktor honoris causa“. Wer Leo Weismantel gekannt hat, weiß, daß ihm Äußerlichkeiten fremd waren. Es war ja auch nicht nur sein kompromißloses politisches Engagement, das die junge Generation so begeistert hat. Auch die einfache und schlichte Haltung, mit der er uns gegenübertrat, beeindruckte uns tief.

Wer danach fragt, was den damals schon 70-jährigen Dichter 1958 wohl noch dazu bewegen haben mag, seine Hilfe bei der Gründung einer Zeitschrift für junge Menschen zu gewähren, der sei an eine Äußerung Leo Weismantels erinnert, nach der er der Auffassung war, der Satz „Wer die Jugend hat, hat die Zukunft“ sei schon deshalb falsch, weil die Erziehung bei der alten Generation beginnen müsse, der es nicht gelänge ihren starren Konservatismus zu überwinden, um die notwendigen Aufgaben zur Lösung der Nöte der Menschheit in die Hände zu nehmen. Dieser Gedanke war keineswegs die Erkenntnis erst eines schon durch das Alter gereiften Mannes. Für das, was hier gemeint ist, — für die Überwindung alter Lebensformen und die Zuwendung zu neuen, auf die Zukunft gerichteten Formen, hat Leo Weismantel ein ganzes Leben hindurch gelebt und gekämpft.

Daß er in diesem Bemühen zu keiner Zeit die Unterstützung des „Establishments“ gefunden hat, ist nur zu leicht zu verstehen. Sein Platz war ja stets an der Seite derer, die gegen eine unschöpferische Politik der Restauration und für eine Erneuerung des Lebens in all seinen Dasensformen eintraten. Und dies war vor allem die Jugend.

Doch im Jahre 1958 gab es für Leo Weismantel noch einen zweiten Grund, der ihn bewog, sich dem Gründungskuratorium des „elan“ anzuschließen. Er, der seit der Mitte der 50er Jahre wegen seiner harten Kritik an der Politik Konrad Adenauers keine publizistische Wirkungsmöglichkeit mehr hatte, bekam in der von ihm herausgegebenen Beilage des elan „Das werdende Zeitalter“ ein eigenes Sprachrohr. Dort machte er schon 1958 auf

die ungeheuren Gefahren aufmerksam, die für das deutsche Volk wie für die Völker der Erde aus einer hoffnungslos verfahrenen Bildungspolitik erwachsen. Dort zeigte er auch die verfehlte Entwicklung auf, die sich nach dem zweiten Weltkrieg im gesamten europäisch-amerikanischen Raum angebahnt hatte. Als er aber gar in einem erdachten Gespräch zwischen Papst Johannes XXIII. und dem damaligen sowjetischen Ministerpräsidenten N. S. Chruschtschow, seinen Lesern klar zu machen sich bemühte, daß ein Zusammengehen aller, ungeachtet ihrer Konfessionen und Weltanschauungen nötig sei, wenn die Menschheit einer letzten Katastrophe entgehen wolle, da rief ein christ-katholisches Groschenblatt nach dem Verfassungsschutz. Man hatte Leo Weismantel schon von jeher in bestimmten kirchlich-politischen Kreisen nicht verstehen wollen, — daß er damals, schon vor den Enzykliken „Pacem in terris“ und „Pepulorum progressio“ Gedanken aussprach, die eine Annäherung der weltanschaulich verfestigten Fronten aneinander bewirken sollten, konnte man ihm nicht verzeihen. So versuchte man ihn publizistisch zu boykottieren durch die verleumderische Behauptung, er befände sich „nun ganz eindeutig an der Seite kommunistisch infiltrierter Kräfte“.

Auf sein Verhältnis zu Kommunisten befragt, hätte Leo Weismantel etwa dies geantwortet: „Ich bin oft in meinem Leben Kommunisten begegnet, die Gott näher waren als solche, die Gott in jedem ihrer Worte im Munde tragen und im gleichen Ausspruch Gott verleugnen.“ Wie oft erzählte Leo Weismantel von jenem jungen Kommunisten, den er in den Wirren der Nachkriegszeit 1918-20 mit Hilfe eines „Offenen Briefes“ aus dem Gefängnis befreien konnte und der an seinem Entlassungstag, einem hl. Abend, mit einem kleinen Christbaum als Zeichen seines Dankes zu ihm kam. Oder er erzählte von jenen Würzburger Kommunisten, mit denen er im Jahre 1939 die Zelle der Gestapohaft teilte und die ihm, dem Katholiken, mit immer wacher Sorge beistanden, wenn sie spürten, daß ihn seine gesteigerte Sensibilität an den Rand des seelischen und geistigen Zusammenbruchs führte.

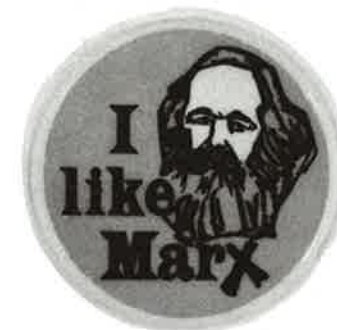
„Katholiken-Kommunisten“ die Frage gab Leo Weismantel, der immer zuerst den Menschen sah, kein Problem auf. „Wenn die Welt brennt, müssen wir zusammenhalten!“ war seine klare und eindeutige Antwort. An anderer Stelle spricht er es noch deutlicher aus: „Es gibt nur eine einzige Macht auf der Erde unserer Tage, die die Welt noch vor dem Zerbrechen in Fetzen bewahrt: das ist die natürliche Liebe von Mensch zu Mensch.“

K. A. Schluck



In Essen, jener Stadt, die länger als ein halbes Jahrhundert als Hochburg der deutschen Kanonenkönige galt, wurde am 4./5. Mai eine marxistische Jugendorganisation gegründet. Just am 150. Geburtstag von Karl Marx betrat die

Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) die politische Arena. Und beim Barte des Propheten: Dieser Verband wird von sich reden machen. Lesen Sie den Bericht von Karl Hubert Reichel über die Geburtsstunde der



SDAJ



Unser Kompaß: Marxismus

Von Günter Tolsch

Günter Tolsch, der diesen Beitrag zum Thema „Was hat Marx uns heute noch zu sagen“ schrieb, ist Betriebsratsvorsitzender der Ford-Werke in Köln.

Seit fast 15 Jahren hatten sich die Führungen der Arbeiterorganisationen in der Bundesrepublik daran gewöhnt, daß die industrielle Erzeugung von Jahr zu Jahr anstieg, das Nationaleinkommen sich ständig erhöhte und die Löhne und Gehälter fast automatisch oder nur unter geringem Druck stiegen. Wachsende Preise und Steuern zehrten jedoch diesen Anstieg bereits vorher oder unmittelbar nach der Lohnerhöhung zum wesentlichen Teil auf. Die Arbeitslosigkeit ging immer mehr zurück und es war in den Jahren der ersten Halbzeit des sechsten Jahrzehnts ein gewisser Mangel an Arbeitskraft. Ausländische Arbeitskräfte mußten „importiert“ werden.

In einer derartigen Situation war es für Gegner und Revisionisten des Marxismus sehr bequem, die Meinung zu vertreten, daß der Kapitalismus sich gewandelt habe und mit dem vor dem zweiten Weltkrieg, geschweige denn mit dem von Marx und Engels analysierten, nicht mehr vergleichbar sei.

Seitdem habe es die staatliche Wirtschaftspolitik in der Hand, den Wirtschaftsablauf zu „regulieren“ und ein stetiges Wirtschaftswachstum zu garantieren. Zyklische Überproduktionskrisen seien keine gesetzmäßigen Erscheinungen, wie es die Marxisten behaupten, sondern in der „modernen Industriegesellschaft“ die Ergebnisse von „Fehlhandlungen“. Der Klassenkampf sei mit dem Aufstieg des Arbeiters vom Proletarier zum „Sozialpartner“ keine zwingende Notwendigkeit mehr und überflüssig respektive überholt.

Diesem Märchen von einer „Wohlstandsgesellschaft“ wurden sehr brutal in den Jahren 1966/67 die Schleier entrissen. Das Gespenst der Arbeitslosigkeit, der Kurzarbeit und des rigorosen Abbaus von sozialen Errungenschaften strafte alle diese Zweckbehauptungen der Lüge.

Es zeigte sich, daß sich seit den Zeiten von Marx das Wesen des Kapitalismus nicht verändert hat. Die wesentlichen Merkmale und Eigenschaften, wie gesellschaftliche Produktion und individuelle Aneignung, Existenz des Mehrwerts und Profits als bestimmendes Motiv der wirtschaftlichen Tätigkeit, Akkumulation, Konzentration und Zentralisation des Kapitals als Ursachen der Zusammen-

ballung wirtschaftlicher und politischer Macht, haben sich nicht nur nicht geändert, sondern sie treten heute noch viel ausgeprägter, offensichtlicher und schonungsloser in Erscheinung.

Die Produktion ist im größeren Ausmaß gesellschaftlich, die Mehrwertrate ist höher als je zuvor, das Problem des Profits, der Konzentration und Zentralisierung des Kapitals sind immer noch beherrschende Züge der kapitalistischen Gesellschaft. Trotz Lohnerhöhungen und relativen Steigens des Lebensstandards der Arbeiterklasse hat sich ihre Situation als ausgebeutete Masse, gemessen an der ungeheuren Steigerung der Produktivität der Arbeit, nicht verändert.

Das Lebenswerk von Karl Marx ist allumfassend. Einmal in der kritischen Durchleuchtung der Grundzüge der gesellschaftlichen Entwicklung und ihrer kritischen Analyse, zum anderen durch die Verbindung von Theorie und Praxis. Marx war nicht nur Wissenschaftler, sondern Politiker. Als solchem konnten ihm die wissenschaftlichen Erkenntnisse, die er erarbeitet hatte, nicht genügen. Sein politisches Wollen mußte ein Ziel haben. Von seiner wissenschaftlichen Analyse ausgehend, zog er die Linien der Entwicklung in eine sich ihm mit Notwendigkeit ergebende Zukunft des Sozialismus. Diese Notwendigkeit wurde zur mächtigsten Triebkraft der sozialistischen Bewegung.

Aus dieser beweisbaren Situation der Gesellschaft und ihrer Klassen und dem sich daraus auf niedrigen oder höheren Ebenen permanent vollziehenden Klassenkampfes ist zu folgern, daß der Marxismus auch heute noch die entscheidende Wissenschaft im Kampf um die Umgestaltung der Gesellschaft ist, daß er politisches Leitbild ist für die Praxis, die Strategie und Taktik des Klassenkampfes der Arbeiterklasse.

Da der Marxismus vor allem die ARBEITERKLASSE zum Handeln anleitet und die Theorie des Klassenkampfes ist, ist es wiederum eine zwingende Notwendigkeit, daß sich jede Arbeitergeneration ernsthaft mit diesen Lehren beschäftigt und sie in ihrem täglichen Wirken prüft und anwendet. Das gilt heute besonders für die junge Generation, gleichermaßen für die Arbeiterjugend wie für die rebellische Jugend der Schulen und Universitäten.

Es ist ihre Aufgabe, nicht „blinden“ Kräften zu folgen, sondern ihren Kämpfen im Betrieb, in den Schulen und auf der Straße ein solides Fundament kritischen Denkens und Handelns zu geben.

Darum ist die Beschäftigung mit dem Marxismus auch heute eine unabdingbare Notwendigkeit.



Rolf Jürgen Priemer (27) wurde von den 25 Bundesvorstandsmitgliedern zum Bundesvorsitzenden gewählt.

Der Berliner Oktoberclub war eine der stürmisch gefeierten Attraktionen der Roten Revue.



Panzerschütze Walter Listl (München): „Wenn Generale an reaktionären Landmannschaftstreffen teilnehmen, kann ich

als Soldat und Arbeiter schon lange zu jungen Sozialisten gehen!“



SDAJ

Geburtstag 5. Mai „Wir wollen den jungen Marxisten der Bundesrepublik eine politische Heimat geben“ — mit diesen Worten umriß Rolf Jürgen Priemer (27) das Anliegen der 395 Delegierten und Gastdelegierten des Gründungskongresses der SDAJ.

„Unser spontaner Kampf gegen das Unrecht und für den Fortschritt der menschlichen Gesellschaft“, so heißt es in dem Appell des Kongresses an die arbeitende und lernende Jugend, „wird von nun an organisierter Kampf sein.“ Es war der temperamentvollste Jugendkongreß, den ich je erlebt habe.

Trotzdem wurde ernsthaft und sehr, sehr kritisch diskutiert. Phrasendrescher kamen bei den Delegierten (Durchschnittsalter 19,8 Jahre, jeder dritte ein Mädchen) nicht an.

Im Borbecker Schloßsaal begnügte man sich nicht mehr damit, Unruhe, Unzufriedenheit und Protest der Jungen zu artikulieren. Hier wurde mit Ausdauer und Kenntnis über ein Ziel diskutiert, für das sich das Engagement der Jugend lohnt. Und zugleich wurde beraten, was heute und morgen zu tun ist, um die reaktionär-restaurative Entwicklung der Bundesrepublik zu stoppen.

Während am Rednerpult ein junger Bundeswehrsoldat in Uniform begründete, warum er als junger Sozialist zur Armee gegangen ist, halfen in der Küche des Schloß-Restaurants die Mütter einiger Delegierter unentgeltlich beim Geschirrspülen.

Und während im Saal über den Namen und über das Aktionsprogramm, über den eigenen Standort und über das Verhältnis zu anderen Verbänden der arbeitenden Jugend beraten wurde, patrouillierten draußen vor der Tür eine Handvoll unauffällig-auffälliger Herren. Sie registrieren Kommen und Gehen des Telegrammboten, der Grüße und Glückwünsche aus allen Himmelsrichtungen abliefern.

Degenhardt, der Chansonnier, drahtete: „Ich werde euch immer unterstützen in unserem Kampf!“, die Betriebsräte der größten Hamburger Werften begrüßten die Gründung einer sozialistischen Jugendorganisation ebenso wie der weltberühmte Nobelpreisträger Max Born. Grüße kamen aus Moskau, Budapest und Helsinki und von den Schriftstellern Christian Geißler, Hans Dieter Hüsch und F. J. Raddatz. Und nicht zuletzt von jungen griechischen Demokraten.

Kostenlos stellten sich Dieter Süverkrüp und Perry Friedman, die Conrads und der Oktoberklub aus Ostberlin, die Münchner Songgruppe und Wolf Brannarski für eine „Rote Revue“ zu Verfügung.

FORTSETZUNG SEITE 40

APPEL

An die jungen Arbeiter
und Angestellten!
An die Schüler und
Studenten!

Wir rufen die jungen Arbeiter und Angestellten!

Wir rufen die Schüler und Studenten!

Wir rufen Leute, die Mut genug haben, das anzugreifen, was in unserer Gesellschaft falsch, rückständig, also politisch gefährlich ist!

Die Mut haben, an der Umgestaltung dieses Landes zu einer demokratischen Gesellschaft mitzumachen, in der nicht mehr die Wenigen über die Vielen herrschen.

Wir rufen alle, die vor den Herren oben keine Angst haben!

Wir rufen die Aktiven der jungen Generation!

Wir haben am 4./5. Mai in Essen die Gründung einer Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend beschlossen.

Warum gerade am 5. Mai?

Weil am 5. Mai vor hundertfünfzig Jahren Karl Marx geboren wurde.

Und warum überhaupt eine Organisation?

Weil uns einiges auffällt.

Zum Beispiel:

Wenn Löhne abgebaut werden und der Arbeitsplatz nicht mehr sicher ist — wer hat was davon? Wir?

Wenn in großen Betrieben Werkschutzgruppen heimlich vom Chef Pistolen bekommen —

wer hat was davon? Wir?

Wenn hinter Regierungstüren Gesetze durchgedrückt werden, die es der Polizei und der Bundeswehr erlauben, auf Arbeiter und Studenten zu schießen —

wer hat was davon? Wir?

Wenn man ein ganzes Land Tag für Tag mit miesen Zeitungen überschwemmt, — mit Zeitungen, die dermaßen blöde machen, daß Leute, die früher einmal vernünftig waren, heute schon wieder nach Hitler und Ordnung und Schutzhaft rufen, wer hat was davon? Wir?

Wenn unsere Steuern, also die von uns allen erarbeiteten Gelder, zum größten Teil in die Rüstung gehen oder nach Amerika, damit die Generale in Saigon noch mehr Napalm werfen können —

wer hat was davon? Wir?

Wenn dem anderen, dem sozialistischen deutschen Staat, die Existenzberechtigung abgesprochen, wenn die Verständigung der arbeitenden und lernenden Jugend hintertrieben wird — wer hat wohl den Nutzen in so einer Sache? Wir?

Wir ganz bestimmt nicht!

Denn das, was uns nützt, schadet oben den Herren. Und das, was die Machtpositionen der Herren sichert, verunsichert uns.

Das ist ein sehr einfaches uraltes Gesetz, das KLASSENGESETZ DER GESCHICHTE. (Nachzulesen bei Marx, Lenin und Brecht!)

Und wenn sie uns zehnmal pro Tag von oben her einreden, daß es bei uns keine Klassengesellschaft mehr gibt — wir glauben ihnen kein Wort mehr.

Wir haben sie durchschaut: Auf den Ruhrstraßen, vor den Arbeitsämtern, unter den Knüppeln einer von der Reaktion kommandierten Polizei.

Das Gerede von „Partnerschaft“ und „Gemeinwohl“ ist nichts weiter als wohlkalkulierter Blödsinn, ein fauler Trick der Mächtigen.

Und zwar ein Trick aus Angst!

Denn seht sie euch an: Sie haben Angst vor uns! Und das zu Recht!

Denn sie kennen sehr wohl jene Kraft, die sich entfalten wird, wenn die Massen ihre Lage erkennen, das heißt:

Wenn WIR erkennen, daß wir betrogen werden, und wer uns betrügt, und wie wir diesen Betrug abschaffen können.

Sie fürchten sich vor dem Selbstbewußtsein der Massen.

Sie fürchten sich schon jetzt bei dem Gedanken, daß wir, deren Arbeitsprodukt sie sich jeden Tag aneignen und deren Hoffnungen sie Tag für Tag einnebeln und verzerren, endlich doch noch aus Schaden klug werden.

Und weil sie sich vor uns fürchten, haben sie ein gesellschaftliches System entwickelt, das uns politisch dumm halten soll — in den Betrieben, in den Schulen, in den Kasernen und Kinos. Denn sie wissen genau: Wer dumm bleibt, der bleibt auch ängstlich. Und wer ängstlich bleibt, dem kann man leichter befehlen! Sie wollen uns fertig machen mit ihrem System: fügsam, ausnutzbar, ausbeutbar.

Sie wollen uns unsere Hoffnung zerstören, unsere Hoffnung auf Frieden und Freundschaft mit allen Völkern.

Sie wollen uns unsere Chance auf ein freies vernünftiges Leben, auf eine kühne menschliche Zukunft wegorganisieren mit ihren Notstandsgesetzen, mit ihrer Völkerhetze, mit ihrer Aufrüstung, mit ihrer Gier nach Atomwaffen, mit ihrem Alleinvertretungsanspruch, mit ihrer formierten Gesellschaft.

Sie wissen Bescheid.

Sie organisieren.

Und wir?

Wir werden angesichts dieses trainierten Gegners eine Organisation aufbauen, die planmäßig, Schritt für Schritt, den Fortschritt dieser Gesellschaft vorantreibt.

Wir werden erfinderisch werden.

Warum aber eine Organisation?

Spontanität, Naivität und einfach nur Lust am Leben sind allein noch kein wirksames Kampfmittel gegen die Unterdrückung von oben. Politischer Mut, der sich nicht entschlossen und mit klarem Kopf organisiert, der nicht das Zusammengehen aller Demokraten anstrebt und sich nicht dem Volke verständlich macht, ist im Endergebnis nicht nur erfolglos, er begünstigt den Gegner.

Diesen Gefallen werden wir unserem Gegner nicht tun. Wir werden uns nicht mehr verzetteln in Einzelaktionen. Wir werden gemeinsam für unsere gemeinsamen Forderungen kämpfen.

Wir werden das, was uns trennt, im Interesse der gemeinsamen Sache zurückstellen, weil unsere Uneinigkeit nur den Mächtigen nützt.

Unser spontaner Kampf gegen das Unrecht wird von nun an ein organisierter Kampf sein.

Unser spontaner Kampf für die Grundrechte des Menschen wird von nun an nach innen der organisierte Kampf für die Achtung und den Ausbau unseres Grundgesetzes sein, nach außen die kämpferische Solidarität mit der internationalen, demokratischen und sozialistischen Bewegungen.

Alle unsere Forderungen — die innenpolitischen und die außenpolitischen — sind Punkt für Punkt verankert in den Texten unseres Grundgesetzes.

Wir rufen die jungen Arbeiter und Angestellten!

Wir rufen die Schüler und Studenten!

Kämpft mit uns für das Recht der Jugend auf Mitbestimmung in Betrieb und Schule, in Staat und Gesellschaft.

Kämpft mit uns gegen den Neonazismus, gegen seine Hintermänner und Nutznießer.

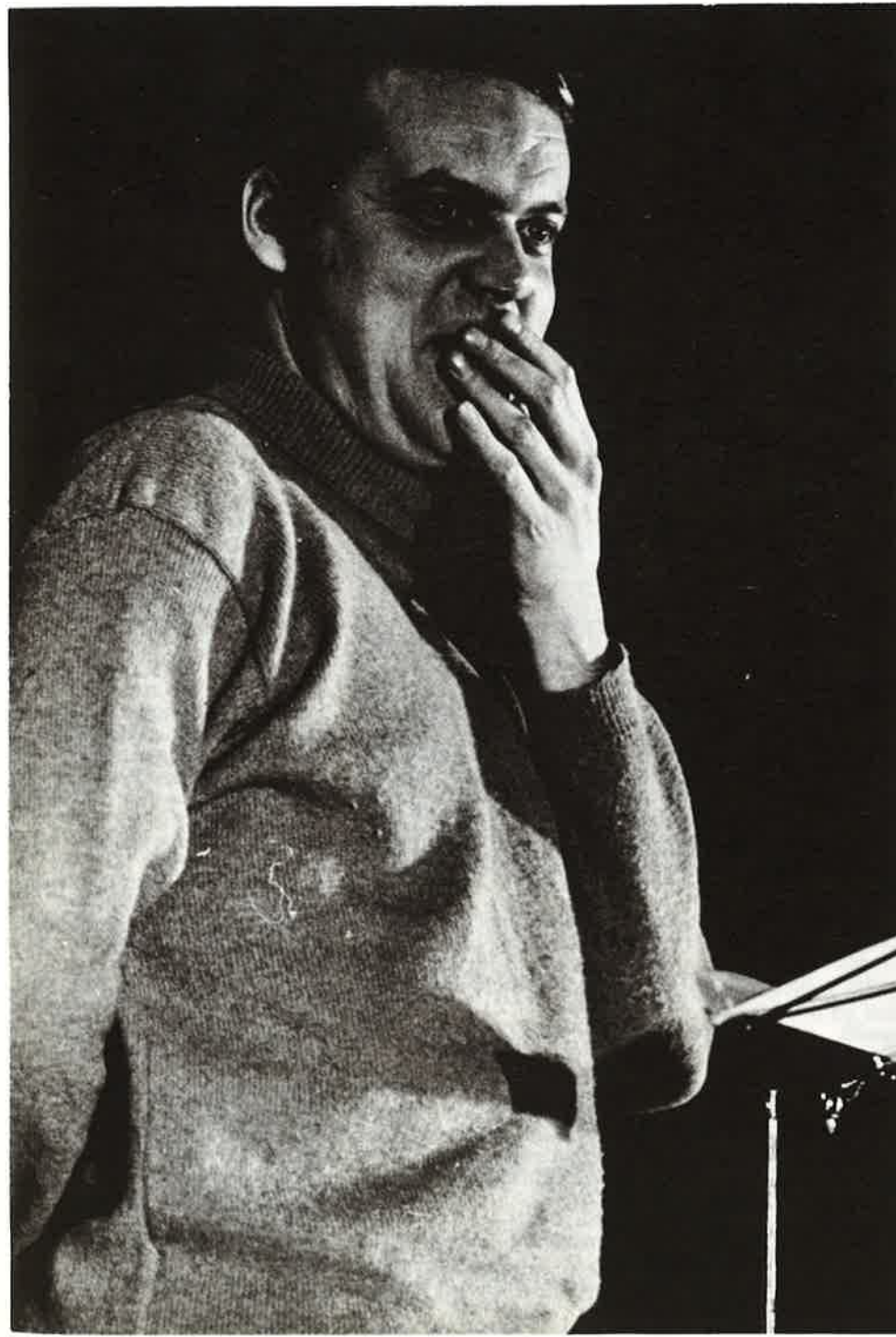
Kämpft mit uns für den Frieden, für die Freiheit des vietnamesischen Volkes.

Kämpft mit uns für Frieden in Deutschland.

Gemeinsam sind wir unaufhaltsam!

Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)

HANNS DIETER HÜSCH



elan

Das Porträt

wurde am 6. Mai 1925 in Moers geboren, wo er zwischen schwarz-weißen Kühen, verkrüppelten Weidenbäumen und Windmühlen aufwuchs. Durchlief den bürgerlichen Bildungsgang (Volksschule, Humanistisches Gymnasium, Konfirmation), ohne daß ihm seine in die Wiege gelegte Gabe, den Menschen aufs Maul und hinter die Stirn zu schauen von den Lodenmäntel tragenden Lehrern ausgeprägt wurde. Begann ein Medizin-Studium in Gießen, brach es nach einem Semester ab und studierte von 1946 - 1950 in Mainz Theaterwissenschaft, weil er Opernregisseur werden wollte. Während des Studiums schrieb er erste Chansons und Gedichte, die er mit einem Studenten-Kabarett an anderen Universitäten vortrug. 1950 brach Hüsch auch dieses Studium ab, textete sich ein Soloprogramm „Das literarische Klavier“ und machte im selben Jahr die ersten Rundfunksendungen. Nebenbei spielte er im Mainzer Zimmertheater („meist tote Soldaten“). Seit 1951 verheiratet, schrieb er 1954 die ersten „Frieda-Geschichten“. 1956 gründete Hüsch das Mainzer Keller-Kabarett „arche nova“, mit dem er Gastspiele in europäischen Nachbarstaaten und im Fernsehen gab. 1959 schrieb er die „Carmina Urana — Vier Gesänge gegen die Bombe“, die keine Rundfunkanstalt senden wollte, weil sie zu konkret und avantgardistisch waren. Dieses Sprechwerk kennzeichnet Hüschs Entwicklung vom Alleinunterhalter und „Minnespötter“ zum Anti-Kabarettisten. Sein Leitthema „den Menschen mit dem Menschen zu verbünden“ nimmt von nun an immer stärker politischen und anti-autoritären Charakter an. Nach der Auflösung des Kabarett „arche nova“ trat Hüsch wieder als Solist auf, mit radikal-demokratischen Liedern, so bei der elan-Solidaritätsrevue für die griechischen Demokraten, beim Ostermarsch 1968, bei Veranstaltungen der außerparlamentarischen Opposition und der katholischen Jugend. Aus Hüschs Chansons und Texten spricht die bittere Erkenntnis seines Mahners, dessen klar formulierte und akzentuierte Rufe ungehört verhallen.

Briefe

Freiheit à la USA

ELAN 4/68: Der amerikanische Bürgerrechtskämpfer Martin Luther King fiel den Kugeln eines Rassenfanatikers zum Opfer.

Die amerikanischen Neger dürfen in Vietnam krepieren für ein „freies Amerika“, bei Sportveranstaltungen dürfen sie Medailen holen für ein „freies Amerika“. Nennt man das vielleicht ein „freies Amerika“, wo Neger auf offener Straße erschossen werden?

Der amerikanische Kapitalismus hat mit der Ermordung Martin Luther Kings wieder einmal seine ganze Schwäche bewiesen. Denn jeder vernünftig denkende Mensch ist sich darüber im klaren, daß ihn niemand anders auf dem Gewissen hat. Ich möchte an dieser Stelle King gedenken und mich mit der amerikanischen Negerfreiheitsbewegung solidarisieren.

LUDWIG SCHNELL, Essen

Kiesinger kontra elan

US-Präsident Johnson begeht in Vietnam organisierten Völkermord. Bundeskanzler Kiesinger leistet Beihilfe. Das stellte elan-Redakteur Sittner fest. Kiesinger antwortete mit einem Strafverfahren.

elan nannte L. B. Johnson einen Mörder, und es tat recht daran. Doch die Staatsanwaltschaft war da anderer Meinung. Kommunisten werden nicht gemordet, sondern rechtmäßig vernichtet. Etwa so wie Ungeziefer. Wir Deutschen haben in dieser Beziehung ja immerhin einige Erfahrung. Fragen wir doch mal die heute so ehrenwerten Herren Kiesinger und Lübke. Auch sie haben nur Befehle erteilt, trotzdem sind sie in meinen Augen Mörder! —

Heute haben sich Hunderte auf die Seite von elan gestellt, durch Selbstanzeige, Tausende sagten auf dem diesjährigen Ostermarsch ihre Meinung. Ich bin gespannt wie sich die Staatsanwaltschaft nun aus der Affäre ziehen will. Etwa ein Massenverfahren? Einfach lächerlich! — MANFRED VOGELSANG, Mannheim

Von diesem Magazin können Sie mit recht behaupten: „für junge Leute“. Zu Springers „Bravo“, das sich ja auch als eine Zeitschrift für junge Leute ausgibt, die einzige richtige Alternative. Hier kritisches Engagement, dort MassenBILDung und -erziehung



im Sinne Axel „Cäsar“ Springers. Ein Magazin, das gelassen ausspricht, was die meisten anderen Zeitungen und Zeitschriften in der BRD nicht drucken wollen oder dürfen, nämlich Kritik an den Regierenden in Bonn und an der Gesellschaft. Eine Kritik, die nötig, für die Betroffenen sehr unangenehm, aber zutreffend ist. Ein Beweis für die Aufrichtigkeit Ihrer Zeitschrift ist der Offene Brief an Bundeskanzler Kiesinger. Ich hoffe, daß dieser Brief die beabsichtigten Reaktionen bringt. Daher möchte ich Sie bitten, mir „elan“ ab sofort ständig zu liefern.

PETER H. GRIMM, Dinkelsbühl

Wer schreibt jungen Tschechen?

Eine ganze Latte von Briefwechselwünschen aus der CSSR präsentieren wir diesmal. Fast alle wollen in deutscher Sprache schreiben. Wie wärs?

Ich bin 14 Jahre alt und möchte gern Briefwechsel mit einem Jungen oder Mädchen in deutscher Sprache. Mich interessiert Sport, Mode, Briefmarken, Ansichtskarten, Pop-Musik. EVA SINGEROVA, Klanovická 596, PRAHA 9 — Hloubetin, CSSR.

Welche jungen Leute in der BRD interessieren sich für Kunst, Literatur, Briefmarken, Ansichtskarten und Mode? Gern würde ich ihnen schreiben. Ich bin 26 Jahre alt und könnte in

deutscher, englischer, französischer und spanischer Sprache Korrespondieren. JANA PAZITNA, Mor. Krumlov 230/III Btz. ZNOIMO, CSSR.

Ich heiße Iva und bin 19 Jahre alt. Mein Hobby: Ansichtskarten, Platten (Pop), Schwimmen und Reisen. Wer schreibt mir (in deutscher Sprache)? IVA BELOHLAVKOVA, Pod Homolkou 41/15, PRAHA 5 — Motol, CSSR.

Mit einem Jungen oder Mädchen aus eurer Heimat möchte ich schreiben. Bin 18 Jahre alt und interessiere mich für Sport, Bücher, Musik und Kunst. DANIELA HOUDKOVA, Malostranske, Nabrezi c.3, PRAHA 1 CSSR.

Briefwechsel in englischer Sprache möchte ich mit jungen Leuten. 23 Jahre bin ich alt. Meine Interessen: Theater, Filme, Sport und Bücher. MARIE TOUPALOVA, Vodni c.25, GOTTWALDOV, CSSR.

Französisch lerne ich und wünsche Briefwechsel in dieser Sprache mit Freunden aus eurem Land. NEBALOVA ZDENKA, Gottwaldov, Kudlov 67, CSSR.

Briefmarken, Abzeichen und Ansichtskarten sammle ich. Meine Interessen: Musik, Film, Literatur und andere Länder. Deutsch,

Russisch und Spanisch lerne ich auf dem Gymnasium. Mein Alter: 17 Jahre. SVATOPLUK SLADEK, Meynska 3, Rymarov, CSSR.

Wir sind 21 und 22 Jahre alt und möchten Briefwechsel in englischer Sprache mit gleichaltrigen Mädchen. ALENA VIDLAKOVA, Bri Capku 33, Jihlava, CSSR. LUDMILA PLECHATA, Nova Ves 44, p. Batelov, Okr. Jihlava, CSSR.

Ich bin ein 18 Jahre altes Mädchen und möchte mit jemandem aus eurem Land schreiben. JIRINA UDATNA, PRAHA 4, Sporilov, Allavni trida 30, CSSR.

Briefwechsel in deutsch oder französisch möchte ich. Bin 22 und interessiere mich für Reisen, Film und Kultur. DANIELA HEINOVA, PRAHA 2, Rumunstraße 36, CSSR.

Suche Briefwechsel mit jungen Leuten in deutscher Sprache. ELISKA UNGROVA, 24 Jahre, ZDS Krelovice, PILZEN-Sever.

An der Wirtschaftshochschule in Prag studiere ich. Bin 19 Jahre alt und interessiere mich für alles, was junge Leute angeht. ALENA SMEJKALOVA, PRAHA 4, Podoli, na Lysini 12, CSSR.

BEILAGENHINWEIS Einem Teil unserer Auflage liegt ein Prospekt des p l a n e - Verlages, Dortmund bei. Wir bitten unsere Leser um freundliche Beachtung.

Redaktion elan

An Platten, Film, Sport und Radiotechnik bin ich interessiert. Alter: 14. Wer schreibt mir? VACLAV ZAJIC, Rokycany 423/III, CSSR.

Briefmarkensammler, 15-20 Jahre alt, schreibt mir. Sprache tschechisch, russisch oder deutsch. JITKA BERKOVA, Teplice, Myslbekova 3, CSSR.

Briefwechsel in französisch gewünscht. Bin 20 Jahre alt, Student. MIROSLAVA SPETIKOVA, Koleje UK — Vetrnik, Sever Bl. II/328, Praha 6 — Petriny, CSSR.

Ich bin 18, Schüler. Wünsche Brieffreund(in). Interessiert bin ich an Tanz, Film, Mode, Sport und Reisen. MAGDA RICHTEROVA, Neklanova 1035, Roudnice N. L., okres Litomerive, CSSR.

Ich möchte Briefwechsel mit Jungen und Mädchen. Bin 15 Jahre alt und besonders an Musik interessiert. ANDREJ JANKULIAK, Namestovo, 8, Orava, CSSR.

Leider vermisste ich die Möglichkeit, mit anderen jungen Lesern einen persönlichen oder brieflichen Kontakt zu führen. Warum bringen Sie keine Möglichkeiten, mit anderen Lesern in Kontakt zu kommen. HEINZ LANGE, Düsseldorf

Ich habe meine Adresse in elan gesehen! Ich danke vielmals! Ich habe mich sehr gefreut, es war für mich eine große Überraschung. Jetzt sehe ich, daß auch in der BRD gute Freunde sind — das ist zweifach angenehm. Ich habe aber die Bitte, meine Adresse noch einmal zu veröffentlichen. Ist das möglich? Ich möchte mehr Briefwechsel (ein Mädchen hat mir schon geschrieben!). Ich bin 36 Jahre alt, Stahlwerkerarbeiter, und meine Interessen sind: Sport, Film, Schach, Briefmarken, Musik (Jazz: Armstrong, Ellington, Gershwin — Klassische Musik: Brahms, Bach, Mozart, Liszt). Ich danke vielmals.

MIROSLAV STRANSKY, Kladno 2 okrsek „o“, Nr. 2200 — CSSR

Briefe

Liebe Leser! Die nächste Ausgabe des elan erscheint als Doppelnummer (Juli-August). Sie wird am 28. Juli ausgeliefert!



Redaktion elan



Mit großem Interesse verfolge ich die politischen Geschehnisse in der BRD und im speziellen Ihre Stellungnahme dazu. Sie haben wiederholt Mut und Unerschrockenheit bewiesen, wie Sie zu aktuellen Themen Stellung nehmen.

Sei es die Wiederzulassung der KPD, Notstandsgesetze oder die Nazivergangenheit hoher Politiker. Endlich eine Zeitung, die sich nicht scheut und das Kind beim Namen nennt: daß Johnson ein Massenmörder ist. Dazu kann auch der Strafantrag von Exnazi Kiesinger nichts ändern, die zahlreichen Selbstanzeigen beweisen es.

Wie bisher die Existenz Ihrer Zeitung notwendig ist, beweist die Pogromhetze der Massenverblödungsmittel (Springer, Fernsehen) gegen Antifaschisten und Notstandsgegner. Lassen Sie sich nicht unterkriegen und bleiben Sie weiterhin so offen wie bisher.

WOLFGANG KIRCHSCHLÄGER, Wien

Anzeige

Jagow versichert (fast) alles — auch Deinen Jugendclub und Deine Jugendgruppe und DICH —

Udo Jagow Versicherungen
2 Hamburg 73,
Wildschwanbrook 95
Tel. 678 09 93

Es lohnt sich!

Preise stark herabgesetzt für Schreibmaschinen aus Vorführung und Retouren, trotzdem Garantie u. Umtauschrecht. Kleinste Raten. Fordern Sie Gratiskatalog S 286

NÖTHEL Deutschlands größtes Büromaschinenhaus

34 GÖTTINGEN, Postfach 601

Hits

FRIENDS/THE BEACH BOYS (***) — Capitol —

„Wild Honey“ und „Darlin“, die beiden vorigen Beach-Boy-Platten, waren für alle, die sich dem „Pat Sound“ verschoren hatten, eine große Enttäuschung. Mit dieser Aufnahme aber, so scheint mir, haben die Beach Boys wieder den Anschluß an ihre Spitzenleistungen („God Only Knows“, „God Vibrations“) gewonnen: Hier findet man zum ersten Mal seit „Heroes And Villains“, die aufwendige Instrumentierung, wie man sie aus dem Jahr 1966 gewohnt war, und mehr noch: Nach dem matten Sologesang der zwei letzten Singles kann man sich endlich wieder an dem genial falsettierenden Chorus mit seinen vielen gekonnten Ooh-oohs erbauen.

WONDER BOY/THE KINKS (***) — Pye —

Die früher recht lauten und aggressiven Kinks („Dead End Street“) sind seit „Waterloo Sunset“ merklich sanfter geworden. Hatte aber selbst „Autumn Almanac“ noch einen scharfen Rhythmus aufzuweisen, so ist diese neue Aufnahme in allem mild und heiter: Zu geträumtem Spinettgeklapper gibt Ray Davies mit heiser-freundlicher Stimme Ratschläge zur Daseinsbewältigung: „Nicht aufregen — nur wundern.“

CRY LIKE A BABY/ THE BOX TOPS (***) — Mala —

Ihre beschaulich vorgetragenen Großstadtimpressionen („Neon Rainbow“) hatten wenig Verkaufserfolg; also wählten die Box Tops für ihre dritte Single wieder den harten Soul-Sound ihres ersten Hits, „The Letter“. Das und die angemessene Instrumentierung (Elektro-Organ, kommerzielles Nebelhornruten, „weiche“ Baßgitarre) garantieren das internationale Geschäft.

HELLO HOW ARE YOU/ THE EASYBEATS (**) — Polydor —

Vor eineinhalb Jahren erreichte „Friday On My Mind“ Spitzenplätze in den internationalen Hitparaden. Der Nachfolger der Easybeats ließ auf sich warten — bis jetzt: „Hello How Are You“ befindet sich seit kurzem in der englischen Top Twenty, eine Aufnahme im Balladenstil, untermauert mit Piano-Klängen, geschrieben von zwei Mitgliedern der fünfköpfigen Gruppe und recht anspruchsvoll in Text und Melodie.

Mein Bewertungssystem für Schallplatten:

**** = Sensation auf dem Popmarkt
*** = sehr gut gelungen
** = anhörens-wert
* = Durchschnitt

Carsten Linde



SONG MAGAZIN

Das Porträt: Reinhard Mey



geboren am 21. Dezember 1942 in Berlin, gilt im Ausland schon seit längerer Zeit als Repräsentant des neuen deutschen Chansons, während er in Deutschland einem verhältnismäßig kleinen Kreis von Kennern bekannt ist, allerdings auch von ihnen oft als „Geheimtip“ genannt wird. Von seinem elften bis sechzehn-

ten Lebensjahr mußte Reinhard Mey Klavierunterricht nehmen (ohne Erfolg, wie er sagt). Als er sechzehn Jahre alt war, ließ er das Klappern auf den schwarz-weißen Tasten sein, trat einer Skiffle-Group bei, sang englische, französische und selbst komponierte „echt spanische Lieder“, die er z. B. 1961 zusammen mit

Schobert Schulz (während eines achtmonatigen Engagements) als das Duo „Die Verhungerten“ im Berliner Kabarett „Die Bedienten“ auftrat, vortrug.

Nicht die amerikanischen Protest-Folkloresänger Woody Guthrie, Pete Seeger oder Bob Dylan sind die Vorbilder von Reinhard Mey. Seine Texte und seine Musik sind geschult an den französischen Chansonniers Brassens, Brel und Villon. Meys Vorliebe für das französische Chanson stammt von einem einjährigen Aufenthalt in Frankreich. Reinhard Mey spricht fließend Französisch; er bestand das Abitur auf einem Berliner Französischen-Gymnasium und heiratete im August 1967 eine Französin.

Wenige von Meys Texten sind politische Aktionsverse (Abscheuliches Lied für abscheuliche Leute). Die meisten seiner Lieder spielen im Milieu der Untermieter-Studenten (Trilogie auf Frau Pohl), der Kneipen-Kumpanen (Epitaph auf Balhasar — Abgesang) und des Kleinbürgertums (Ein Tag). Er hat einen eigenen Stil gefunden, in dem sich französischer Charme und Berliner „Schnauze“ vereinigen.

1964 auf der Waldeck trat Mey zum ersten Male alleine auf. Es folgten viele Konzerte mit eigenen Liedern, Vertonungen von Villon, von der Vring, Botrel u. a., zwei hervorragende EP-Schallplatten bei Xenophon (25 00 30 Fred Kasulzke protestatzki; X-T 75494 und Die Drei Musketiere, X-T 75495 je 8 DM). 1967 vertrat er Deutschland beim Internationalen Chansonfestival in Knokke und erhielt ausgezeichnete Kritiken. Daraufhin Produktion einer LP bei Eurocord (Frankreich), zwei Fernsehfilme beim ZDF, mehrere Rundfunksendungen. Eine Langspielplatte mit weiteren Chansons von Reinhard Mey ist bei Xenophon in Vorbereitung.

Veröffentlichung seiner Lieder:
Reinhard Mey „Chansons“, Voggenreiter-Verlag, 6, — DM;
in: Schräger Turm — Voggenreiter, Bad Godesberg 1966
in: Linke Lieder — Scherz-Verlag, 1966
in: song 5, Erlangen, 1967

Von **BOB DYLAN** wurde nach langer Pause eine neue LP veröffentlicht. Sie trägt den Namen eines Robin Hood der USA „John Wesley Harding“ (CBS 563 252, 19 DM), der von den Reichen stahl, um den Armen zu helfen. Überhaupt singt Dylan in 10 der 12 Songs von den Entrechteten, Unterdrückten, Landstreichern, armen Einwanderern, dem Märtyrer St. Augustin, Gefangenen und von der Gesellschaft Verachteten. Das überraschendste und hervorragendste Moment an Dylans neuen Liedern sind nicht nur die Thematik und sein Vortrag (man hört Bob Dylan intensiv und gut singen), sondern die Begleitmusik. Dylan spielt wieder unverstärkte Gitarre und wird unterstützt von Baß und Schlagzeug. Damit tendiert seine neue Musik wieder zum Folksong der sechziger Jahre, fort von dem von ihm entwickelten und popularisierten Folk-Rock. „John Wesley Harding“ ist wie alle Dylan-LPs eine textlich und musikalisch hervorragende Schallplatte.

DONOVAN hat sich vom aggressiven Protestsänger zum lyrischen Popsänger gewandelt. Er singt nicht mehr gegen den Krieg in Vietnam, sondern von der Freude, zu leben und lieben. Seine Verse sind chansonähnlich, sehr schlicht und lyrisch. Verträumt und romantisch — oft zu sweet — wirkt die Begleitmusik. Donovans jüngste LP WEAR YOUR LOVE LIKE HEAVEN (Epic BN 26 349, 19 DM) ist im Gegensatz zu anderen Scheiben der Pop-Produktion eine Platte mit guten Liebesliedern und nicht mit kurzlebigen Hits.

MUSICA FOLKLORICA ARGENTINA nannte sich eine Festival-Tournee durch europäische Städte im vergangenen Jahr. Eine sehr empfehlenswerte Platte mit

dem gleichen Titel erschien bei der Firma Philips (842 793 PY, 19 DM). Sie bietet einen eindrucksvollen Querschnitt von der Vielfalt der argentinischen Folklore. Alle Solisten und Orchester dieser Konzerte sind perfekt im stimmlichen und instrumentalen Ausdruck. Trotzdem ragen unter ihnen das Quartett „Los Fronterizos“ und die Sängerin Mercedes Sosa hervor. Auch Jazzfreunde werden an dieser LP gefallen finden: man hört deutlich, wie die argentinische Volksmusik mit ihren Zambas den Modern Jazz beeinflußt und bereichert hat.

Die **TEXTE DES QUARTETT 67** (Degenhardt, Hüsch, Neuss und Süverkrüp) liegen unter dem Titel „Da habt ihr es!“ als Buch des Hoffmann und Campe Verlages für 13,80 DM vor. „Da habt ihr es!“ dokumentiert den neuen Kabarett-Typ, den sich Deutschlands vier Spitzen-Chansonniers-Kabarettisten auf den Leib schrieben, ohne dabei ihren individuellen Ton aufzugeben. Es ist ein Kabarett in dem Stile Brechts, das den Zuschauer nicht mehr unterhalten will, sondern ihn politisch schult, mit Fakten informiert und zu einer Reaktion auffordert. Papas Kabarett ist seit den Konzerten des Quartetts 67 tot! Die Texte in dem ansprechenden Hoffmann- und Campe-Buch beweisen es.

SONG AND SOUND — THE WORLD AROUND

heißt eine Folklore-Dokumentar-Serie der Firma Philips. Sie wendet sich an alle, die mit dem Wort „Folklore“ nicht nur amerikanische Folksongs verbinden, sondern den Reichtum der Volksliedtraditionen aller Völker. Sachkundig ausgewählt ist die LP „Portugal: Fadas from Coimbra“

(Philips 831 206 PY, 19 DM), auf der Life-Aufnahmen von Fados, jenen typisch portugiesischen Balladen und Liebesklagen aus der Stadt Coimbra zu hören sind. Die Gitarrenbegleitung der vier vortragenden Studenten ist traditionell-klassisch zu nennen. Eine Mischung aus Folklore und für Touristen auf populär zurechtgemachte Musik stellt die LP „Marchis from Mexico“ (Philips 831 205 PY, 19 DM) dar. Eine mexikanische Straßenband spielt mit Gitarren, Trompeten und Ukulele eine rhythmisch vitale Musik, deren Arrangements einfach und auf die Dauer langweilig sind. „Bouzouki Music from Greece“ heißt eine dritte LP dieser Serie. Auf ihr ist eine schlechte Auswahl griechischer Volkslieder und komponierter Lieder zu hören, gesungen von einem vierzigtimmigen Männerchor, den ein Bouzouki-Orchester dilettantisch begleitet. Von dieser LP ist abzuraten.

Das Kölner Studenten-Kabarett „FLOH DE COLOGNE“ und der Düsseldorfer Chansonnier **DIETER SÜVERKRÜP** sind die Interpreten, Autoren und Komponisten einer akustischen Collage VIETNAM!, die mit allen Mitteln von „Pop-Art“, hoher und Trivalkunst arbeitet, mit Zahlenmaterial, Kinderreimen, Börsenberichten und abgegriffenen Wohlklängen. Dabei bleiben nicht nur die heiligsten Grundsätze offizieller westlicher Politik geschändet auf der Strecke; es wird das blutige Innenfutter des Mantels der „Humanität“ gezeigt, ja selbst ewige Kulturgüter werden enteignet oder weit unter Einkaufspreis verschleudert. Die Mitglieder des „Floh de Cologne“ und Dieter Süverkrüp haben erklärt, daß sie die Honorare, die ihnen aus der Arbeit an dieser Platte zufließen, gemeinsam auf das Konto der Nationalen Befreiungsfront Süd-vietnams (FNL) überweisen werden. Die Platte erscheint Ende Mai im Verlag p l ä n e, Dortmund, Humboldtstraße 12.

BRD

1. Congratulations
2. Delilah
3. Lady Madonna
4. Delilah
5. Lazy Sunday
6. La La La
7. Ein Hoch der Liebe
8. Mighty Quinn
9. Simon Says
10. The Legend of Xanadu

Cliff Richard (Columbia)
Tom Jones (Decca)
Beatles (Odeon)
Peter Alexander (Ariola)
Small Faces (Immediate)
Massiel (Vogue)
Wencke Myhre (Polydor)
Manfred Mann (Fontana)
1910 Fruitgum Com. (Buddah)
Dave Dee & Co. (Star Club)

ENGLAND

1. What a Wonderful World
2. Simon Says
3. Lazy Sunday
4. A Man without Love
5. Young Girl
6. Honey
7. If I only had time
8. I don't want our loving to die
9. Can't take my eyes off you
10. White Houses

Louis Armstrong (HMV)
1910 Fruitgum Comp. (Pye)
Small Faces (Immediate)
Engelbert Humperdinck (Decca)
Union Gap (CBS)
Bobby Goldsboro (United Artists)
John Rowles (MCA)
Herd (Fontana)
Andy Williams (CBS)
Jacky (Philips)

FRANKREICH

1. Riquita
2. Quand une Fille aime un Garçon
3. Nights in white Satin
4. Desque je me reveille
5. Lady Madonna
6. Pardon
7. Pour la Vie
8. Le Bal des Laze
9. Mal
10. J'ai gardé l'Accent

Georgette Plana (Vogue)
Sheila (Philips)
Moody Blues (Deram)
Enrico Macias
Beatles (Odeon)
Claude Francois (Philips)
Monty
Michel Polnareff (AZ)
Johnny Hallyday (Philips)
Mireille Mathieu (Barclay)

USA

1. Honey
2. Tighen up
3. Young Girl
4. The Good, the Bad and the ugly
5. Cowboys to Girls
6. Beautiful Morning
7. Mrs. Robinson
8. The Unicorn
9. Cry like a baby
10. Love is all around

Bobby Goldsboro (United Artists)
Archie Bell + The Drells (Atlantic)
Union Gap (CBS)
Hugo Montenegro (RCA)
Intruders
Rascals (Atlantic)
Box Tops (Mala)
Irish Rovers (Decca)
Simon & Garfunkel
Troggs



FORTSETZUNG VON SEITE 33

„Gemeinsam sind wir unaufhaltsam“ – dieses Motto an der Stirnseite des Saales blieb nicht Wandschmuck. Sowohl in der Diskussion als auch in seinem Aktionsprogramm (siehe „Blätter für den Jugendleiter“) und in dem „Appell an die arbeitende und lernende Jugend“ bekräftigte der Kongreß, daß es die SDAJ als vorrangige und wichtigste Aufgabe ansieht, der Großen Koalition der Notstandsplaner, Volksverdummer und Alleinvertreter das Bündnis der demokratischen Jugend unseres Landes entgegenzustellen. So ist es nicht verwunderlich, wenn die SDAJ die unerfüllten Forderungen der Jugend auch auf ihre Fahnen geschrieben hat und wenn sie insbesondere die Forderungen der Gewerkschaftsjugend als ihre eigenen ansieht.

Dem sozialen Standort nach „vor allem eine Organisation der arbeitenden Jugend“, will die SDAJ die Tür für „alle politisch gleichgesinnten Jugendlichen“ (Aktionsprogramm) offenhalten.

Sie will, wie der SDAJ-Vorsitzende Rolf Jürgen Priemer in seinem Schlußwort sagte, „dem Protest und der Unruhe der Jugend ein Ziel geben“, und zwar ein sozialistisches Ziel.

Das Fern- und Endziel der SDAJ ist ein sozialistisches Deutschland, ein Deutschland, in dem die Flick und Thyssen, die IG-Farben-Nachfahren und die Bosse der Elektroindustrie nicht mehr wirtschaftliche und politische Macht ausüben sollen.

Aber auf der Tagesordnung der SDAJ stehen aktuelle Fragen: Die Verhinderung der Notstandsgesetze, in denen dieser Verband „ein Instrument zur Zementierung der bestehenden Macht- und Herrschaftsverhältnisse“ sieht, der Kampf um Demokratie in Betrieb und Schule, Staat und Wirtschaft.

Die SDAJ hängt nicht am Schürzenzipfel irgendeiner Partei, aber gerade diese politische und ideologische Selbstständigkeit gibt ihr „das Recht, die antikommunistische Hetze und die Kommunistenjagd in unserem Lande zu verurteilen und die Aufhebung des widerrechtlichen Verbots der KPD zu fordern“. Diese Solidarität mit Links wurde auch in dem starken Beifall spürbar, den der führende Kommunist Herbert Mies für seine Grußworte erhielt.

Der Aufbau des marxistischen Jugendverbandes in den Städten und Ländern, in Schulen und Betrieben wird sich mehr oder weniger „in der Aktion“ vollziehen. Sowohl in den Aktionen gegen die NS-Gesetze, als auch beim europäischen Treffen gegen Neonazismus in Dachau und bei den Weltjugendspielen wird die SDAJ dabei sein.

Sie hat – das demonstrierten „Gründerzeit“ und Kongreßverlauf – alle Aussichten, ein ernstzunehmender Faktor in der Jugendpolitik, ein aktiver und zuverlässiger Partner und Bundesgenosse der anderen Verbände der Arbeiterjugend, ein Aktivposten der außerparlamentarischen Bewegung zu werden.

Streiflichter

Innerhalb von 96 Tagen unterzeichneten 1 112 Jugendliche den Gründungsauftrag, darunter zahlreiche Jugendfunktionäre, Schulsprecher und Betriebsjugendvertreter.

Mitglied der SDAJ kann jeder Jugendliche ab 14 Jahren werden, der sich zum Programm und zur Satzung bekennt und regelmäßig seinen Beitrag zahlt (Satzung).

Von den Delegierten des Gründungskongresses waren 85 Prozent Arbeiter und Angestellte, acht Prozent Schüler und sieben Prozent Studenten.

Zum Bundesvorsitzenden wählte der 25köpfige Vorstand den Dortmunder Journalisten Rolf Jürgen Priemer (27). Seine vier Stellvertreter sind Wolfgang Gehrke (Hamburg), Dieter Keller (Mannheim), Walter Möbius (Mülheim) und Erwin Seel (St. Ingbert).

Informationen über die SDAJ, über ihr Aktionsprogramm sowie über die Satzung sind unter der vorläufigen Adresse Rolf Jürgen Priemer, 46 Dortmund, Neuer Graben 11, Tel. 2 33 74, erhältlich.

In einem Jahr soll auf Beschluß des Bundeskongresses der 1. ordentliche Kongreß der SDAJ stattfinden. Danach finden alle zwei Jahre Bundeskongresse statt.

Eine offene und moderne Jugendarbeit will die SDAJ praktizieren. Mit Hilfe von Jugendclubs und Jugendgruppen, Bildungsgemeinschaften und Zirkeln, Neigungsgruppen und Hobbyclubs will sie den vielseitigen Interessen junger Leute gerecht werden.

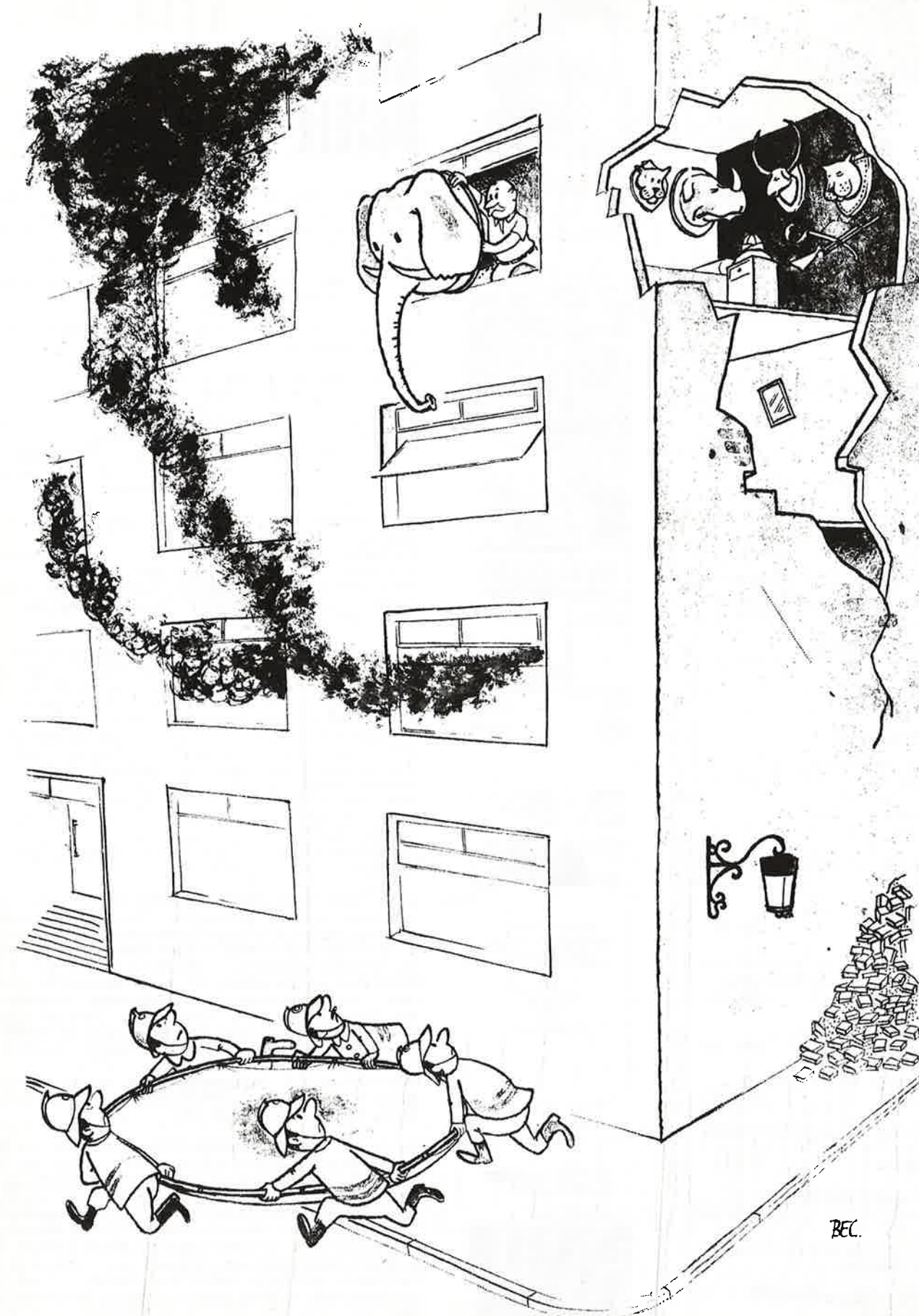
In Bundeswehr-Uniform kamen mehrere Delegierte zum Kongreß nach Essen. Einer von ihnen begründete sein Erscheinen in Uniform damit, wenn Bundeswehr-Generale in Montur zu reaktionären Landsmannschaftstreffen gehen können, dann habe ein junger Arbeiter und Sozialist das Recht, vor der Öffentlichkeit zu demonstrieren, daß sich junge Soldaten auf der Seite des Fortschritts engagieren.

Auch mit den Studentischen Verbänden will die SDAJ ein enges und freundschaftliches Verhältnis herstellen. Herbert Lederer vom Bundesvorstand des SDS und der Landesvorsitzende von NRW erhielten für ihre Grußworte starken Beifall.

Der Chefredakteur des e.l.a.n., Karl Hubert Reichel, übersandte dem Kongreß ein Grußschreiben, in dem er die Hoffnung aussprach, daß die SDAJ „tatkraftig und mit neuen Ideen mithelfen wird, das Bündnis aller jungen Demokraten herzustellen. Reichel nahm als Gast am Gründungskongreß teil.

Den Appell der SDAJ an die arbeitende und lernende Jugend der Bundesrepublik veröffentlichten wir auf Seite 34.

Das Aktionsprogramm finden Sie in wesentlichen Auszügen bei den Beschlüssen der Arbeiterjugendkonferenzen auf den Seiten 24 – 26.



druckt
von DIN A 6 bis
DIN A 2
Bücher,
Broschüren,
Prospekte,
Kataloge,
Briefbogen,
Preislisten,
Drucksachen
aller Art

HOSCH GmbH.
6 Frankfurt
am Main W 13
Kurfürstenplatz 42
Tel. 778273

Im Zeichen des IX. Festivals

Folklore International

- Lieder und Tänze Bulgariens LDX-S 4317, 30 cm DM 19,-
- Lieder und Tänze Bulgariens LDY 4030, 17 cm DM 9,-
- Lieder und Tänze Rumäniens LDY 4028, 17 cm DM 9,-
- Tänze Rumäniens LDX-S 4307, 30 cm DM 19,-
- Lieder und Tänze Ungarns LDY 4038, 17 cm DM 9,-
- Lieder und Tänze aus Armenien LD-S 4224, 25 cm DM 15,-
- Chöre der Wolga LD-S 4164, 25 cm DM 15,-
- Lieder und Tänze Lateinamerikas (u. a. Argentinien, Bolivien, Brasilien, Mexiko) LD-S 4028, 25 cm DM 15,-
- Lieder von Mikis Theodorakis LDX-S, 30 cm DM 19,-
- Und: Folklore aus fast allen Ländern der Erde

Revolutionslieder

- Lieder der FLN Südvietnam LDX-S 4316, 30 cm DM 19,-
- Kubanische Revolutionslieder LDX-S 4288, 30 cm DM 19,-
- Lieder des spanischen Bürgerkrieges LDX-S 4279, 30 cm 19 DM
- Mexikanische Revolutionslieder LDX-S 4309, 30 cm DM 19,-
- Lieder der Freiheit — Die Geschichte Frankreichs im Chanson (1789 — 1848 — 1871) LDX-S 4336, 30 cm DM 19,-
- Deutsche revolutionäre Lieder LDY 4096, 17 cm DM 9,-
- Revolutionslieder (u. a. Marseillaise) EP 3001, 17 cm DM 9,-
- Paul Robeson singt Arbeiter- und Freiheitslieder LDX-S 4338, 30 cm DM 19,-
- Paul Robeson singt Freiheitslieder LDY 4084, 17 cm DM 9,-

Bestellungen über jede gute Schallplattenhandlung oder direkt bei Weltkreis-Verlags-GmbH 6 Frankfurt/M. Robert-Mayer-Str. 50



Peter Rath

STECK BRIEFE

Günter Grass Über das Selbstverständliche



Hans Dieter Müller Der Springer Konzern



Worte des Vorsitzenden Heinrich für den deutschen Menschen gesammelt von den Gebrüdern Grimm

Soldaten gegen Demokraten



ÜBER DAS SELBSTVERSTÄNDLICHE ist die Sammlung politischer Reden, Aufsätze und Kommentare, die Günter Grass (BILD): „Der Dichter mit der Dreckschleuder“) zwischen 1965 und 1967 schrieb. Noch einmal wird Ludwig Erhard aufgefordert, zurückzutreten, stehen Willy Brandt und die SPD zur Wahl und verlieren, hat die NPD erste Erfolge. Noch einmal gehen CDU/CSU und SPD ihre „miese Ehe“ ein, stellt die Große Koalition unsere kleine Demokratie infrage, macht sich mit „Axel C. Springer ein Nebenzkanzler“ breit, der weder Verfassungsschutz noch Parlament fürchten muß.

(Günter Grass, ÜBER DAS SELBSTVERSTÄNDLICHE, Luchterhand Verlag, Neuwied, 230 S., Paperback, DM 9,80)

EXKURSE IN DEN LITERARISCHEN UNTERGRUND unternahm Peter Rühmkorf. In seiner Sammlung ÜBER DAS VOLKSVERMÖGEN findet sich, was geflüstert oder gerüht durchs Vaterland läuft: Kinderwitze, Wirtin-Verse. Nicht innig, erbaulich oder klassisch, sondern drastisch und vulgär.

„Wie trotzfroh, hinter vorgehaltener Hand, deutscher Volksgeist sein kann, das wissen wir nun. Wie schlager- und BILDselig, staatsfromm, hygiene- und autoritätsbedürftig er trotzdem ist, wissen wir auch“ (Baumgart).

(Peter Rühmkorf: ÜBER DAS VOLKSVERMÖGEN. Exkurse in den literarischen Untergrund, Rowohlt Verlag, Hamburg, 292 S., DM 19,80)

„DER SPRINGER-KONZERN“ ist die erste umfassende kritische Arbeit über den größten Pressekonzern des Kontinents. Die Studie enthüllt: Springer gefährdet die Meinungsfreiheit; der Konzern ist eine politische Macht, weil die Politiker Springer brauchen — und fürchten. Springers Pressearbeit — uns „dumm wie die Hühner und blutrünstig wie die Wölfe“ (Kuby) zu machen — ist nicht ohne (Schuß-)Folgen geblieben. Springers Blätter haben nicht zur Aufklärung politischer Vorgänge beigetragen, „sie haben den politischen Immobilismus wesentlich gefördert, wenn nicht gar als freiwillige „staatsloyale“ Propagandamaschine der Regierungspartei geschaffen“.

(Hans Dieter Müller: DER SPRINGER-KONZERN, Piper-Verlag, München, 400 S., DM 14,80)

NICHT NUR SEINE VERGANGENHEIT ist ein Problem. „Die Zumutung, Heinrich Lübke auf den Stuhl des Bundespräsidenten zu sehen, ist immer schwerer zu ertragen“ (Nannen). Seine Vergangenheit wird in Bonn nach wie vor vertuscht. Aus Gründen vermeintlicher Staatsräson schweigen Bonns Parteihäuslinge. Sie wählen ihn aus parteipolitischen Eigennutz — sie haben auch die tragikomischen Zustände um das Präsidentenamt zu verantworten. Heinrich Lübkes sprachliche Fehlleistungen sind eine ergiebige Quelle für Kabarettisten. Nun zu jedermanns Belustigung käuflich erhältlich.

(Wissenschaftliche Verlagsanstalt zur Pflege deutschen Sinnguts: WORTE DES VORSITZENDEN HEINRICH, Moos Verlag München, 80 S., 4,80 DM).

SOLDATEN GEGEN DEMOKRATEN zerstört die von Bonner Politikern verbreite und akzeptierte These, das Militärregime verstehe sich als Treuhänder der Redemokratisierung Griechenlands. Das Buch schildert und dokumentiert die historischen Hintergründe und die Vorgeschichte des 21. April 1967, als nach dem NATO-Plan Prometheus eine faschistische Obristen-Clique die Macht eroberte. Was in Griechenland geschieht, geht auch uns an. Denn es gibt hierzulande genügend reaktionäre Politiker, die mit Notstandsgesetzen in Bonn Athener Zustände installieren wollen.

(Ansgar Skriver: SOLDATEN GEGEN DEMOKRATIE, Kiepenheuer & Witsch Köln, 200 S., 8,00 DM)

Test für einen V-Mann

Von Hannes Stütz

- 2 Achtung. Ich zitiere: „Der Kapitalismus ist den Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht —
- 1 Stop — das Zitieren aus dem KPD-Programm ist verboten. Das ist verfassungswidrig.
- 2 Das Verbot.
- 1 Nein, das Programm.
- 2 Ich kenne Leute, die behaupten genau das Gegenteil.
- 1 Das kann ich nicht beurteilen.
- 2 Warum nicht?
- 1 Weil ich das Programm nicht kenne.
- 2 Macht nichts. Ich kann es Ihnen ja vorlesen.
- 1 Das ist verboten.
- 2 Aber warum denn?
- 1 Steht nicht auf dem Boden des Grundgesetzes.
- 2 Das Verbot.
- 1 Nein, das Programm.
- 2 Ich kenne Leute, die behaupten das Gegenteil.
- 1 Das kann ich nicht beurteilen.
- 2 Und warum nicht?
- 1 Weil ich das Programm nicht kenne.
- 2 Macht nichts. Ich kann es Ihnen ja vorlesen.
- 1 Das ist verboten.
- 2 Ein blödes Spiel.
- 1 Ein Scheißspiel.
- 2 Was ist denn für den Innenminister so gefährlich an dem Entwurf?
- 1 Er steht nicht auf dem Boden des Grundgesetzes.
- 2 Der Entwurf?
- 1 Nein, der Innenminister.
- 2 Sie haben also den Entwurf nicht gelesen?
- 1 Aber der Innenminister.
- 2 Und Sie meinen, das genügt?
- 1 Dem Innenminister schon.
- 2 Und wie begründet er seine Meinung?
- 1 Der Entwurf sprengt den Rahmen der Verfassung unter anderem deshalb, weil er eine Veränderung der Machtverhältnisse fordere.
- 2 Dann würde ich doch vorschlagen, Artikel 20 des Grundgesetzes schleunigst wie folgt zu fassen: „Die Bundesrepublik Deutschland ist eine kapitalistische Profitgemeinschaft. Alle Macht geht von Flick, Abs, Springer, Pfanni und Daimler-Benz aus. Wer daran rüttelt, wird verboten.“
- 1 Außerdem beanstandet der Minister das Bekenntnis zum Sozialismus.
- 2 Angebrachter wäre natürlich stattdessen das Bekenntnis zu unserer staatstragenden Einheitspartei, der CDSPD.



- 1 Weiterhin beanspruche der Entwurf die Macht in unserem Staat für die radikale Clique der Arbeiter, Intellektuellen, Bauern und städtischen Mittelstand. Und das sei mit der Gesellschaftsordnung unserer Verfassung und ihren Wertevorstellungen nicht zu vereinbaren. So nachzulesen im Informationsdienst „Innere Sicherheit“.
- 2 Jetzt möchte ich aber doch zitieren. Hier steht: „Der Kapitalismus ist den Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden“ —
- 1 Halt. Ich fordere Sie auf, das Zitieren aus dem KPD-Programm sofort einzustellen, sonst wird die Versammlung aufgelöst.
- 2 Entschuldigen Sie, aber was ich eben zitierte, war das Ahlener Programm der CDU von 1947.
- 1 Darf ich Sie übrigens begrüßen: mein Name ist X. Und Ihrer?
- 2 Hier ist meine Dienstnummer.
- 1 Hallo, Mr. 0815, how are you? Verfassung o. k.?
- 1 Meine ja. Aber wie steht's mit Ihrer?
- 2 Könnte es sein, daß unsere Verfassungen ganz verschiedene sind? Wir schützen das Grundgesetz, Sie schützen bereits die Schubladengesetze? Was sagen Sie dazu: „Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinschaft überführt werden.“
- 1 Halt. Das ist verboten. Das ist doch unmöglich ein CDU-Programm.
- 2 Mit letzterem haben Sie recht. Das ist wirklich kein CDU-Programm. Mit ersterem haben Sie unrecht. Das ist nicht verboten. Das ist Artikel 15 des Grundgesetzes.
- 1 Es geht weiter: „Die Sozialisierung der Grundstoffwirtschaft ist für die deutsche Wirtschaft geboten.“
- 1 Halt. Ist das etwa auch das Grundgesetz?
- 2 Nein. Das Dortmunder Programm der SPD von 1952. Hören Sie weiter: „Die Hauptursache für den Mißbrauch wirtschaftlicher Macht, für Krisen und soziale Unsicherheit, liegt im großkapitalistischen Eigentum. Wenn das arbeitende Volk diese Übel beseitigen will, dann muß es dafür eintreten, daß die großen Konzerne der Schlüsselindustrien und andere marktbeherrschende Unternehmen — gemäß Artikel 14 und 15 des Grundgesetzes — in ein demokratisch verwaltetes und demokratisch kontrolliertes öffentliches Eigentum übergeführt werden.“
- 1 Das find ich zum Beispiel gar nicht so unvernünftig, was die SPD da geschrieben hat.
- 2 Das allerdings war jetzt aus dem KPD-Programm.



„NAJA, MIT DER ZEIT MUSSTEN WIR EBEN
UNSEREN VERLAGSSPRUCH ETWAS GENAUER FORMULIEREN!“